Plenarprotokoll **7/116**
12.03.2021

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

116. Sitzung **7. Wahlperiode**

Freitag, 12. März 2021, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Digitale Souveränität stärken – Offene Daten für eine freie Gesellschaft, innovative Wirtschaft und selbstbestimmte Verwaltung
– Drucksache 7/5851 – 3

Franz-Robert Liskow, CDU 3, 10
Minister Christian Pegel 4
Dirk Lerche, AfD 6
Philipp da Cunha, SPD 7
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE 9
Holger Arppe, fraktionslos 10

B e s c h l u s s 11

Antrag der Fraktion der AfD
Ausreisepflicht wirksam durchsetzen – Ohnmacht des Ministeriums für Inneres und Europa beenden
– Drucksache 7/5857 – 11

Horst Förster, AfD 11, 18
Minister Torsten Renz 13
Peter Ritter, DIE LINKE 15
Martina Tegtmeier, SPD 15, 21
Holger Arppe, fraktionslos 17
Ann Christin von Allwörden, CDU 17
Nikolaus Kramer, AfD 21, 22, 23
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 22
Jochen Schulte, SPD 23

B e s c h l u s s 23

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Jugend- und Schulsozialarbeit sichern und ausbauen
– Drucksache 7/5880 – 24

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE 24, 29
Ministerin Stefanie Drese 25
Jens-Holger Schneider, AfD 26
Maika Friemann-Jennert, CDU 27
Dagmar Kaselitz, SPD 28

B e s c h l u s s 31

Antrag der Fraktion der AfD
Corona: Risikoindikatoren neu bewerten
– Drucksache 7/5858 – 31

Horst Förster, AfD 31, 39
Minister Harry Glawe 33
Torsten Koplin, DIE LINKE 34
Julian Barlen, SPD 35
Sebastian Ehlers, CDU 38

B e s c h l u s s 41

Antrag der Fraktion der AfD
Lebensfreude zurückgeben – die erwiesen coronabedingte, stark belastete seelische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen durch konzertiertes Handeln abmildern
– Drucksache 7/5859 – 41

Thomas de Jesus Fernandes, AfD 41, 46
Ministerin Stefanie Drese 43
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE 43
Maika Friemann-Jennert, CDU 44
Jörg Heydorn, SPD 45, 46
Dr. Ralph Weber, AfD 46

B e s c h l u s s 47

Nächste Sitzung
Mittwoch, 14. April 2021..... 47

Beginn: 9.01 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen, damit wir auch pünktlich beginnen können beziehungsweise da wir schon eine Minute über der Zeit sind. Ich begrüße Sie alle recht herzlich zur 116. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Digitale Souveränität stärken – Offene Daten für eine freie Gesellschaft, innovative Wirtschaft und selbstbestimmte Verwaltung, Drucksache 7/5851.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Digitale Souveränität stärken – Offene Daten für eine freie Gesellschaft, innovative Wirtschaft und selbstbestimmte Verwaltung
– Drucksache 7/5851 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU Herr Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen wunderschönen guten Morgen wünsche ich erst mal! Dem aufmerksamen Leser unseres Antrages wird es nicht entgangen sein, dass wir heute gleich zwei digitale Trends behandeln möchten, zum einen die Open Data und zum anderen Open Source. Beide Themen sind aber eng miteinander verwandt und dazu geeignet, die digitale Souveränität zu stärken. Bei Open Data, den offenen Verwaltungsdaten, geht es um die digitale Souveränität des Bürgers gegenüber seiner Verwaltung. Bei Open Source, den offenen Quellen, geht es um digitale Souveränität der Verwaltung gegenüber der Wirtschaft. Was damit konkret gemeint ist, werde ich jetzt kurz ausführen.

Bei den offenen Verwaltungsdaten, auch als Open Data verstanden, sind es Daten, die durch die Verwaltung produziert oder gesammelt wurden, transparent, frei und offen nutzbar gemacht werden. Die öffentliche Verwaltung produziert eine erhebliche Menge an Daten. Dabei handelt es sich beispielsweise um Rohdaten wie Klimadaten von Messstationen, Geodaten von Landschaftsvermessungen, Verkehrsdaten des öffentlichen Personennahverkehrs oder bearbeitete Daten in Form von Gutachten, Verordnungen oder öffentlich finanzierten Forschungsdaten. Gerade die erwähnten Rohdaten gelten gemeinhin als Treibstoff der Zukunft. Unternehmen können damit innovative Anwendungen zur Erleichterung des Alltags schaffen und neue Geschäftsmodelle erschließen.

In der aktuellen Praxis spielen die Geodaten schon heute eine wichtige Rolle, beispielsweise beim Breitbandausbau in unserem Land. Auf dem Geoportal unseres Landes werden bereits Karten und Darstellungsdienste kostenlos zum Download bereitgestellt. Die Einbindung der Darstellungsdienste und die Bereitstellung von Geobasisdaten sind im Wesentlichen kostenpflichtig. In diesem Zusammenhang kostenpflichtig ist zum Beispiel auch die Verwendung des Satellitenpositionierungsdienstes SAPOS, mit dem unsere Landwirte Präzisionslandwirtschaft betreiben könnten. Die INSPIRE-Richtlinie der EU verpflichtet unsere Behörden aber schon jetzt, einige Geodaten öffentlich zugänglich bereitzustellen. Daran sollten wir anknüpfen. Ich bin mir sicher, dass auf Grundlage unseres Antrages die Erkenntnis erarbeitet wird, dass das ökonomische Wertschöpfungspotenzial einer kostenfreien Bereitstellung dieser Daten die entfallenden Einnahmen der Verwaltung und die Kosten für die Bereitstellung um ein Vielfaches übersteigen würde. Nebenbei wird die Wissenschaft aus diesen Daten neue Bedeutungszusammenhänge erschließen können.

Der zweite wichtige Aspekt bei den offenen Daten betrifft die Veröffentlichung von Verwaltungsvorgängen. Unser Land verfügt seit 2006 über ein Informationsfreiheitsgesetz. Dieses Gesetz regelt einen Rechtsanspruch auf die Herausgabe von Informationen, die bei der öffentlichen Verwaltung vorhanden sind. Die Verwaltung kann eine Herausgabe aber ablehnen, wenn beispielsweise personenbezogene Daten oder öffentliche Belange zu schützen sind.

Ein Kernelement von Open Data liegt aber in der proaktiven Veröffentlichung von Daten. Als Vorreiter dafür gilt die Hansestadt Hamburg, die im Internet ein öffentliches, kostenfrei zugängliches Transparenzregister eingerichtet hat und in diesem Register proaktiv alle nicht geheimen Verwaltungsdokumente publiziert. Personenbezogene Daten werden dafür vorab geschwärzt. Auf Basis unseres Antrages wird herausgearbeitet werden, welche Dokumente für eine proaktive Veröffentlichung geeignet sind und wie dies erfolgen sollte.

Kommen wir nun zu unserem zweiten Themenbereich, dem Open Source. Unter Open Source versteht man, dass der Quellcode der Software frei zugänglich und die Nutzung unserer Software grundsätzlich kostenfrei ist. Durch die Verwendung solcher Software schwindet die Herstellerabhängigkeit. Dadurch kann unsere Verwaltung Softwareveränderungen frei ausschreiben und ist nicht nur den Produktstrategien der Hersteller unterworfen. So eine Produktstrategie kann beispielsweise sein, dass Angebote zunehmend nur noch als Cloud angeboten werden, was bezüglich der Microsoft-Produkte schon seit Längerem wie ein Damoklesschwert über unserem IT-System hängt.

Manche Befürworter von quelloffenen Systemen meinen auch, diese würde einen Einbau von Hintertüren in die Software für Spionagezwecke verhindern. Mitte letzten Jahres kam beispielsweise der große Knall in Schleswig-Holstein. Dort wurde eine Open-Source-Strategie beschlossen, die eine komplette Umstellung der IT-Systeme der Landesverwaltung auf Open-Source-Software bis zum Jahr 2025 zum Inhalt hatte. Dieser Weg ist meiner Ansicht nach zwar der einfachste, aber nicht der beste. Solche Big-Bang-Projekte scheitern zu häufig, weil viele Abhängigkeiten und Risiken nicht bedacht wurden. Wenn von Open Source gesprochen wird, denken die meisten Beteiligten zuvorderst an Microsoft-Betriebssysteme oder die Microsoft-Office-Produkte. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch gerne verraten, ich nutze beispielsweise die Apple-Produkte, die ja auch sozusagen das zweite maßgebliche Betriebssystem sind neben dann noch dem dritten, der Linux-Plattform.

Gerade hinsichtlich der grundlegenden Arbeitsplatzsysteme muss ein Wandel aber grundsätzlich durchdacht werden. Wenn vielleicht 90 Prozent der Landesbediensteten privat einen Windows-Rechner nutzen, wird es mit der Akzeptanz bei der Umstellung auf Open Office

schwierig. Bei technischen Abhängigkeiten will ich gar nicht erst anfangen. Wie ja bereits im Antrag erwähnt, kann ein Open-Source-Konzept auch bei einzelnen Produktentscheidungen für Dienste oder Fachverfahren ansetzen. Wir werden die Aufgabe zur Erarbeitung eines klugen Open-Source-Konzeptes vertrauensvoll in die Hände unseres Digitalisierungsministeriums geben.

Zuletzt möchte ich zum Ausgangspunkt zurückkommen, der digitalen Souveränität. Wir wollen eine Verwaltung, die selbstbestimmt über ihre IT-Systeme verfügen kann, und wir wollen Bürger, die souverän die Daten ihrer Verwaltung nutzen können.

Ich freue mich auf die Debatte und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Liskow!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 58 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen wunderschönen guten Morgen auch meinerseits! Herzlichen Dank für Ihren Antrag, den ich zugleich mit herzlichen Grüßen der Kolleginnen und Kollegen der Digitalisierungsabteilung begleite.

Einen Wunsch würde ich aus der Abteilung gerne an der Stelle mitbringen: Die Abteilung hat eine kleinere Größe als viele reine Stabsbereiche im Bundesministerium oder in den Landesministerien großer Bundesländer. Sie reden, auch wenn das, wenn Sie auf den Haushaltsposten Personalkosten dieses Landes gucken, anders wirkt, Sie reden bei uns über viele, viele kleine Einheiten. Und immer dann, wenn ich eine Aufgabe drauf tue, muss ich wissen, dass die weniger als 20 Köpfe, die schon OZG machen und manche andere Aufgabe und einen Computer, einen gleichen Rechner für alle einführen, auch diese Aufgaben wahrnehmen sollen.

Der Landesrechnungshof ist ja an manchen Stellen auch seit Längerem immer mit der Idee unterwegs zu sagen, macht das doch bitte auch noch. Wenn Sie ein bisschen selbstkritisch an diese Aufgabe herangehen, müssen wir achtgeben, dass das, was die Kolleginnen und Kollegen leisten sollen, von den Zahlen auch gemacht werden können muss, oder umgekehrt, in den nächsten Haushaltsverhandlungen, wenn man dann auch fairerweise personell nachsteuern muss,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

was im Übrigen gar nicht durch Verdopplung oder Ähnliches passieren kann, Sie kriegen die Kräfte nicht in den Größenordnungen auf dem Markt, wie wir sie brauchen. Auch da haben Sie uns ja mit dem letzten Haushalt dankenswerterweise sehr geholfen. Es ist ein nicht unbeschwerliches Verfahren. Wir sind mit tollen Leuten zwischenzeitlich dabei, aber das sind wirklich viele, viele Monate dauernde Verfahrensprozesse, weil diese Fachkräfte momentan in allen Verwaltungen und im Übrigen auch in allen Unternehmen gesucht werden. Gleichwohl herzlichen Dank, weil in der Tat das Dinge sind, die uns umtreiben.

Zunächst vielleicht zu etwas, was unser Haus gar nicht alleine berührt, wir nehmen uns das gerne federführend vor, denn die Frage, wie wir mit in den Verwaltungen generierten Daten umgehen, wie offen wir damit umgehen, berührt dann jedes Ministerium und jede einzelne Behörde. Wenn wir darauf schauen, werden wir zwei Fragen immer mitstellen müssen:

Erstens. Welche Kosten entstehen und welche Einnahmen hatten wir bisher, sofern wir Daten ja auch jetzt schon bereitstellen? Das betrifft dann zum Beispiel den Geodatenbereich des Innenministeriums sehr stark. Sie könnten schon heute vielfältig Geodaten erlangen als Bürgerin und Bürger oder als Unternehmen. Sie müssen bloß zum Teil dafür Kosten – Gebühren nennen wir das dann – zahlen. Und damit wird natürlich auch ein Stück weit das abgedeckt, was an Aufwand für die Erhebung, für die Bereitstellung dieser Daten entsteht. Wenn Sie über Open Data reden, dann reden wir ganz oft mit einer Erwartungsszene, die sagt, na ja, das heißt natürlich auch kostenfrei. Ich bin nicht immer ganz sicher, ob es mich überzeugt, dass ich wirtschaftliche Wertschöpfung in Größenordnungen mit solchen freien Daten – was ich klug finde – generieren möchte, aber dann sozusagen der Gewinn bei dem Einzelnen bleibt und der Aufwand bei der Gemeinschaft.

Wir werden, glaube ich, auch eine ernsthafte Diskussion in diesem Hause führen müssen, wie geht man eigentlich mit denen, die wirtschaftlich verwerten wollen, dann um. Ich will Start-ups nicht ersticken. Ich finde, das ist die eine Herausforderung. Aber wenn irgendwas, was gut läuft, dass der Staat mit seinem Aufwand Daten bereitstellt, mit denen andere dann sehr kluge Geschäftsmodelle machen, da wird man irgendwann auch überlegen müssen, wie gehen wir eigentlich in der Konstellation damit um. Entweder, wir sagen, das ist über deren Steuern abgegolten – das tun aber andere Unternehmen, die mit solchen Daten nicht arbeiten können, auch, Steuern zahlen –, oder wir sagen, wir gehen dann auch an die Situation ran und sagen, wer eine besondere Leistung des Staates bekommt und damit ein Geschäft generiert, da wird man auch diskutieren müssen, ist das eigentlich etwas, was dann ein Stück weit vergütungspflichtig ist, und in welcher Weise bemisst man das, und wie passt man auf, dass damit aber nicht Start-ups erstickt werden, bevor so ein Geschäft läuft. Das nur als Vorweggedanken bei der Open-Government-Data-Frage.

Zurzeit werden – und das müssen wir allerdings eingestehen, und das ist nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern so, sondern bundesweit in allen Bundesländern – relativ wenige Daten über öffentliche Plattformen in der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellt. Es gibt eine Arbeitsgruppe, IMA, die im Geoportal Mecklenburg-Vorpommern öffentliche Daten bereitstellt. Das sind vor allen Dingen Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenministerium, wo es auch in diesem Geoinformationsbereich Kolleginnen und Kollegen gibt, die sich mit dem Thema „Offene Daten“ auch privat sehr engagiert beschäftigen. Da bin ich dankbar für. Wir haben zudem aus Rostock einige regionale Daten, die bundesweit bereitgestellt werden.

Das geschieht übrigens weitgehend über die bundesweite Megadatenplattform GovData, die ein Stück weit eine gemeinsame Bund-Länder-Vereinbarung ist, um auf einer Plattform gemeinsam bereitzustellen. Diese GovData ist eine Anwendung des IT-Planungsrates, ein Zusammenschluss der 16 Bundesländer und des Bundes, der Bundesregierung, die auch von der Bundesregierung ein Stück weit federführend geleitet wird.

Die erste Phase – so ist der Antrag auch angelegt – wird darin bestehen, eine Analyse durchzuführen, welche Daten haben wir eigentlich selbst. Wir haben im Übrigen viel mehr Daten – das gilt für Unternehmen, Privatleute genauso wie für die Verwaltung –, wir erzeugen viel mehr Daten, als wir selber bewusst wahrnehmen, beziehungsweise wir nutzen manchmal nur einen Bruchteil der Daten, die wir erfassen, weil wir einen gewissen Zweck damit zu erfüllen haben. Die Frage ist, gelingt es uns, diese dann umfangreich erhobenen Daten – und dann ist es wichtig: anonymisiert! – auf Plattformen bereitzustellen.

Wenn wir diese Analyse durchführen, welche Daten haben wir eigentlich überhaupt, werden wir eine zweite Frage stellen müssen: Welche von denen können veröffentlicht werden und wie kriegen wir die verfügbar? Wie kriegen wir die vorher geprüft und bewertet und in welchem Umfang dürfen wir diese gespeicherten Daten dann überhaupt veröffentlichen? Wie verhindern wir, dass – wenn Sie sehr kleine Gemeinden haben, kann ein Datum, wenn es etwas sehr Spezielles ausdrückt, ohne Schwierigkeiten die Nachvollziehbarkeit mit sich bringen –, dass ich sehr genau, zumindest, wenn ich ortskundig bin, zuordnen kann, wer ist das eigentlich? Man wird also überlegen müssen, welche Daten und bis in welche Datentiefe kann ich eigentlich freigeben, ohne dass ich – auch unbeabsichtigt – quasi entanonymisiere.

Die Voraussetzung für eine Datenbereitstellung ist dann der Aufbau einer technischen Infrastruktur. Die gibt es über diese Government-Data-Plattform. Aber Sie brauchen sozusagen nicht nur ein Schaufenster, wo ich das reinstelle, das gibt es schon, sondern Sie brauchen dahinter in den einzelnen Verwaltungsabläufen ja auch Prozedere, im Zweifel Funktionalitäten in den jeweiligen Softwares, in den Anwendungen, die genutzt werden, die diese Daten dann bereitstellen. Was nicht passieren darf, ist, dass wir einen Verwaltungsprozess bearbeiten, Daten sammeln und hinterher jemand händisch Daten rausucht. Sondern wenn, muss ich in den jeweiligen Fachanwendungen, die es gibt, meinethalben werden in der Landwirtschaft Daten erhoben über Erntemengen, dann kann es nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen der jeweiligen Ämter hinterher die Daten rauspulen müssen und in einen Extrarechner eingeben, damit sie bereitgestellt werden. Sondern wenn, müssen das Systeme sein, die im Hintergrund mitlaufen, wenn die Daten ohnehin verarbeitet werden, sie quasi einmal klug abscheiden und sagen, das sind die, die wir bereitstellen. Das müssen Algorithmen sein, die das automatisiert tun, ansonsten wird das als Verwaltungsaufwand keine große Akzeptanz der Kolleginnen und Kollegen einbringen und wäre auch finanziell nur schwer abzubilden.

Wir brauchen eine Prüfung, wie kriegen wir das Ganze erweitert und skaliert, und wir brauchen natürlich ein Exportkonzept. Das habe ich eben angesprochen mit der Frage, wie kriegen wir in den einzelnen Fachanwendungen abgebildet, dass die Daten automatisch generiert werden. Problem an so einem Konzept, das muss unglaublich flexibel bleiben, weil wir ja stetig neue Prozesse generieren, neue Fachanwendungen bekommen. Das heißt, ich brauche etwas, was so offen ist, dass es immer wieder auch auf neue Konstellationen anwendbar ist. Ich kann nicht einmal einen statischen Zustand herstellen, sondern der muss immer wieder mitwachsen und mitdenken, egal, ob neue Datentypen entstehen oder aber, ob neue Verwaltungsverfahren entstehen, die wieder Daten generieren, damit es immer wieder ohne Schwierigkeiten auf die adaptierbar und anwendbar ist.

Und am Ende werden wir eine Gesamtkostenanalyse brauchen, denn wir werden, wenn man solche Prozesse umsetzt, einen längeren Prozess in den Verwaltungen brauchen, der Personal bindet und auch Prozesse bindet und damit Kosten auslöst. Und wir werden eben auch langfristig einen Betrieb unterhalten müssen, der Gleiches tut. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Datenanalyse sowie der technischen Infrastruktur und des Datenmanagements werden wir dann gerne als Haus ein Umsetzungskonzept unter Einbeziehung der kommunalen Ebene vorbereiten.

Die kommunale Ebene einzubinden, ist dann auch noch mal Herausforderung, weil die natürlich auch sehr unterschiedlich große Verwaltungen hat. Die haben unglaublich viele Datenmengen, total spannend, aber eben unterschiedlich große Verwaltungen, die das dann nebenbei auch mit wuppen müssten. Man wird vermutlich auch da einen standardisierten Prozess brauchen wie bei dem OZG, der es für möglichst viele bereitstellt, frei nach dem Motto: Einer bereitet es vor und alle anderen können es dann nachnutzen, damit es entsprechend nutzbar wird.

Zweite große Überschrift, die Open-Source-Konzept-Frage. Wir werden gerne den Zeitplan aufstellen, um gemeinsam mit dem DVZ ein Open-Source-Konzept zu entwickeln. Die in Auftrag gegebenen Abhängigkeiten zeigen die Komplexität des Themas sowohl auf der technischen Seite – ich brauche natürlich die Kompatibilitäten –, aber auch die rechtlichen, finanziellen und organisationspsychologischen Fragestellungen.

Erstens war schon angesprochen. Vielen Dank! Ich gehe ja auf Leute zu, denen ich sage, du kennst irgendeine Umgebung, du wendest täglich etwas an und dir geben wir jetzt aber was anderes an die Hand. Ja, Linux funktioniert anders. Das geht im Übrigen bis an unsere EDV-Fachabteilungen. Wenn die alle Microsoft-geprägt sind, wir die aus einer Microsoft-Welt herauskaufen und jetzt sagen, ab morgen machst du etwas völlig anderes, dann ist das schon ein Stück weit, als ob sie einem Juristen sagen, ab morgen wird nur noch Steuerrecht gemacht. Das mag fachverwandt sein, aber er hat vielleicht nie Steuerrecht getan, dann ist es für ihn quasi ein erheblicher Arbeitsaufwand, da reinzukommen, und er braucht auch wieder einen erheblichen Fortbildungsaufbau. Von daher sind die Kompatibilitätsfragen, die organisationspsychologischen Fragen nicht von der Hand zu weisen.

Wir werden darüber hinaus natürlich gucken müssen, welche Fachanwendung passt zu was. Ich weiß, dass – auch dafür herzlichen Dank – jeder sozusagen die Microsoft-Welt vor Augen hat und sagt, da gibt es doch längst Open Source. Na klar gibt es die. Aber es gibt ganz, ganz besondere Fachverfahren. Da gibt es nur einen einzigen Anbieter in der Bundesrepublik Deutschland, weil das so wenige Verwaltungen tun. Da werden

auch nur ein, zwei Verwaltungsakte pro Jahr erlassen, und trotzdem müssen wir sie bereithalten.

Und diese Fachanwendung bringt demjenigen, der es programmiert, aber wenig Geld. Das heißt, der steckt da nicht jeden Tag Programmierer rein, sondern die hat er mal 1998 entwickelt, hält die immer auf dem Zeitgeist, aber mehr tut er auch nicht. Wenn ich dem sage, die damals von dir programmierte Schnittstelle zu Word oder Excel oder Access oder was auch immer aus der Microsoft-Familie, die das Programm umsetzbar macht, weil du ja irgendwie Verwaltungsbescheide hinterher ausdrucken musst, die für ein spezielles Geodaten-System entwickelt werden müssen, dann muss ich dem sagen, und jetzt musst du mir eine zweite Schnittstelle machen, die auch zu der Open Source passt. Und dann hebt der die Hände und sagt, das lohnt sich überhaupt nicht, komm mir nicht so. Von daher haben wir eine Menge Fachanwendungen, wo man genau gucken muss, wie gehen wir mit denen an der Stelle um. Gleichwohl wollen wir uns dem gern stellen.

Vielleicht muss man ein bisschen unsere Welten trennen, nämlich mit denen, mit denen es geht, und die anderen lässt man hinterherlaufen. Der Landesrechnungshof sagt immer zu Recht, du kannst dann auch mit zwei Welten leben. Ja, das können wir. Ich muss dann bloß immer aufpassen, dass am Ende dann auch Anwenderinnen und Anwender dahinter sitzen, die eigentlich Verwaltung machen wollen und nicht programmieren. Von daher muss ich auch noch eine Mitarbeiterschaft mitnehmen, die dann mit den Situationen, die wir schaffen, an der Stelle umgehen kann. Wir gucken uns das fachlich gern an, wir prüfen gerne die technische Machbarkeit. Wir gucken uns dann die Lizenz- und Betriebskosten an und machen auch da dann gerne eine Gesamtkostenanalyse, zumal wir Migrationskosten im Blick behalten müssen. Wenn Sie heute ganz viele Daten haben, die als Word-Dokumente gehalten werden, und ich überführe die in eine andere Welt, muss ich auch dafür Sorge tragen, dass ich den Bescheid von 2017 in zwei Jahren noch lesen kann und im Zweifel weiterbearbeiten kann. Ich habe also auch an den Stellen Aufwände, die wir nicht einfach beiseitestellen können.

Wir wollen das gerne im Rahmen der strategischen Digitalisierungsschwerpunkte mit aufgreifen. Wir werden das beim MV-PC im Übrigen bereits mitdenken. Dort, wo wir neue Dinge schaffen, denken wir so was natürlich schon mit. Aber noch mal: Wir haben ein riesiges System und dieses System muss 365 Tage im Jahr funktionieren. Immer dann, wenn wir größere Veränderungen vornehmen, muss das ohne Schädlichkeit für die Funktionsfähigkeit des großen Ganzen funktionieren. Von daher sind es Prozesse, die wir mit einer gewissen Sensibilität angehen müssen. Wir bereiten das aber gerne vor. Ich freue mich sehr über die Diskussion. Herzlichen Dank! Und wenn Sie bei den Haushaltsverhandlungen noch mal an die Kolleginnen und Kollegen denken, bin ich auch dankbar. Viel Erfolg bei der Debatte!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Kollegen Abgeordnete! Liebe Landsleute! Die CDU legt uns heute einen Antrag vor, der sich mit offenen Verwaltungsdaten – Open Government Data – und offener Quellsoftware – Open Source – beschäftigt. Wer hat Ihnen eigentlich diesen schönen Antrag geschrieben? Unter Ihnen ist doch gar kein ITler.

(Dirk Stamer, SPD: Doch!)

Ja, ich blicke da schon ein bisschen neidvoll auf diesen Antrag. Aber wenn Sie den jetzt hier einbringen, dann habe ich die Hoffnung, der kommt ja dann auch durch.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wenn wir den gestellt hätten, wäre wieder irgendwie ein Brimborium drum herumgebastelt worden, so wie beim SAPOS. Herr Liskow hat es gerade erwähnt. Wenn ihr das damit auch abräumt, dass unsere Landwirte dann endlich das genaue Satellitensignal kostenlos zur Verfügung gestellt kriegen, dann ist das noch schöner.

Aber warum kommt dieser Antrag jetzt, kurz vor Ende der Legislatur? Warum war das nicht schon im Februar, März 2017? Dann hätten wir nämlich den schönen Fortschritt, hätten wir miterleben können und nicht nur einen ganz kurzen Zwischenbericht im Juni.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Ich würde das gerne ein bisschen weiterverfolgen, aber das ist ja eine andere Geschichte. Wir hätten das Ganze auch schon im Jahre 2000 hier haben können oder davor. Das hätte wahrscheinlich der Softwareentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern einen Schub gegeben. Aber wenn das jetzt kommt,

(Manfred Dachner, SPD: Um Sie zu ärgern!)

dann ist das zwar ein bisschen spät, aber man sollte ja sagen, es ist nie zu spät. Also in der Hinsicht, mir fehlt allerdings ein bisschen der Glaube an der Umsetzung in der Verwaltung. Und da hat der Minister und da hat auch der Franz-Robert Liskow schon was zu gesagt. Die Akzeptanz natürlich der Mitarbeiter bei einem anderen Betriebssystem ist da nicht so gegeben, obwohl viele Verwaltungsanwendungen sind speziell desktopprogrammiert, sodass der Nutzer eigentlich nur seine Programme dort benutzen kann und nicht den Hintergrund überhaupt sieht, was für ein Betriebssystem er dort benutzt in der Hinsicht. Und so viel anders ist Open Office auch nicht als Microsoft Office.

(Thomas Krüger, SPD: Was wollen Sie uns sagen?)

Dass wir das schnellstens – schnellstens – machen müssen hier und dass wir der ganzen Sache keine Hemmnisse in den Weg legen sollten. So!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Manfred Dachner, SPD: Dann reden Sie nicht so lange!)

Wir haben nämlich schon hier im Land ein bisschen Probleme. Es gibt die kommunalen Unternehmen, die jetzt die Schulen ausstatten und so weiter. Ich hatte gerade einen Disput gehabt mit KSM. Das ist ja mal gegründet worden im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Die

Stadt Schwerin ist da jetzt mit involviert und so weiter. Lehrernotebook – Wartungskosten 600 Euro im Jahr. Da habe ich gesagt: Wie kommt denn das zustande? Ja, die teuren Lizenzen und das Office Packet 365. Da habe ich gesagt: Habt ihr einen Schuss? Wieso setzt ihr nicht da ganz normal Open Office ein? Nee, und das passt ja dann wieder nicht. Nee, weil die jetzt einen Exchange Server haben, und dann müssen sie ja Outlook haben. Sie setzen eben nicht den Open Exchange Server ein, weil sie weder die Manpower haben, sie haben wieder die Leute nicht, die mit offener Quellsoftware gut administrieren können, die auch quelloffene Server aufsetzen. Das ist eben das Problemchen.

Und wir haben auch die Nachteile hier so ein bisschen. Die Lehrlinge, die in der Berufsschule ausgebildet werden, gerade in der IT-Branche, die Fachinformatiker, die werden natürlich sehr früh an die kommerzielle Software herangeführt, die dort auch teilweise prüfungsrelevant ist. Und das ist das nächste Problemchen. Da haben wir dann anschließend nicht viele Fachkräfte, die sich so in der Freizeit hobbymäßig mit Linux, Open-Xchange, MySQL und so weiter beschäftigt haben. Das sind unsere Probleme. Auch da müssen wir wahrscheinlich in der Berufsausbildung hier in Mecklenburg-Vorpommern etwas machen. Das können wir dort auch mit angehen, wenn sich mit dieser Sache wirklich ernsthaft beschäftigt wird.

Dass wir als Land schon viel Geld hätten einsparen können, wenn das DVZ hier vor etlichen Jahren schon quelloffene Software favorisiert hätte, dann wären wir da einen Schritt weiter, das habe ich auch gesagt.

Ja, und zu Franz-Robert Liskow: Dass ihr das jetzt in die Hände des Energieministeriums legt, ist schön, aber zur Open Source gebe ich einen kleinen Tipp. Das gebt besser in die Hände des Innenministeriums, und zwar dort in die IT-Abteilung der Polizei. Das sind gute Leute, die sich mit quelloffener Software schon seit 1996 beschäftigen. Denen traue ich das zu, dass die das hinkriegen und dass die da auch die richtigen Denkanstöße dort geben, was man alles so machen kann.

(Andreas Butzki, SPD: Was ist denn der Sinn der Rede? Sagen Sie doch mal den Sinn der Rede!)

Und, Herr Pegel, für Ihre paar Fachanwendungen, die noch auf Microsoft-Plattformen laufen, da können Sie im DVZ dann einen Microsoft-Terminalserver fahren und die Sache ist erledigt.

(Andreas Butzki, SPD: Stimmt ihr nun zu oder nicht?)

Und dann werden dort einige Benutzer in den Verwaltungen freigeschaltet, die diese Software dann über ihren Remote-Desktop benutzen können. Ansonsten fahren wir in Zukunft quelloffene Software. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Lerche!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Digitale Souveränität stärken“ lautet die Überschrift dieses Antrages, den wir Ihnen als Koalitionsfraktionen heute vorlegen. Und wenn ich das in der Vereinfachung von Erwin Sellering runterbreche, dann würde es wahrscheinlich heißen „Digitale Souveränität aus eigener Kraft“.

Der Antrag greift zwei Themenblöcke auf, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung unserer Lebenswelt stehen: einmal die offenen Daten und einmal die offene Software. Offene Daten sind dabei ein Konzept, das ziemlich radikal das Machtgefüge von großen Unternehmen angeht. Wenn der Zugang zu Daten beschränkt ist und diese nur bestimmten Gruppen und nur gegen Entgelt zugänglich gemacht werden, dann manifestieren sich solche geschlossenen Machtgefüge. Das Gegenstück dazu sind offene Daten, die jeder und jedem gleichermaßen und ohne Barrieren frei zur Verfügung gestellt und genutzt werden können.

Jetzt könnte man meinen, dass offene Daten dann ja einen Staat schwächen würden, tun sie aber nicht. Im Gegenteil, offene Daten erhöhen die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit. Offene Daten erhöhen die Akzeptanz. Nehmen wir zum Beispiel das Beispiel Corona. Die Infektionszahlen werden zum Beispiel kostenlos lokal heruntergebrochen und über das Dashboard des RKI jedem Menschen zur Verfügung gestellt. So konnte man im September zum Beispiel zuschauen, wie sich die Zahlen in Tschechien entwickelten, wie sie außer Kontrolle geraten sind und sich in den grenznahen Kreisen in Deutschland ausgebreitet haben. Man konnte den Verlauf auch verfolgen, wie in Bayern die Situation unter vergleichsweise Kontrolle gebracht wurde, während in Sachsen die Situation verschlafen wurde.

Bei offenen Daten handelt es sich erst mal um digital vorliegende Daten von Dingen in unserer Welt. Das können Geodaten sein, aber auch Wetterdaten oder die Ergebnisse von Verkehrszählungen. Die Stadt Barcelona beispielsweise, die als Vorreiter bei den offenen Verwaltungsdaten gilt – oder englisch: Open Government Data –, stellt auf der entsprechenden Webseite über 490 unterschiedliche Datensätze zur Verfügung. Dazu gehört unter anderem auch der aktuelle Status der E-Ladesäulen in der Stadt. Diese Daten liegen dann im JSON-Format vor, und wer möchte, kann sich eine eigene App basteln, die ihm den nächsten freien Ladepunkt abhängig von seiner aktuellen Position anzeigt. Auch Verkehrsdaten kann man frei zugänglich machen, zum Beispiel den Rückstau an Ampeln, wenn entsprechende Sensoren eingebaut sind. Wenn man dann zum Beispiel in seiner eigenen App diese beiden Daten miteinander verknüpft, kann man sich abhängig vom Standort den am schnellsten erreichbaren Ladepunkt anzeigen lassen, selbst den am schnellsten erreichbaren und mit der größten Wahrscheinlichkeit freien Ladepunkt kann man sich ausrechnen lassen.

Firmen wie Google bieten ähnliche Dienste an, basierend auf den Nutzerdaten ihrer Nutzer. Aber Google-Daten kann ich nicht einfach verwenden, denn es sind geschlossene Daten. Und wenn ich Google-Daten verwenden möchte, muss ich einwilligen, meine eigenen Daten herauszugeben, und ich werde mit Werbung bombardiert.

Offene Daten sind also auch eine Chance, die Datenmonopole der großen Tech-Konzerne aufzubrechen. Sie bieten Optionen für kleine Start-ups, Ideen zu entwickeln

und zu verwirklichen, die unser Leben besser und angenehmer machen können, ohne dass uns diese Option vorher bewusst war. Sie sind die Möglichkeit, uns unsere Datensouveränität zurückzugeben. Wenn beispielsweise die Mobilfunkanbieter, die ja, jeder für sich, relativ gut wissen, wo ihre eigenen Netze Lücken haben, diese Daten als Open Source auf den Markt werfen würden, dann hätte man längst eine App entwickelt, die beim Telefonieren dafür sorgt, dass man kurz vor Erreichen eines Funklochs einfach in den Haltemodus geparkt wird. Da würde auf beiden Seiten dann ein kurzes Signal kommen: „Entschuldigen Sie, der Teilnehmer ist für etwa vierzig Sekunden nicht verfügbar, aber ist gleich wieder für Sie da“, anstelle des üblichen „Hallo, hörst mich noch?“ und „Bist du eigentlich noch da?“.

Offene Daten sind aber beispielsweise auch Gesetze und Verordnungen. Und wenn man Themen wie Gesetze und Verordnungen einmal unter der Prämisse der offenen Daten denkt, dann ergeben sich da erhebliche Möglichkeiten. „Offene Daten“ heißt nämlich auch, dass man die zur Verfügung gestellten Daten in standardisierten und einheitlichen Formaten zur Verfügung stellt. Und jetzt stellen wir uns mal vor, das wäre heute schon der Fall. Wir hätten Gesetzestexte tatsächlich in einer Form vorliegen, die semantische Informationen transportieren. Änderungen in Gesetzestexten anzuzeigen, wäre ein Knopfdruck. Das könnte Software mit einem Klick erledigen. Regelungen aus unterschiedlichen Bundesländern miteinander vergleichen, auch dann, wenn sie nicht die gleiche Nummer haben, wäre nur einen Klick entfernt.

Mein geschätzter Kollege Jochen Schulte erzählt mir ja immer, die große Kunst des Juristen sei es, bei Regelungen, die über mehrere Gesetze verstreut sind, die relevanten Paragrafen parallel zu lesen. Und auch hier,

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Jochen Schulte, SPD: Hauptsache,
du merkst dir das auch!)

und auch hier, wenn alle Gesetze einheitlich digital und kostenfrei vorliegen,

(Andreas Butzki, SPD: Sonst würde
er es ja nicht erwähnen.)

dann wird es da ganz fix eine Lösung geben, die die Arbeit der Juristen deutlich vereinfacht. Auch für Bürgerinnen und Bürger, die nicht mit Gesetzen vertraut sind, wäre so die Möglichkeit gegeben, die Arbeit der Juristen überhaupt nachvollziehbar zu machen. Das wird am Ende des Tages sicherlich dem einen oder anderen Fachverlag nicht gefallen, die ihre Geschäftsmodelle auf genau solche Angebote ausgerichtet haben, diese aber in der Regel noch händisch ausführen.

Dass offene Daten das Potenzial haben, Wertschöpfung in Milliardenhöhe zu generieren, haben wir ja schon in der Begründung geschrieben. Und diese Schätzung beruht nicht nur darauf, dass einige Firmen die heute in der Regel anfallenden Gebühren für Geoinformationsdaten dadurch einsparen würden. Die gezielte Nutzung von offenen Daten ermöglicht viele Dinge, die wir heute mehr oder minder durch Schätzungen, Erfahrungen oder Haben-wir-schon-immer-so-Gemacht planvoller und zielgerichteter erledigen können. Offene Daten ermöglichen Dienstleistungsangebote, die Menschen dabei helfen, Dinge effizienter tun zu können, und da gewinnen dann auch alle Seiten.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der zweite Themenkomplex des Antrags ist das Thema Open-Source-Software. Wie auch offene Daten ist offene Software, ist es das Offene-Software-Konzept, das sich vor allem gegen Monopole und deren Ausnutzung richtet. Bei Open-Source-Software denken die meisten Menschen erst einmal an das Betriebssystem Linux oder beispielsweise auch Open Office. Einigen fallen dann auch die Produkte von Mozilla ein, zum Beispiel der Firefox-Browser, oder aber auch der E-Mail-Client Thunderbird. Aber auch MySQL beispielsweise – vielen vielleicht nicht bekannt –, die Datenbank, die weite Teile des Internets antreibt, ist letztlich ein Open-Source-Projekt.

Das Gegenstück zu Open Source ist letztlich proprietär, also geschlossene Software. Das kennen Sie auch alle. Was zum Beispiel mit Windows 10 passiert, was es unter der Haube hat und was es tatsächlich alles macht, werden wir wohl nie erfahren, weil der Quellcode von Microsoft dort geheim gehalten wird, aber ebenso Betriebssysteme wie Apple. Witzigerweise gibt es für beide Systeme aber mehr Schadsoftware als beispielsweise für Linux, obwohl man ja eigentlich genau das Gegenteil erwarten würde.

Der Vorteil von Open Source ist letztlich, dass man mit solchen Projekten nicht auf Gedeih und Verderb an einem Anbieter hängt. Wenn der beschließt, dass er ein altes Produkt vielleicht nicht mehr unterstützt, und Ihnen stattdessen einen Nachfolger verkaufen möchte, dann ist man in vielen Fällen bereits so abhängig von der entsprechenden Software, dass man das Geld anschließend auch ausgibt.

Mit Open Source kann ich beispielsweise auch Entwicklungsarbeit für Verwaltungssoftware unter mehreren Bundesländern aufteilen, ohne dass ich erst einen großen Staatsvertrag aufsetzen muss. Und da, wo ein Bundesland eine spezielle Anpassung benötigt, kann es diese in einem entsprechenden eigenen Modul auch selbst aufbauen und vornehmen, aber der Kern der Software wäre über alle Bundesländer hinweg gleich. Und fast noch wichtiger: Man hätte auch ein einheitliches Datenformat, auf das man sich geeinigt hat, was Datenabgleich deutlich erleichtern würde.

Kostenfrei ist Open Source übrigens nicht automatisch. Gerade bei Anwendungen für ein Bundesland würde ein entsprechender Dienstleister für seine Arbeit auch bezahlt werden. Aber in der Summe profitieren alle Bürgerinnen und Bürger eines Landes oder auch alle Beteiligten an der Arbeit der anderen, weil sie ein Produkt erhalten, dass sie allein nicht hätten finanzieren können. Datenschützer jedenfalls werden Open-Source-Projekte lieben, denn wenn der Quellcode einer Software offen ist, dann kann ich jederzeit schauen, was tatsächlich mit den Daten passiert, ob es eine Sicherheitslücke gibt oder ob heimlich Daten abgezweigt werden. Das ist ja auch der Hauptkritikpunkt beispielsweise des Landesrechnungshofes bis heute an Windows 10.

Und nur, um nicht missverstanden zu werden und dem vorzubeugen: Open Source heißt nicht, dass die Daten, die mit der Software verarbeitet werden, wirklich unsicher wären. Selbstverständlich ist nur die Software offen und alle verarbeiteten Daten entsprechen dann den Grund-

sätzen des Datenschutzes, wenn es so angelegt ist. Der Vorteil von Open Source ist – insbesondere, wenn ich es selbst entwickele –, dass ich genau diesen Punkt, den Schutz der Daten der Bürgerinnen und Bürger, in meine eigene Hand nehmen kann.

Wir stehen am Ende einer Legislaturperiode und immer noch am Anfang eines Megaprojektes namens Digitalisierung. Wir sind der Ansicht, dass sowohl Open Data als auch Open Source als Ansätze geeignet sind, die Souveränität des Landes in digitalen Fragen zu stärken und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Digitalisierung zu verbessern. Wir würden uns daher freuen, wenn dieser Appell für ein Denken außerhalb der Box heute eine breite Zustimmung findet, denn der Weg, den wir gerne gehen möchten, ist noch lang und beschwerlich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Konzept für Open Government Data zu entwickeln, bringt natürlich sehr viele Herausforderungen mit sich – gar keine Frage. Aber die Möglichkeiten sind eben auch sehr vielfältig, das haben wir hier ja schon jetzt gehört von einigen Rednern. Und dass es sich lohnt, diese Mühen auf sich zu nehmen, da haben wir als LINKE gar keine andere Auffassung. Deshalb, weil sich eben große Chancen bieten, werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

Sie möchten gerne prüfen, welche Daten als offene Daten geeignet sind. Ich glaube, möglich an der Stelle wäre durchaus die Frage, ob es nicht einfacher wäre zu prüfen, welche Daten nicht als offene Daten geeignet sind, denn etliche Datenbestände sind ja auch schon zugänglich. Aber ob man es nun so oder so macht, die Details müssen dann sicherlich anderenorts und nicht hier im Plenum besprochen werden.

Was uns heute viel wichtiger ist, viel wesentlicher ist, das ist der Gedanke hinter den Forderungen Ihres Antrages. Wenn man die Forderung ernst nimmt, dann verändert sich das Konzept von Öffentlichkeit nämlich sehr radikal. Herr Liskow sprach von einer digitalen Souveränität der Bürgerinnen und Bürger. Und genau so ist es auch. Denn bisher hieß es, alles ist geheim, was nicht ausdrücklich als öffentlich gekennzeichnet ist. Meint man Open Government Data ernst, dann würde es bald heißen, alles ist öffentlich, was nicht ausdrücklich als geheim gekennzeichnet ist.

Herr da Cunha spricht von einem aufgebrochenen Machtgefüge. Das kann ich nur unterstützen, denn bei Open Data, bei frei verfügbaren Daten von Staat und Verwaltung, da geht es um die Vision einer Öffnung von Staat und Verwaltung. Es geht um Transparenz, es geht um Partizipation und es geht vor allem um die Einsicht, dass man Wissen teilen muss, um gemeinsam die besten Lösungen zu finden. Wer so was macht, wünscht sich auch eine Diskussion. Wer so was macht, wünscht sich eine Veränderung und vor allem Input von außen.

Die deutsche Verwaltung funktioniert in der Regel etwas anders, deshalb freuen wir uns ausdrücklich über diese neue Philosophie, denn auch Sie haben ja bisher nicht immer nach dem Motto „Offenheit“ gehandelt. Aber nun können wir ja davon ausgehen, dass sich einiges ändern wird, und das begrüßen wir natürlich ausdrücklich und hoffen, dass Ihre neue Offenheit sich nicht nur auf Geodaten, Statistiken oder darauf beschränkt, wie lang der Stau vor welcher Ampel ist, um dieses Beispiel mal aufzugreifen. Nein, wir freuen uns darüber, dass die neue Offenheit, die mit Open Data Government auf jeden Fall verbunden sein muss, dann auch bedeutet, dass bald die Ausschüsse des Landtages öffentlich tagen werden, dass bald die Protokolle für alle Einwohnerinnen und Einwohner einsehbar sein werden. Stellungnahmen von Expertinnen und Experten zum Beispiel im Rahmen von Verbandsanhörungen, wenn Gesetze vorbereitet werden, auch die werden demnächst als offene Daten zur Verfügung stehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Analysen und Gutachten, die nämlich auch zu Open Data gehören, und nicht nur Statistiken oder Geodaten, nein, auch Analysen und Gutachten, so, wie Berlin es macht, die beispielsweise im Auftrag der Landesregierung erstellt wurden und dann benutzt werden, um Steuermittel auszugeben, auch diese Gutachten werden demnächst zur Verfügung stehen.

Ein Beispiel, auch weil es gerade so aktuell ist: Als medienpolitische Sprecherin freue ich mich schon auf das Gutachten, das dann veröffentlicht wird und aufzeigen wird, ob Wismar nun tatsächlich ein geeigneter Standort für ein Medienkompetenzzentrum wäre.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich kann es kaum erwarten. Dann bekommen wir endlich offene Debatten.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dann erleben wir einen Paradigmenwechsel hin zu einer offenen politischen Kultur. Herzlichen Glückwunsch, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese neue Mentalität, Daten und Erkenntnisse, eigene Entscheidungen und Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen, das kann uns nur freuen. Wir erwarten dann spätestens nach der Wahl jede Menge Änderungen Ihrerseits. Mit der Fraktion DIE LINKE wird ein solcher Wandel auch auf Garantie nicht verschleppt, sondern umgesetzt. Da können Sie sich drauf verlassen, dass wir hier an Ihrer Seite sind!

Am Ende möchte ich noch etwas zu Ihrem Vorschlag sagen, ein Open-Source-Konzept zu entwickeln. Ich war der Meinung, wir haben das irgendwo schon mal miteinander besprochen, und habe noch mal ein bisschen in meinen Aufzeichnungen gekramt und es dann auch gefunden. Denn es ist ja Herr Minister Pegel, in dessen Hände Sie das Konzept vertrauensvoll legen wollen, wie Herr Liskow sagte, und vor nicht allzu langer Zeit hat Herr Pegel schon mal ausgeführt – und heute hat er das hier noch mal bestätigt –, dass Open-Source-Anwendungen in allen Bereichen bedeutend mehr Personal einfordern, als jetzt zur Verfügung steht. Und Herr Minister Pegel hat auch gesagt, damals, als wir darüber sprachen, dass er gerne Prioritäten setzen möchte und die Einführung der

E-Akte für sämtliche Behörden im Land sowie den Umstieg auf ein neues E-Akten-System ganz klar nach vorne stellt. Für mich klang das eher so, als ob die meiste Kraft für die Umsetzung des OZG gebraucht wird und selbst die positive Personalentwicklung in der Digitalisierungsabteilung könne nicht alles meistern. Genau genommen hat Herr Pegel die Open-Source-Problematik damals als weitere Großbaustelle bezeichnet, die derzeit gar nicht leistbar sei.

Mein Fazit, wenn ich nun Ihren Antrag lese und diese Debatte verfolge: Dieser Punkt Ihres Antrages ist wohl zu Recht auch nur ein Prüfauftrag, wird also ähnlich wie die E-Residency in der Kategorie landen „Man wird ja wohl noch träumen dürfen“. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Kröger!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Damen und … Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Das hört sich ja alles ganz wunderbar an, klingt aber auch etwas wie eine Diskussion im berühmten Elfenbeinturm. Denn bevor man sich überhaupt erst mal Gedanken macht über die Erlangung der digitalen Souveränität, muss es ja überhaupt erst mal eine erfolgreiche Digitalisierung geben, und da sieht es ja in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland insgesamt sehr bescheiden aus.

Es war ja gerade erst vor zwei Wochen, glaube ich, in der Presse zu lesen, dass der Hauptgeschäftsführer der IHK zu Schwerin ganz erstaunt aus Estland zurückkam, wo er erleben durfte, dass dort 99 Prozent der Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert sind. Der Este muss eigentlich nur noch zur Eheschließung aufs Amt, alles andere kann er von zu Hause von seinem Rechner aus erledigen. In Mecklenburg-Vorpommern – auch das war in diesem Beitrag zu lesen – sind es ganze 100 Verwaltungsdienstleistungen, die man derzeit digital online abwickeln kann. In Estland sind es 3.000. Und wenn man sieht, Estland und Mecklenburg-Vorpommern sind von der Größe und Einwohnerzahl ungefähr vergleichbar, und ich persönlich gehe jetzt mal davon aus, dass es den Bürger draußen im Lande erst mal überhaupt nicht interessiert, ob wir hier digitale Souveränität haben, Open Source und so was alles. Das ist sicherlich wichtig, Herr Lerche hat es ja auch gesagt. Aber viel wichtiger ist es doch erst mal, einen vernünftigen und zeitgemäßen, für die weitere Entwicklung unseres Landes auch notwendigen Stand der Digitalisierung zu erreichen, vergleichbar mit dem, wie es in anderen Ländern schon ist.

Deutschland ist bei der Digitalisierung im europäischen Vergleich auf Platz zwölf. Und das liegt, also dieser doch sehr mittelmäßige Rang liegt auch an der schlechten Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Und ich würde es ja sehr begrüßen, wenn Sie erst mal da versuchen, Fortschritte zu erreichen, denn das interessiert die Bürger. Letztendlich können sie ihre ganzen Verwaltungsangelegenheiten, ihre ganzen Dinge, die sie mit der staatlichen Bürokratie abzuwickeln haben, können sie das online machen oder nicht. Das ist derzeit eben in sehr, sehr vielen, in den allermeisten Bereichen, nicht der Fall. Ich habe das gerade erst neulich am eigenen Leibe erfahren müssen, als ich versucht habe, unter Corona-Bedingungen in Rostock einen Anwohnerparkausweis zu beantragen. Das war eine Katastrophe. Und wenn nicht mal das funktioniert, dann möchte ich mir gar nicht vorstellen, wie das abläuft bei etwas komplizierteren Verwaltungsvorgängen.

Also das, was hier in diesem Antrag gefordert wird, alles wunderbar, aber darüber nicht vergessen, erst mal die Basics, also die eigentliche Digitalisierung voranzutreiben. – Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU Herr Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal vielen Dank für die allgemeine Zustimmung zu unserem Antrag und die konstruktive Debatte. Ich möchte auf ein, zwei Punkte noch mal eingehen.

Liebe Frau Kröger, der große Wurf oder die große Euphorie, die Sie jetzt hier schon haben, was wir jetzt zukünftig alles machen werden, will ich ein bisschen wenigstens dämpfen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, was?!
Das ist aber schade! Das ist aber schade!)

Schritt für Schritt natürlich. Und der Minister hat ja auch gesagt, das ist hier tatsächlich auch ein dickes Brett, was zu bohren ist. Das ist ohne Frage so, weil vor allen Dingen auch das Thema Akzeptanz auch in der Verwaltung da eine ganz große Rolle spielt. Man könnte beispielsweise ja auch mal bei dem Thema, welche Software ist geeignet, mal nach München schauen. Dort gab es ja die Initiative, Linux einzuführen, und das ist krachend gescheitert.

Und, Herr Lerche, warum erst heute? Ich glaube, wir sind rechtzeitig dran. Wir haben auch gerade einen Nachtragshaushalt beschlossen, wo Digitalisierung einen großen Schwerpunkt hat, MV-PC beispielsweise, auch Umsetzung Onlinezugangsgesetz. Ich glaube, der Zeitpunkt ist richtig. Und ich bin auch zuversichtlich, dass viele Kollegen hier im Raum auch die Umsetzung noch erleben werden, aber sicher nicht alle, ohne Frage.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich werde das von außen betrachten! –
Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Genau. Sie werden ja, denke ich, weiterhin auch einige gute Informationen

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aus Ihrer Fraktion bekommen zu den Themen, Herr Ritter.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Alles offen! Alles offen!)

Und natürlich, auch Open Data kostet natürlich Geld. Das ist ohne Frage so. Und der Minister hat es ja auch richtig

gesagt, auch das benötigt Personalressourcen. Aber ich glaube, wenn man das intensiv analysiert, dann ist es tatsächlich so, dass der volkswirtschaftliche Gewinn deutlich größer sein wird und die Kosten wesentlich übersteigen wird. Von daher freue ich mich auch über den großen Rückenwind hier aus dem Plenum und wünsche uns dann heute für den weiteren Verlauf des Tages noch gute Beratungen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Philipp da Cunha, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5851. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5851 bei Enthaltung durch die fraktionslose Abgeordnete und im Übrigen Zustimmung angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Ausreisepflicht wirksam durchsetzen – Ohnmacht des Ministeriums für Inneres und Europa beenden, Drucksache 7/5857.

Antrag der Fraktion der AfD
Ausreisepflicht wirksam durchsetzen –
Ohnmacht des Ministeriums für
Inneres und Europa beenden
– Drucksache 7/5857 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Förster.

(Der Abgeordnete Horst Förster
wendet sich an das Präsidium.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ausreisepflicht durchsetzen – in Mecklenburg-Vorpommern scheitert die Landesregierung schon sehr lange an der Aufgabe, gesetzlich vorgeschriebene Abschiebungen durchzuführen. Seit 2015 mussten in sage und schreibe fast 5.000 Fällen angesetzte Rückführungen von ausreisepflichtigen Personen abgebrochen werden. Genau waren es aufsummiert nach Angaben der Landesregierung 4.911 Fälle, ein jahrelanges Politikversagen auf ganzer Linie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, Quatsch!)

Die AfD-Fraktion kritisiert diese unbestreitbare Tatsache, nachdem sie hier im Landtag vertreten ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hat vorher die NPD gemacht.)

Tolerierte Abbruchquoten von bis zu 70 Prozent sind nichts anderes als ein vom Innenministerium ignorant zur Seite gelegtes Politikfeld. Sowohl Lorenz Caffier als auch sein jetzt ins Ministeramt gelangter Nachfolger Renz schauen tatenlos zu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren, unsere an die Regierung gestellte Anfrage zu den Zahlen des Jahres 2020, wo ebenfalls eine Abschiebungsabbruchquote von 70 Prozent veröffentlicht werden musste, führte zu einer Berichterstattung in der „Schweriner Volkszeitung“.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Unserem Innenminister Renz wurde darin Raum gegeben, sich zum Sachverhalt zu äußern. Er sagt, Zitatanfang: „Selbstverständlich werden alle rechtlich und tatsächlich möglichen und zulässigen Schritte unternommen, um den Aufenthalt von Personen zu beenden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die kein Bleiberecht haben“, Zitatende. Der neue Innenminister behauptet also, dass trotz der von mir eben genannten frappierenden Zahlen der rechtliche Rahmen bereits ausgeschöpft sei. Diese Aussage verkennt vollkommen die Gesetzeslage. Herr Renz scheint noch nicht richtig verstanden zu haben, was es heißt und welche Aufgaben er hier als Innenminister hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, dafür haben wir ja Sie!)

Wer sich in dieser Form öffentlich äußert, vergisst vollkommen, dass dieser Zustand ein Affront für unsere steuerzahlenden und rechtstreuen Bürger ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Innenminister, ich hoffe sehr, dass Sie die von uns heute ins Plenum gebrachte Debatte dazu nutzen werden, dieses unglaubliche Selbsteingeständnis politischer Willenlosigkeit zu korrigieren.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Mein Gott!)

Wie kann es sein, dass man nach so kurzer Zeit im Amt freiwillig darauf verzichtet, an diesem Punkt gestalten zu wollen?! Das ist nicht nachvollziehbar. Es spricht natürlich Bände, wie wir jetzt auch an den Zwischenrufen hören, dass Sie in dieser Frage von der Partei DIE LINKE Unterstützung erfahren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Die Erben der SED wollen Asylbewerber unbegrenzt ins Land lassen

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und lehnen Abschiebungen generell ab.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Diese Partei steht natürlich an Ihrer Seite, wenn es darum geht, das faktische Scheitern des Rechtsstaats in der Asylfrage hinzunehmen und zu beschönigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Innenminister, ich muss Sie für Ihre Worte in der SVZ nicht nur wegen Ihrer offensichtlichen Ohnmacht gegenüber den Fakten kritisieren. Ich muss leider auch darauf hinweisen, dass Ihre Aussage inhaltlich einfach

nicht stimmt, denn selbstverständlich sind eben gerade nicht, wie von Ihnen behauptet, alle rechtlich und tatsächlich möglichen und zulässigen Schritte unternommen worden. Ich darf das an zwei Beispielen verdeutlichen:

Erstens. Mecklenburg-Vorpommern hat selbstverständlich die Möglichkeit, eine eigene Abschiebungshaftanstalt zu eröffnen, um effektiver und für die beteiligten Behörden leichter die Ausreisepflicht durchzusetzen. Bei Ausländern, die vor ihrer Abschiebung renitent auftreten oder abtauchen, bei denen eine konkrete Fluchtgefahr besteht, könnte in Mecklenburg-Vorpommern eine Sicherungshaft durchgeführt werden. Das ist und bleibt ein wichtiges Mittel zur Reduzierung der unvertretbar hohen Abbruchquoten. Nicht umsonst fordern Bundes- und Landespolizei eine wirklich deutliche Aufstockung der Haftkapazitäten.

Zweitens. Unser Aufenthaltsgesetz ermöglicht es den Ländern, selbstverständlich sogenannte Ausreiseeinrichtungen zu schaffen. In diesen sollen, laut Wortlaut des Gesetzes, die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise gefördert und die Erreichbarkeit für Behörden und Gerichte sowie die Durchführung der Ausreise gesichert werden. Warum macht der Minister hiervon nicht Gebrauch und schafft regional verteilt mehrere dieser Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern? Es kann nicht sein, dass von diesen Möglichkeiten der geltenden Gesetzeslage nicht Gebrauch gemacht wird. Oder man kann auch fragen, ob mit Rücksicht auf den Koalitionspartner vielleicht das nicht möglich erscheint. Dann sollte es aber offen zugegeben werden und nicht so getan werden, als seien die rechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft und es gebe keine weiteren Handlungsoptionen.

Es ist doch schlechthin nicht vermittelbar, dass ein großer Teil der Abschiebungsversuche an Renitenz scheitert. Das kann in einem Rechtsstaat nicht einfach so hingenommen werden. Was gehen davon für Signale für Immigranten und auch für die aus, die sich an die Gesetze halten? Und hat solche Renitenz konkrete Folgen? Wer ausreisepflichtig ist, keine Duldung hat und sich der Abschiebung widersetzt, macht sich nach Paragraf 95 Aufenthaltsgesetz wegen illegalen Aufenthalts strafbar. Nur, was passiert wirklich? In aller Regel nichts. Und was ist mit denen, die nach einer Abschiebung trotz eines Einreiseverbots wieder einreisen? Deren Zahl wird nicht einmal statistisch erfasst. Sie wird auf rund ein Drittel geschätzt.

Herr Innenminister, auch hier ist Handlungsbedarf, wenn der Rechtsstaat sich in der Praxis nicht selbst aufgeben will. Hier helfen auch keine seichten Ausreden, hier muss konsequent gehandelt werden. Die „Welt am Sonntag“ hat jüngst damit getitelt, dass jeden Monat 1.000 anerkannte Flüchtlinge aus Griechenland nach Deutschland einfliegen. Die Sekundärmigration läuft also munter weiter, und das, obwohl diese Personen keinen Asylgrund haben. Was ist das für ein krasses Missverhältnis? Wir kontrollieren praktisch nicht, wer reinkommen darf, und zugleich sorgen wir nicht dafür, dass die, die kein Bleiberecht haben, unser Land wieder verlassen.

Meine Damen und Herren, wir sind meines Wissens das einzige Land, das das Asylrecht als individuelles Grundrecht für Ausländer in seine Verfassung geschrieben hat, dies 1949, zu einer Zeit, wo man an Migrationsströme, wie sie heute stattfinden, überhaupt nicht gedacht hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat doch einen historischen Hintergrund.)

Artikel 16a besagt, dass politisch Verfolgte Asylrecht genießen, ja, politisch Verfolgte, aber keine Massenmigration.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Zugleich besagt der Artikel aber auch, dass sich hierauf nicht berufen kann, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft oder aus einem anderen Drittstaat einreist. Diese Einschränkung war das Ergebnis einer langen Asyldebatte Anfang der 90er-Jahre. Doch dieser zentrale Artikel unserer Verfassung ist bis zur Unkenntlichkeit von der Regierung ignoriert worden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Grundgesetz wurde millionenfach nicht durchgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich kann das eingangs in meiner Rede erwähnte tausendfache Scheitern in Dauerschleife noch anhand anderer gesetzter Zahlen darstellen. So scheiterten seit 2015 pro Jahr im Schnitt 818,5 angesetzte Abschiebungen. Jeden Tag waren es durchschnittlich 2,24, Beispiele für ein Vollzugsdefizit, das seinesgleichen sucht. Das darf so nicht bleiben. Der Rechtsstaat muss endlich an dieser Stelle handlungsfähig gemacht werden.

Werte Abgeordnete, mir bleibt nur der Appell an Sie: Stoppen Sie die Ohnmacht dieses Ministers! Der Begriff „Ohnmacht“ steht auch für Machtlosigkeit oder die Unfähigkeit zum Handeln. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen gegen das unübersehbare Vollzugsdefizit bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht!

Warum überhaupt diese Problematik? Gestern fiel das Wort „Einwanderungsland“. Na, wären wir doch ein Einwanderungsland oder würden wir uns verhalten wie ein Einwanderungsland, dann würden wir das machen wie der Große Kurfürst, der damals die Hugenotten ins Land ließ. All die vielen Caffiers, de Maizières und wie sie heißen, warum sind sie hier? Weil Sie damals einen Fluchtgrund hatten, nämlich sie wurden wegen ihres Glaubens verfolgt, und der Große Kurfürst war der Auffassung, dass die Preußen nützlich seien. Und das waren sie ja auch. Es war gewissermaßen eine Bildungsschicht, sie waren hier, sie wurden sehr schnell geachtet, und wenn man nachliest, in der zweiten, dritten Generation waren sie schon zu 75 Prozent mit Deutschen verheiratet. Und es war eine Gruppierung, die das Land nicht erdrückt hat. Das ist also das, was heute umgesetzt Einwanderungsländer auch machen. Die fragen in erster Linie, ob diese Menschen, die hierher kommen wollen, dem Land nützen.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Was wir machen, ist – und da werden die Historiker noch mal ganz eindeutige Urteile fällen – mit 2015 eine völlig irrationale Politik, die natürlich Wirkungen hat, nachhaltige Wirkungen hat und unser Land enorm destabilisiert hat. Und das zu leugnen, ist einfach Unsinn. Deshalb haben wir diese Problematik, weil wir eine Politik der offenen Tür betrieben haben. Und nun haben wir ganz viele Menschen hier, die auch nach dem Gesetz nicht

bleiben dürfen. Und das ist eine ganz schlimme Lage für alle Beteiligten. Nämlich auch in Misskredit kommen die, die schon lange integriert sind, in verzweifelte Situationen kommen die, die hierbleiben möchten, weil es in ihrem Land gar nicht so gut aussieht, die aber nicht bleiben dürfen. Und wir sind nicht in der Lage, hier klare Verhältnisse zu schaffen. Wir fördern Sehnsüchte, die nicht erfüllt werden. Wir sind nicht mal in der Lage, Hochkriminelle abzuschieben, und wir wissen auch, dass es enorme Kosten mit sich bringt. Wir wissen auch, dass das sozialer Sprengstoff auf die Dauer bedeutet, insbesondere, wenn wir in den nächsten Jahren erleben müssen, wie das Land sparen muss. Und das alles, weil man eine völlig irrationale, nicht humane Politik 2015 betrieben hat!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Und deshalb, agieren wir doch wie ein richtiges Einwanderungsland! Setzen wir zumindest die Gesetze durch und geben nicht die Signale, dass wer kommt, der bleibt hier! Begreifen wir, dass das Asylrecht nicht ein Türöffner für illegale Migration sein darf! Es soll denen gewährt werden, die wirklich politisch verfolgt sind. Und die, die kein Bleiberecht haben, die müssen konsequent abgeschoben werden,

(Beifall Christel Weißig, fraktionslos)

zur Durchsetzung des Rechts, aber auch im Interesse derer, die sich die ganze Zeit Hoffnung machen. Und am Schluss werden hier die Falschen abgeschoben, nämlich die, die vielleicht man wirklich hierlassen könnte, in die Ukraine, und all die vielen anderen, die teils in die Knäste gehören, die bleiben hier. Deshalb, Herr Minister, auf Landesebene können Sie einiges mehr tun, als bisher geschah. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 58 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa Herr Renz.

Minister Torsten Renz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. Es wird hier gesprochen von der Ohnmacht des CDU-Innenministers Mecklenburg-Vorpommerns.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Entweder liegt es an der Uhrzeit, dass ich eine Ohnmacht bei der AfD-Fraktion festgestellt habe, weil nämlich – Herr Förster, Ihnen ist es vielleicht nicht aufgefallen – während Ihres gesamten Redebeitrages gab es keinen Beifall. Zum Schluss haben drei, glaube ich, bis vier – alle waren auch immer noch nicht aufgewacht – in einer Starre, in einer Ohnmacht sich bewegt, wo ich schlussfolgern muss, es liegt vielleicht doch nicht an der Uhrzeit, es liegt vielleicht an der Thematik, die Sie versuchen hier erneut aufzuwärmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oder am Dauerzustand.)

Und wenn ich von Thematik spreche, dann ist es so, das ist kein Geheimnis,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass Parteien von Themen, von Inhalten leben. Wenn ich zur SPD schaue,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

dann fällt mir soziale Gerechtigkeit ein. Wenn ich zu den LINKEN schaue,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Jetzt bin ich gespannt.)

dann fällt mir ein, dass sie aus Sicht der Bürger noch mehr soziale Gerechtigkeit vorgeben.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD –
Heiterkeit und Zuruf von
Wolfgang Waldmüller, CDU)

Wenn ich zur CDU schaue, dann wissen Sie alle, wir sind verbunden mit Wirtschaft und innerer Sicherheit.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn ich dann nach rechts schaue, wieder zur AfD, dann stelle ich fest,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gesundheit.)

wenn ich nach Themen suche,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Herr Renz, das ist doch keine Comedy-Show! –
Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

ich weiß nicht, ob Sie das Thema Rentenpolitik jetzt inzwischen schon gefunden haben, ob Sie ein Rentenkonzept jetzt vorgelegt haben, mir fällt jedenfalls kein Thema ein.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Mir fällt aber Ihre Geschichte ein, und die Geschichte geht los mit 2013, wenn ich das mal so sagen darf, wo Sie ein Thema hatten,

(Horst Förster, AfD: Das war der Euro.)

nämlich die Eurorettungspolitik.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das war ein Thema, was die etablierten Parteien aus Sicht der Bevölkerung nicht so angegangen sind, wie man sich das vorstellt. Und dann haben Sie, die Gründer, sozusagen mit Lucke, Henkel oder Petry oder auch Gauland dieses Thema aufgenommen. Dann haben Sie

ein Thema gehabt, nämlich Sie waren gegen etwas. Und ich weiß nicht, Herr Förster, ob Sie damals schon dabei waren,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

das waren nämlich Wirtschaftsliberale, die sich zu 20 Prozent, die sich zu 20 Prozent 2015 zurückgezogen haben, als nämlich das zweite Thema aufkam, nämlich die Flüchtlingskrise. Ich weiß nicht, wann Sie eingetreten sind.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vielleicht können Sie das ja mal darstellen. Aber ich sage Ihnen, die 20 Prozent um Lucke, die sind damals ausgetreten. Es gab dann noch so ein paar, die nicht loslassen konnten, wie zum Beispiel Gauland. Aber es ist ja wohl unstrittig, dass bei dem Thema sich die Struktur, die Denke Ihrer Partei extrem verändert hat.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und jetzt in 2020/2021 stellen wir fest, Sie haben kein Thema, außer, dass Sie jetzt versuchen, das Thema Corona für sich in Anspruch zu nehmen, und auch wieder diese Strategie haben, gegen etwas zu sein. Aber Sie haben kein Thema, für das Sie sind.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und dann kommen Sie heute, und der Zustand Ihrer Fraktion hat es gezeigt, nämlich die Ohnmacht, insbesondere bei dem, was Sie vorgelesen haben. Da gab es überhaupt keine emotionale Bewegung. Entweder ist das Thema bei Ihnen auch schon in der Fraktion tot, so will ich das mal sagen, oder anders kann ich mir das nicht erklären.

Und jetzt haben wir in der Politik zwei Möglichkeiten: Entweder polarisieren wir weiter und versuchen zu spalten, so nehme ich diesen Antrag wahr, oder aber ich versuche zu analysieren und zu handeln. Und für diesen Part habe ich mich entschieden, nämlich sachlich mit der Situation umzugehen und die Situation dann auch darzustellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und insofern will ich feststellen, dass die Koalition im Bund sich im Koalitionsvertrag auf eine Zuwanderungsobergrenze verständigt hat. Diese orientiert sich an der allseits bekannten Asylobergrenze von 200.000 pro Jahr. Das ist die Marke, an der man sich messen lassen muss. Nun kann man die Einhaltung der Obergrenze an verschiedenen Kennziffern festmachen. Aus meiner Sicht ist es am sinnvollsten, die Zahl der Asylanträge pro Jahr heranzuziehen. Die meisten Flüchtlinge kamen – ich versuchte es darzustellen – im Jahr 2015.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Entsprechend wurden dann die meisten Asylanträge gestellt im Jahre 2016, nämlich mit knapp 750.000 Anträgen hatten wir damals ein historisches Allzeithoch. Dass schon 2017 aber die Obergrenze, die damals noch nicht galt, nur knapp verfehlt wurde, nämlich in 2018 wir dann deutlich unter der Obergrenze waren, die Tendenz ist, und das ist festzustellen, weiter fallend. Zuletzt gab es im Jahr 2020 122.000 Asylanträge. Das zeigt, die Asylpolitik der Bundesregierung wirkt, die Asylgesetzgebung wirkt und die Maßnahmen der Bundesregierung wirken.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die Asylgesetze sind deutlich schärfer als 2015, der Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist enger denn je.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die Krise brach viele Widerstände gegen eine effizientere Asylpolitik, wie zum Beispiel im Bereich des Datenschutzes, mit positiven Folgen. Im Ergebnis – und in diesem Fall ist es dann einfach so, zu Ihrem Verdruss – ist die Zuwanderung, so, wie ich es schon mal dargestellt habe, jetzt kein großes gesellschaftliches Thema mehr. Und deshalb versuchen Sie, es wieder zum Thema zu machen. Und wenn die Zahlen nicht passen, dann versuchen Sie es eben auch über Sprache, Gestik und Mimik, sodass Sie die Zahlen dann auch passend machen wollen.

(Andreas Butzki, SPD: Oder mit Fake News.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine zentrale Ausreiseeinrichtung nach Paragraf 61 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz ist für Mecklenburg-Vorpommern nicht erforderlich. Personen aus sicheren Herkunftsländern und Personen, für die andere EU-Staaten zuständig sind, sogenannte Dublin-Fälle, bleiben in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zur Ausreise, Abschiebung oder zur Dublin-Überstellung. Wer keine Bleibeperspektive hat, bleibt in der Erstaufnahmeeinrichtung und wird auch nicht an die Kommunen verteilt. Hierbei ist auf die konsequente Umsetzung der AnKER-Konzeption in den Erstaufnahmeeinrichtungen hinzuweisen. Die Kompetenzen wurden gebündelt, alle Akteure sind an einem Ort versammelt. Das garantiert schnelle und vor allem rechtssichere Verfahren sowie gute Rückführungsvoraussetzungen. Erwähnen möchte ich auch die unterschiedlichsten Informationsangebote zur Rückkehr, zum Beispiel durch das BAMF. Dabei geht es um verschiedene Themenbereiche, wie zum Beispiel Arbeitsmarkt, Wohnsituation oder medizinische Versorgung in den Zielländern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine weitere Forderung der AfD ist die Einrichtung einer eigenen Abschiebehafteinrichtung. Das ist schon etwas grotesk und lieblos. Wie Sie wissen, wird es eine gemeinsame Abschiebeeinrichtung mit Hamburg und Schleswig-Holstein in Glückstadt geben.

(Nikolaus Kramer, AfD: Ah!)

Der Betrieb wird in diesem Jahr aufgenommen und perspektivisch werden 20 Haftplätze für unser Land zur Verfügung gestellt. Diese 20 Plätze sind notwendig, aber auch ausreichend. Wir werden mit der Einrichtung das Abtauchen vor Abschiebung unterbinden und mehr Personen direkt aus der Haft zurückführen können. Bis die Einrichtung in Betrieb genommen wird, nutzen wir übergangsweise die JVA Neustrelitz für die Abschiebehaft. Es entsteht also keine Lücke.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der letzte Punkt ist die Passersatzbeschaffung. Wir überprüfen die Bedarfe regelmäßig und wissen daher, mehr Personal ist nicht

notwendig. Die Passersatzbeschaffung wird zudem fortwährend optimiert und noch stärker digitalisiert.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zu beachten ist, dass der Bund die Passersatzbeschaffung für Staaten übernimmt, die nur eine Vertretung in Deutschland haben, die nicht oder eingeschränkt kooperieren und die sonstige Probleme aufweisen, wie zum Beispiel Somalia oder der Irak. Es ist allgemein bekannt, dass die mangelnde Kooperation das Hauptproblem ist. Deswegen fordern die Länder, regelmäßig mehr außenpolitischen Druck auf die entsprechenden Staaten auszuüben und weitere Rückführungsabkommen abzuschließen.

Anschließend noch eine ganz grundsätzliche Anmerkung: Bei diesem Thema dürfen wir nämlich eins nicht vergessen, dass wir uns über ein Jahr in der Corona-Pandemie befinden, und das bedeutet natürlich, dass Abschiebungen tatsächlich fast unmöglich gemacht werden oder sind beziehungsweise erschwert werden. Viele Herkunftsländer sahen sich aufgrund der Pandemie außerstande, ihre Staatsangehörigen wieder aufzunehmen. Probleme gab es in der Folge auch bei der Passersatzbeschaffung. Das ist ein Faktor, den keine Ausländerbehörde und kein Asylgesetz beeinflussen kann. Man kann das auch als realistischen Blick dann betrachten und so darstellen.

Unter dem Strich kann ich feststellen, dass die AfD versucht, wie gesagt, eins ihrer Themen wieder nach vorne zu bringen, aufzuwärmen, zu präsentieren, um möglicherweise Stimmung zu machen und mit Blick auf die Wahlen etwas zu erreichen. Ich sage Ihnen aber, Fakt ist, die Abläufe funktionieren. Die Zuständigkeiten sind klar geregelt, die Maßnahmen greifen, und somit kann ich diesem Landtag nur empfehlen, Ihren Antrag abzulehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne meinen Redebeitrag mit dem Eingangssatz meines gestrigen Redebeitrages zur Afghanistan-Problematik. Ich habe gestern Abend dazu ausgeführt, in Afghanistan herrscht immer noch Bürgerkrieg. Mehr als 100.000 Zivilisten wurden dort in den vergangenen zehn Jahren getötet oder verletzt. Dennoch ist vorgestern zum 37. Mal eine Maschine mit abgeschobenen Menschen aus Deutschland in Kabul gelandet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist leider die Realität. Aus Deutschland werden nach wie vor Menschen in Krisen- und Kriegsregionen abgeschoben. Unsere Verpflichtung wäre es, diesen Menschen Unterstützung und Zuflucht zu gewähren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Christel Weißig, fraktionslos)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Pressemitteilungen bezeichnet die AfD-Fraktion Herrn Förster gern als migrationspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion. Besser und korrekter wäre wohl die Bezeichnung „abschiebungspolitischer Sprecher“, denn mit Migration hat die AfD kaum etwas am Hut.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Innenministerium handelt im Rahmen der Gesetze. Auch die von der AfD beklagten Duldungen haben ihre Grundlage im Aufenthaltsrecht. Im Gegensatz zur AfD steht allerdings für die Linksfraktion ein menschenwürdiger Umgang mit den zu uns geflüchteten Menschen im Mittelpunkt der Migrationspolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der jüngste Integrationsgipfel unterstreicht, dass bereits ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund hat, dann zeigt auch dies, wie wichtig eine offene Gesellschaft und das Eintreten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit für die Zukunft des Landes sind. Und auch deshalb ist es für mich nicht verwunderlich, dass der Hass auf Zuwanderer sowie der enge Kontakt der AfD zu flüchtlingsfeindlichen Initiativen breiten Raum in dem 1.000-seitigen Gutachten des Verfassungsschutzes und verfassungsfeindlichen Bestrebungen der AfD einnimmt.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Holger Arppe, fraktionslos)

Ich empfehle einen Blick in den „Spiegel“ vom 06.03.2021.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in dem 200-seitigen Forschungsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus diesem Jahr zu den sogenannten AnKER-Zentren – beziehungsweise, wie es bei uns im Land umschreibend heißt, zu den funktionsgleichen Einrichtungen – finden sich auf 20 Seiten Ausführungen zu Mecklenburg-Vorpommern. Was darin steht, das kann man unterschiedlich bewerten, das kann man kritisieren. Für DIE LINKE etwa ist Abschiebehaft nicht akzeptabel. In Haft gehören verurteilte Straftäter, Flucht aber ist kein Verbrechen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man könnte auch anderes und viel mehr kritisieren, dem Innenminister aber Ohnmacht oder politische Ignoranz vorzuwerfen, ohne derartige Analysen auch nur zur Kenntnis zu nehmen, das erweckt Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit Ihres Agierens gleichermaßen. Meine Fraktion lehnt Ihren Antrag ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Dagmar Kaselitz, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Ritter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst auch von mir eine Vorbemerkung zur Rede des Innenministers. Er hat ja praktisch gesagt, dass die AfD hier ein totes Pferd

reitet und immer wieder versucht, ihm neues Leben einzuhauchen. Das fand ich schon eine sehr gute Aussage.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Was ich nicht ganz so gut fand, muss ich sagen, die Verschärfung der Asylgesetze in 2015 durchaus positiv zu bewerten oder rundum positiv. Das sehe ich wahrscheinlich naturgemäß ein bisschen anders.

Aber ob die Anträge der AfD mit „Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam“, „Effektive Rückkehrpolitik“, „Sichere Herkunftsländer“ oder wie heute mit „Ausreisepflicht wirksam durchsetzen – Ohnmacht des Innenministeriums beenden“ überschrieben sind, sie laufen immer auf das eine hinaus: Ihrer Meinung nach haben wir viel zu viele ausreisepflichtige Ausländer hier.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die gehören auf keinen Fall integriert, sondern konsequent abgeschoben. Der Innenminister ist dumm, die Gesetze richtig anzuwenden, um effektiver zu sein. Ihrer Meinung nach gehören die betroffenen Männer, Frauen und Kinder in Abschiebe- und Ausreiseeinrichtungen, dort möglichst von einem hohen Zaun umgeben, damit sie hier das Landschaftsbild nicht stören.

Herr Ritter sprach eben den „Spiegel“ an. Er meinte was anderes, aber ich frage Sie: Können Sie noch in den Spiegel schauen? Wie menschenverachtend ist diese Position?!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Sie reiten hier wieder Ihr Steckenpferd: Ausländer-Asyl. Das wird wohl nun in jeder Landtagssitzung vor der Sommerpause der Fall sein. Zutreffend hat der Innenminister ja auch gesagt, dass Sie anscheinend Mühe haben, auch mal tolle, neue zukunftsweisende Themen zu finden. Da müssen Sie natürlich das, was in der Vergangenheit Erfolg hatte, immer wieder, immer wieder nach vorne bringen,

(Zuruf von Christel Weißig, fraktionslos)

ob aktuell oder eben auch nicht mehr so aktuell. Deutschland hat eigentlich zurzeit andere Sorgen.

Der Vorwurf, dass die rechtlichen Möglichkeiten der Rückführungsmaßnahmen durch die Vollzugsbehörden nicht genutzt würden, haben Sie im Antragstext ja auch nicht unterlegt – das machen Sie ja extra immer erst in Ihren Reden –, aber aus meiner Sicht hat der Innenminister diese Behauptungen widerlegt, zutreffend widerlegt. Asylbewerber ohne Bleibeperspektive verbleiben in der Regel während der gesamten Aufenthaltszeit bis zur Rückführung in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes. Die Nachteile gesonderter Ausreiseeinrichtungen wurden auf politischer Ebene zu meinem persönlichen Entsetzen tatsächlich ernsthaft diskutiert, aber im Ergebnis wurden sie abgelehnt. Solche Einrichtungen lehnen wir nämlich aus tiefster Überzeugung ab. Das bedeutet für uns nicht, dass Menschen, die eine Gefahr für andere darstellen, Gefährder sind, nicht anders behandelt werden müssen als die Flüchtlinge, die einfach nur hier leben und arbeiten wollen, um ihre Familie vor dem Verhungern zu bewahren.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterhält, das hat der Innenminister auch gesagt, zusammen mit Schleswig-Holstein und Hamburg eine gemeinsame Abschiebeeinrichtung in Glückstadt, die ja offensichtlich kurz vor der Inbetriebnahme steht. Und tatsächlich, in den vergangenen Jahren sind viele Menschen nach Deutschland gekommen, denen ein Schutz zugestanden wurde. Zahlen hat der Minister auch schon genannt. Und natürlich befinden sich auch solche Menschen hier, die nach unseren gesetzlichen Bestimmungen eben halt kein Bleiberecht haben, die unseren Gesetzen zufolge keines internationalen Schutzes bedürfen. Und zu den Abschiebungen und den Hindernissen ist ja auch schon viel gesagt worden.

Vorrang hat immer das Instrument der freiwilligen Rückkehr, und das ist auch richtig so. Etliche staatliche und nicht staatliche Angebote unterstützen Ausreisepflichtige dabei, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Unter anderem werden Starthilfen und Integrationsleistungen angeboten. Da könnte bestimmt noch ordentlich eine Schippe draufgelegt werden, um vielleicht diese Angebote auch noch ein bisschen nachhaltiger zu gestalten. Und nur, wer der staatlichen Ausreisepflicht nicht freiwillig nachkommt, wird zwangsweise zurückgeführt.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, leider trifft das auch viele Familien, die bereits gut integriert sind. Sie hatten eine vorübergehende Duldung, die ausgelaufen ist, ihnen wird die Ausreise nahegelegt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Dieses Schicksal haben Sie zu verantworten.)

Sie könnten dann ja mit einem Visum, mit einem Arbeitsvisum wieder einreisen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das ist für diese Familien und auch für ihr deutsches Umfeld, in dem sie nicht nur angekommen, sondern dessen integrierte geschätzte Mitglieder sie geworden sind, schwer zu ertragen und kaum nachvollziehbar.

Aber wenn wir von den Abschiebungen sprechen, haben wir auch über die Abschiebungshindernisse gesprochen, und sehr interessant ist, dass unter den vielen Gründen, die Abschiebemaßnahmen verhindern, Herr Förster sich natürlich die Renitenz hier ausgesucht hat und in den Vordergrund gestellt hat, die nur einen sehr kleinen Anteil derjenigen betrifft.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja schon nahezu renitent, wie der agiert.)

Von den 365 Abschiebungen, die 2020 scheiterten, waren 28 davon mit Renitenz begründet. Der ganz, ganz überwiegende Anteil – 236 nämlich – waren sogenannte sonstige Gründe. Also dahinter verbergen sich Gründe von der Corona-Pandemie abgeleitet, das Vorbringen von medizinischen Gründen, Unvollständigkeit des Familienverbandes, Flugausfälle, verspätete Ankunft am Flughafen und, ein ganz schwieriges Feld, restriktive Handhabung von Überstellungsregelungen durch die EU-Mitgliedsstaaten. Dass relativ viele Abschiebungen scheitern, ist ja bundesweit zu verzeichnen, und ein Hauptgrund ist die mangelnde Kooperations- und Rücknahme-

bereitschaft der Staaten von Ausreisepflichtigen. Und wohin soll man sie abschieben, wenn die Länder, die sie aufnehmen müssten, aus irgendwelchen Gründen das ablehnen und das nicht zulassen?

(Zuruf von Christel Weißig, fraktionslos)

Deswegen hat die Innenministerkonferenz im Dezember letzten Jahres in ihrem Beschluss mit Besorgnis festgestellt, dass die Regierungen einiger Staaten, welche zum Teil erheblich auch von Deutschlands Unterstützung profitieren, eine nur geringe Kooperationsbereitschaft zeigen, eigene ausreisepflichtige Staatsangehörige zurückzunehmen. Und die Innenministerkonferenz hat den Bundesinnenminister darum gebeten, mehr Druck auszuüben, damit diese Staaten eben besser kooperieren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Dann müssen wir einen
ordentlichen Außenminister stellen.)

Zum Jahresbeginn 2021 lagen dem Rückführungsmanagement des Landesamtes für innere Verwaltung für insgesamt 607 ausreisepflichtigen Personen Anmeldungen vor. Schauen wir mal, ob die Rückführungen besser klappen als zuvor. Die Mängel, die die AfD hier jedenfalls zu konstruieren versucht, was die Praxis in Mecklenburg-Vorpommern angeht, sehen wir keineswegs.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Lesen Sie mal die Beantwortung
der Landesregierung!)

Die Einrichtung von den gesonderten Abschiebeeinrichtungen finden wir vollkommen falsch. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Man muss ja mal ins Grundsätzliche gehen, und bei den Ausführungen von Herrn Ritter kam das ja sehr gut zum Ausdruck, Sie vermengen hier immer einiges. Asyl ist nicht Migration. Also das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Asyl heißt, dass, wenn Menschen aus Krisengebieten hierherkommen, dass sie vorübergehend hier Schutz finden, um, wenn die Krise vorbei ist, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Migration, das ist wieder was ganz anderes und läuft auch über ganz andere gesetzliche Regelungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dass Sie das natürlich alles vermengen, das passt natürlich zu Ihrer generellen Absicht, hier immer mehr Menschen nach Deutschland hineinzubringen, um den Traum von Joschka Fischer wahr werden zu lassen, der ja mal gesagt hat, wenn es nach ihm ginge, würde sich Deutschland auflösen wie ein Stück Zucker in einer Tasse Tee.

Wie es anders geht, das zeigt übrigens die sozialdemokratische Regierung im benachbarten Dänemark.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da hat man gerade knapp 100 Asylanten die Aufenthaltserlaubnis entzogen und ist nun dabei, sie in ihr Herkunftsland zurückzubringen, weil die dortige Regierung unter der Sozialdemokratin Mette Frederiksen festgestellt hat, dass Syrien in diesem Fall kein unsicheres Herkunftsland mehr ist. Also das zeigt doch auch mal, warum die Sozialdemokraten bei Wahlen zum Beispiel in Dänemark sehr viel erfolgreicher sind als der trostlose Verein, der heute hier sich als Erbe von August Bebel und anderen politischen Größen der Vergangenheit versteht.

Also es geht letztendlich gar nicht darum, hier Zuwanderung zu verhindern. Das hat die AfD auch nie gesagt. Es ging immer darum, ein Zuwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild, das heißt, an den Interessen unseres Landes ausgerichtet.

Das berührt natürlich nicht,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

das berührt natürlich nicht, dass auch Menschen aus Krisengebieten vorübergehend hierher zu uns kommen, aber eben nur vorübergehend hier Asyl finden. Und das hat auch die sozialdemokratische Ministerpräsidentin von Dänemark gesagt, nämlich, dass sie in Dänemark, also die Regierung dort, sich von Anfang an gegenüber den Asylsuchenden ehrlich gemacht hat und man von Anfang an zu diesen Leuten gesagt hat, ihr könnt gerne kommen und hier Schutz finden, aber eben nur vorübergehend, und wenn die Krisen- und die Kriegszustände in eurer Heimat vorüber sind, dann müsst ihr wieder zurück. Und dass Sie hier, die Regierenden, zu diesen Asylsuchenden nie ehrlich gewesen sind, sondern immer ihnen den Eindruck vermittelt haben,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

ihr könnt für immer hierbleiben, das ist das Problem, an dem Sie heute zu knabbern haben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Christel Weißig, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat mir gestern schon in seiner Rede alles vorweggenommen und hat es heute auch wieder getan, was hier aber nur beweist, dass wir uns in der CDU da auch einig sind. Also ist das meines Erachtens jetzt nichts Schlimmes. Ich möchte mir da nur ersparen, die gesamten Fakten jetzt noch einmal zu wiederholen – von der Ohnmacht der AfD, mit ansehen zu müssen, dass unser Rechtssystem funktioniert, über die Abschiebehafteinrichtungen bis hin zur Ersatzbeschaffung von Pässen.

Vielleicht eines noch dazu, Herr Ritter: Sie sprechen immer davon, dass eine Flucht kein Verbrechen sein kann. Das stimmt, aber eine Einreise in ein Land kann sehr wohl illegal sein. Es gibt illegale Einreisen, nämlich genau auch dann, wenn sie ohne Pass stattfinden. Also

ganz das aus den Augen verlieren möchte ich daher auch nicht. Unser Rechtssystem ist da sehr eindeutig. Und dass das ein Problem ist, das ist auch nicht von der Hand zu weisen, denn es ist definitiv Fakt, dass auch Pässe absichtlich vorher entsorgt werden, bevor in unser Land dann auch illegal eingereist wird.

Ich bin aber beruhigt, ich bin total beruhigt, solange Herr Ritter sich darüber beschwert, dass zu viel abgeschoben wird und die AfD sich darüber beschwert, dass zu wenig abgeschoben wird, dann, weiß ich ganz genau, bewegen wir uns in der Mitte. Und genau die Mitte vertreten wir in diesem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Also sehe ich keine Probleme. Optimierung gibt es immer, aber daran arbeiten wir. Wir lehnen den Antrag ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort …

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich war das bis jetzt eine sehr erbärmliche Analyse,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn Sie gehen auf die eigentlichen Probleme überhaupt nicht ein. Ja, es ist richtig, die Migration ist aus den Schlagzeilen ganz oben rausgekommen. Es gibt viele andere Probleme. Wir haben auch schon viele andere Probleme hier erörtert. Aber niemand kann leugnen, dass es ein Dauerthema ist, das uns noch sehr lange beschäftigen wird, eben weil wir das Recht nicht durchsetzen.

Deshalb ist es auch ein Witz, wenn Frau Tegtmeier sagt, wir würden hier ein totes Pferd reiten. Nein, das galoppiert jeden Tag hier durch die Lande.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, Herr Ritter, ja, Frau von Allwörden hat es auch schon gesagt, ein Menschenrecht, ja, Menschenreche gibt es, es gibt aber kein Recht auf Einwanderung. Und insbesondere ist der Punkt doch im Ausgangspunkt der: Wir haben dieses Asylrecht, das in einer Zeit geschaffen wurde, wo man an diese Migrationsströme nicht gedacht hat. Da kann doch keiner drüber wegdenken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Wir haben 2015 eine massenhafte Migration gehabt. Das muss ich auch alles nicht vertiefen. Wir wissen, wie das gelaufen ist. Die Papiere wurden weggeworfen und, und, und.

Und ich frage mich, Frau Allwörden, wenn Sie meinen, Sie sind in der Mitte gut aufgehoben, was das für eine Definition ist von Mitte.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Sie sind zumindest nicht die Mitte.)

Warum sagen Sie eigentlich ständig, 2015 darf sich nicht wiederholen? Warum sagen Sie das? Das sagen Sie doch nicht aus irgendwas, sondern weil Sie genau erkannt haben, dass 2015 nicht der Maßstab sein kann und deswegen nicht richtig ist.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Wen meinen Sie denn jetzt?)

Die CDU sagt permanent, Seehofer, alle, wie sie heißen, sagen, 2015 – und damit meinen Sie diese massenhafte Migration, wie sie dort stattfand – darf sich nicht wiederholen.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Da haben Sie ja völlig recht, weil es diesen Staat überfordert. Migration, wenn man das geschichtlich sieht, Migration heißt doch, dass Gruppierungen reinkommen, die sich dann integrieren, assimilieren, die dann irgendwo zu Hause sind, wie Caffier und de Maizière und wie sie alle heißen. Und das, was wir erleben, und genau das Gegenteil, Migration kann nur funktionieren, wenn es sich in einem gewissen Maße verhält und die Aufnahme in der Gesellschaft nicht überfordert wird. Und deshalb sagen Sie, und ich schließe mich da an, 2015 darf sich nicht wiederholen. Aber Sie haben ja nichts ernsthaft dafür getan.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Wenn Sie jetzt auf die Obergrenze abstellen, dann befassen Sie sich doch mal mit der Obergrenze, was das für ein Systembruch ist! Das ist doch überhaupt nichts! Das ist weder von der Verfassung her was Vernünftiges noch praktikabel. Die Obergrenze wurde einfach gegriffen. Warum? Weil inzwischen Orbán die Grenze dichtgemacht hat

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Da steht
da vorne ein Richter und will komplett die
Rechtsstaatlichkeit über Bord werfen!)

und weil inzwischen Erdoğan,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ganz große Klasse! Unfassbar! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Erdoğan dafür gesorgt hat, dass die Flüchtlinge nicht kamen. Und dann hatten wir vor Kurzem eine Krise, wo Erdoğan das Tor öffnete und wir wieder relativ, ja, ohnmächtig zugeguckt haben, gehofft haben, dass sie nicht alle hierherkommen. Die Obergrenze ist rechtlich, verfassungsrechtlich eine Katastrophe, denn wenn Sie das mit dem Asylrecht ernst nehmen, dann kann es keine Obergrenze geben.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Und genauso muss man doch ernst nehmen, dass eben dieses Asylrecht zum Türöffner für illegale Migration ge-

worden ist, dass das Recht dysfunktional geworden ist, denn wir können nicht das ganze Elend der Welt aufnehmen. Das muss man doch ehrlich zugeben und daraus muss man Schlüsse ziehen. Aber diese Grundsatzdiskussionen, Erörterungen finden doch überhaupt nicht statt.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Ihnen fällt doch nichts Besseres ein, als uns dann in die rechte Ecke zu stellen. Und ja, ganz so links wollen Sie auch nicht sein, aber im Grunde betreiben Sie ja dieselbe Politik, denn es kann ja erst mal jeder rein. Und dann stehen Sie vor dem Dilemma, dass die, die nicht hierbleiben dürfen, dass man sie irgendwie loswird.

Und wenn die Frau Tegtmeier sagt und uns vorwirft, wir seien der Auffassung, hier seien viel zu viel Ausreisepflichtige, ja, das muss man mal zu Ende denken, Frau Tegtmeier.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist das Ergebnis einer Kleinen Anfrage
von Herrn Manthei, da steht das.)

Sie zelebrieren ja den wahren Rechtsbruch damit. „Ausreisepflichtig“ heißt doch begrifflich, dass jemand hier ist, der ausreisen muss. Und im Grunde, wenn das Recht durchgesetzt würde, dann hätten wir von Ausreisepflichtigen ganz wenige.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und Sie beklagen, dass wir uns darüber aufregen, dass wir Hunderttausende von Ausreisepflichtigen haben. Nein, bei einer vernünftigen Migrationspolitik hätten wir immer nur sehr wenige, und die würden doch alsbald nach Hause geschickt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dass wir diese vielen haben, unter ihnen natürlich auch sogar Gefährder und Kriminelle, das verhindert ja gerade die Integration derjenigen, die ein dauerhaftes Bleiberecht haben, verhindert es doch gerade, weil wir überfordert sind. Wären es viel weniger, die hier eine Zukunft hätten, dann wäre das doch alles gar kein Problem.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir reden doch nicht über die Italiener, wir reden nicht mal über die türkischen Gastarbeiter, die seit Jahren hier sind, deren Kinder hier geboren sind, die vollintegriert sind. Da regt sich doch keiner drüber auf. Das hat ja nichts mit Rassismus zu tun. Sie verkennen doch schlicht die Realitäten.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie beklagen und bestrafen Schleuserkriminalität.

Ja, Herr Ritter, die kommen hierher, nicht, weil sie verhungern, Frau Tegtmeier, sondern weil sie 5.000 Euro, 5.000 Dollar für die Schleuser haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie sind so ein ekelhafter Mensch!)

Sie bestrafen die Schleuser, Sie bestrafen die Schleuser, wissend,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie sind so ein ekelhafter Mensch!)

wissend, dass die aus dem Nahen Osten nur mit Schleusern hierherkommen. Dann seien Sie konsequent,

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

dann schicken Sie ins Mittelmeer Kreuzfahrtschiffe!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ein übler Hetzer sind Sie!)

Das wäre ehrlich und konsequent. Und schicken Sie nicht unsere Boote zum Boarding dahin!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie sind ein übler Hetzer!)

Sie wollen die Realitäten nicht wahrnehmen.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie wollen die Realitäten nicht wahrnehmen. Keiner hat was gegen diejenigen, die hier ein Bleiberecht haben, gut.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ha, ha, ha!)

Ich kann doch nur die Argumente der CDU der 90er-Jahre … Gucken Sie mal nach, was damals in der Asyldebatte gesagt worden ist! Das würde ich ja heute gar nicht wagen. Das wäre ja nach den Verfassungsänderungen oder anderen Interpretationen, die heute vorgenommen werden, in höchstem Maße gefährlich.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sie sind gefährlich!)

Damals hat die CDU noch Realpolitik betrieben.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und da hat Helmut Schmidt noch gesagt, wenn das so weitergeht, gibt es Mord und Totschlag. Und so weit sind wir inzwischen. Keine Ahnung haben Sie! Gehen Sie doch mal in die Tiefe! Herr Ritter, argumentieren Sie doch mal ernsthaft über das Asylrecht und das Bleiberecht! Und wenn Sie das konsequent zu Ende denken, ja, dann sagen Sie, wie Sie denn Millionen hier unterbringen wollen und wie das keinen sozialen Sprengstoff schaffen soll!

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Frau Tegtmeier, und dann denken Sie mal nach, wieso es ein Problem ist, dass man es nicht gut findet, wenn zu viele Ausreisepflichtige hier sind!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ein übler Hetzer sind Sie,
nicht mehr und nicht weniger! –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

So, und jetzt noch mal das Problem …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Förster!

Also ich wollte eigentlich die Rede abwarten, aber, Herr Ritter, für Ihre Zwischenrufe erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
nehme ich sehr gern entgegen.)

Und theoretisch müssten Sie für diesen Kommentar einen zweiten kriegen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich rüge das jetzt noch. Wird es jetzt aber in dieser Debatte noch mal zu diesem Punkt kommen, dann gibt es auch einen zweiten Ordnungsruf.

So, jetzt können Sie fortfahren.

Horst Förster, AfD: Und, Herr Innenminister, alles ist in Ordnung, wir suchen uns krampfhaft ein Thema. Der „Spiegel“ titelt „Abschiebung – Ein Deutsches Desaster“. Ja, das ist ja wohl die Realität, dem können Sie nicht ausweichen. Solange ist das Problem nicht gelöst, wie wir diese Probleme haben, dass eben ganz viele Ausreisepflichtige hier sind, die hier sind und die doch ausreisepflichtig sind, weil sie kein Recht haben, hier zu sein. Und das ist doch dann ein Auseinanderfallen zwischen Wirklichkeit und Recht. Und das ist ein ganz großes Problem, ein Kernproblem eines Rechtsstaates, wenn die Wirklichkeit mit dem Recht nicht übereinstimmt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dem müssen Sie sich stellen! Und als Landesregierung haben Sie ja nur beschränkte Möglichkeiten, aber Sie können auf Bundesebene mitwirken. Ich weiß, dass Ihnen da weithin die Hände gebunden sind durch den Koalitionspartner. Also wo der steht, haben wir ja heute von Frau Tegtmeier gehört. Aber immerhin, als Landesminister haben Sie auch einige Möglichkeiten. Es ist doch ein Problem, wenn Sie Abschiebehafteinrichtungen brauchen. Ja, wie lange ist das denn her, dass Sie jetzt oder vor einiger Zeit erst auf die Idee gekommen sind?

Und, Herr Ritter, ich hätte es ja gar nicht gewagt, Herr Ritter hat es angesprochen: Die Evaluation zu den ANKER-Einrichtungen, den funktionsgleichen Einrichtungen, das ist ja wohl mehr eine Ausschusssache. Aber bitte, ich fordere Sie auf, wenn Sie denn daraus berichten wollen, was der in Mecklenburg-Vorpommern da für Schlüsse gezogen hat und was da drinsteht, ich glaube nicht, dass Sie sagen können, da steht drin in Ihrem eigenen Bericht, dass die Abläufe funktionieren. Das Gegenteil steht darin: Es gibt Defizite ohne Ende. Und die Renitenz und das Abtauchen, das sind ja gerade die Bereiche,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

wo das Land selbst eingreifen kann. Wenn die Papiere nicht da sind, all dies, da sind dem Land auch die Hände gebunden, weil es dann Duldungen oder so was alles gibt.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ja, ganz genau, ganz genau!)

Aber das sind doch Themen, das sind doch Bereiche,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

wo man auch auf Landesebene mal zeigen kann, dass man in der Lage ist, das Recht durchzusetzen.

Und jetzt nochmals zum Grundsätzlichen. Warum funktioniert es denn einigermaßen? 2015 kann sich rechtlich und tatsächlich jeden Tag wiederholen, Orbán hat es gezeigt oder Erdoğan hat es gezeigt. Wir, unser Land macht sich abhängig von Herrn Orbán, der den Balkan dichtgemacht hat, und macht sich abhängig von Herrn Erdoğan. Das sind doch, wenn man es vertieft betrachtet, absolut schmutzige Geschäfte. Der soll das schmutzige Geschäft betreiben und die Flüchtlinge fernhalten. Ja, und dann kommen sie mal die paar Kilometer mit Schleusern nach Griechenland und dann schreien sie wieder Gott weiß was.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie schreien!
Außer der AfD schreit hier niemand!)

Wenn Sie ehrliche Politik betreiben, dann müssen Sie sagen, wir dürfen nicht so einen Vertrag mit Erdoğan machen, wir dürfen uns dem nicht ausliefern.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ohnehin ist er kein Demokrat, wir dürfen uns dem nicht ausliefern. Wir wollen jedem das Recht eingestehen, hier frei herzukommen und dann erst mal „Asyl“ zu sagen, und dann nehmen wir ihn auf, mit oder ohne Papiere, und dann gucken wir, was los ist. Das ist Ihre Politik. Und wenn Sie das gut finden, dann treten Sie dafür auch ein, seien Sie konsequent und geben Sie das auch zu!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dann müssen Sie jeden Tag demonstrieren gegen die Abmachungen mit Erdoğan, denn der betreibt für uns das reale, aber rechtlich schmutzige Geschäft, er hält die Flüchtlinge fern in seinem Land und fern von Samos und anderen Inseln. Das ist die Politik. Und da können Sie nur noch schweigen oder verschämt wegkriechen, nämlich aus der Kiste kommen Sie nicht raus, wenn Sie sich vertieft mit der Sache befassen.

(Ministerpräsidentin Manuela Schwesig
nimmt ihren Platz ein. –
Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Oh! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

So, und was wollte ich noch sagen? Ja, ich will nochmals sagen, auch wieder drauf zurückkommen, auf diesen wunderbaren Vergleich, was wirklich Einwanderung bedeutet. Einwanderung – da sind wir uns ja einig, dass Menschen ja auch hierherkommen, aber das soll doch, muss doch und kann man doch nur mit dem Herzen bejahen, wenn man den Eindruck hat, dass dann die Integration oder auch besser noch die Assimilation gelingt. Und dass so was dann stattfindet wie bei Herrn Caffier, dass der hinterher einer unter vielen ist, da hat doch keiner ein Problem mit, das ist doch kein Rassismus. Aber Sie …

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
So, Herr Förster, jetzt machen Sie mal
Schluss und setzen sich wieder hin! Es langt!)

Wir haben es ja gestern bei Afghanistan …

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Na, gucken Sie doch mal jetzt nur, was in Afghanistan passieren soll! Die wollen jetzt ein islamisches Land draus machen, wenn die Taliban sich verständigen. Gucken Sie mal, was die für Gesetze beschließen dort!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und dahin schieben Sie ab?!)

Ja, Sie müssen doch nur die reale Situation sehen, die sich daraus ergibt, dass da völlig fremde Kulturen aufeinanderprallen! Dem kann man doch nicht ausweichen, dass das Probleme sind, die wir haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und dahin schieben Sie ab?!)

Und das kann man auch nicht von heute auf morgen lösen oder so, wie gestern hier darüber gesprochen wurde, als das Schicksal der Migranten jetzt unter Gleichheitsgesichtspunkten betrachtet wird.

Also kurzum, seien Sie ehrlich, und dann werden Sie feststellen, dass das, was Sie hier massiv vertreten haben oder was Sie hier vertreten, überhaupt nicht mit dem zusammenhängt, was Sie machen! Allein mit dem Spruch „2015 darf sich nicht wiederholen“, Sie wissen genau, dass Sie im Grunde davon jetzt nur profitieren, dass andere uns die Flüchtlinge fernhalten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte ja eigentlich nicht noch mal hierhergehen, aber bei diesem Unsinn, den Herr Förster hier mit großer Vehemenz vorgetragen hat,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

da kann ich es mir nicht ganz verkneifen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Die gesamte Rede von Herrn Förster ist ja nur darauf ausgerichtet, uns alle anderen zu provozieren. Und das habe ich gestern zur Genderproblematik thematisch schon mal gesagt: Teilweise trifft er belegbare Feststellungen, aber was er daraus ableitet, das ist dermaßen irre. Und die Unterstellungen, die damit verbunden sind, ja, hauptsächlich in Richtung der SPD und auch DIE LINKEN, die sind so was von daneben, also das kann man nur ganz entschieden zurückweisen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Auf der einen Seite sagt er immer, es soll doch jeder kommen, der schutzbedürftig ist, den würden wir dann ja auch mit offenen Armen aufnehmen, aber alle, die da eben nicht berechtigt sind, die sollen natürlich auch zurückgeführt werden,

(Horst Förster, AfD: Genau, genau.)

verbindet das aber damit, dass er sagt, dass das Asylrecht bei uns im Grundgesetz ja eigentlich schon veraltet und verstaubt ist und unter ganz anderen Bedingungen zustande kam.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Also diese Spielchen – immer hin und her, mal so, mal so –, das finde ich so was von abstrus mittlerweile,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

das ist ja wirklich kaum noch zu ertragen!

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Na ja, und uns dann zu unterstellen, wir würden ja Millionen hier mit offenen Armen empfangen und möchten, dass Millionen hierherkommen, also das ist ja fast schon unerträglich lächerlich

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

und so was von daneben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also das kann ich nur ganz entschieden zurückweisen! Ihre Rede eben, die war wirklich so von falschen Fakten geprägt, also ehrlich, das geht auch anders. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Tegtmeier!

Der Fraktionsvorsitzende der AfD hat signalisiert, reden zu wollen – erst müssen wir desinfizieren –, wenn er das dann schafft in 40 Sekunden.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das ist das Problem, wenn Herr Förster
spricht, lässt er nichts übrig.)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich begrüße auch ganz besonders Frau Ministerpräsidentin Schwesig, die ihren Weg hier ins Plenum gefunden hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lächerlich!)

Ich denke, ich werde in den 40 Sekunden bleiben.

Der Herr Innenminister hat gesagt, wir hätten nicht geklatscht, weil die Rede von Herrn Förster so langweilig sei oder das Pferd totgeritten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist lächerlich! –
Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Nein, das stimmt nicht! Wir haben nicht geklatscht, weil wir Herrn Förster gespannt zugehört haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist lächerlich!)

Und wir beklatschen doch kein Abschiebungsdesaster. Wir beklatschen hier doch nicht das Regierungsversagen dieses Innenministeriums,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

sondern wir beklatschen, wenn, dann Erfolge. Und das haben Sie ja in der zweiten Rede gesehen, dass meine Fraktion da geklatscht hat. – Herzlichen Dank! 32 Sekunden!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, ist das albern! –
Andreas Butzki, SPD: Ein Schwachsinn,
also! Das wird immer niveauloser. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt die Ministerpräsidentin Frau Schwesig. Wir müssen nur das Pult noch desinfizieren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie hat doch gar nicht an der Debatte
teilgenommen und jetzt stellt sie sich
ans Mikrofon! – Dr. Ralph Weber, AfD:
Nix gehört, nix verstanden, aber …! –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Junge, Junge, Junge! –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Bevor ich der Frau Ministerpräsidentin das Wort gebe, weise ich auch die Fraktion der AfD darauf hin, dass wir hier parlamentarisch uns zu verhalten haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Oho! Das gilt aber für alle!)

Und den Zwischenruf, den Sie getätigt haben, Herr Professor Weber, weise ich als unparlamentarisch zurück und weise Sie darauf hin, dass ich im Wiederholungsfalle auch zu Ordnungsmaßnahmen greife.

Bitte schön, Frau Schwesig!

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich will sagen, dass mir die Begrüßung der AfD nicht wichtig ist, aber ich weiß ja, was sie damit meint. Und ich will Ihnen deswegen sagen, dass ich alle drei Tage im Landtag hier anwesend bin, wie Sie wissen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die Sachen
liegen da und mehr nicht.)

und vor allem die Anwesenheit gezeigt habe bei ganz wichtigen Themen, die Ihnen am Herzen lagen, insbesondere Ihrer Bestattungsdebatte. Und natürlich weiß ich auch um diese Debatte. Ich will aber sagen, dass heute die Veranstaltungsbranche eine Demonstration gemacht hat, um 9.00 Uhr angemeldet hat. Mir lag es jetzt am Herzen, weil es bewusst eine Demonstration zum Landtag war,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

dass ich da nicht um 9.00 Uhr aufschlage, weil erst mal die sozusagen, wenn ich sagen darf, dort die Möglichkeit haben sollten. Und ich war kurz, jetzt um 10.00 Uhr, bei der Veranstaltungsbranche und habe das Angebot gemacht, dass wir mit einer kleinen Delegation mit Herrn Schwarz und einer kleinen Delegation der Veranstaltungsbranche miteinander sprechen. Dieses Gespräch haben wir auch ganz bewusst hier in den Landtag reingebeten und nicht in die Staatskanzlei, weil es ist ja klar, die Ministerpräsidentin ist während des Landtags hier präsent.

Und ich will Ihnen sagen, dass ja schon angedeutet worden ist von der AfD, dass sie das kritisiert. Und ich will Ihnen sagen, für mich war es wichtig, für die Landesregierung, dass wir mit dieser Branche, der es sehr schlecht geht, ins Gespräch kommen. Und, sehr geehrte Herren von der AfD, wenn Sie Ihre parteipolitischen Interessen da drüberstellen, dann sagt das alles aus. Ich glaube, dieser Branche geht es gerade nicht gut, und da ist es wichtig, ins Gespräch zu kommen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich habe schon das Gespräch mit dem Einzelhandel in die nächste Woche gelegt, weil wir natürlich nicht während des Landtags so Gespräche führen können.

Ich wollte es vor allem den demokratischen Fraktionen erklären, weil ich glaube, Ihnen liegt auch die Branche mehr am Herzen als die eigene Parteipolitik. Die AfD hat heute wieder gezeigt, worum es ihr geht. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Ja, mir ist bewusst, dass die Anwesenheitspflicht im Parlament nur für die Abgeordneten gilt und nicht für die Regierungsbank. Ja, mir ist bewusst, wir bräuchten ein Drittel, um Sie hierher zu zitieren. Dennoch ist es so dreist und ein Beleg dafür, wie abgehoben Sie in Ihrer Staatskanzlei sind, dass Sie hier diesen Debatten fernbleiben und Gespräche draußen mit den Gastronomen suchen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Sie haben
offensichtlich nicht zugehört, welche
gesellschaftlichen Voraussetzungen wir haben,
woran die Ministerpräsidentin arbeitet!)

Ich habe sehr gut zugehört, Herr Krüger. Aber es gilt dann auch gleiches Recht für alle. Auch meine Fraktionskollegen und ich wären gern mit den Gastronomen draußen ins Gespräch gekommen im Rahmen dieser Demonstration.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)

Ich bin von vielen Leuten angeschrieben worden: Herr Kramer, wo sind Sie, wo sind die Mitglieder Ihrer Fraktion?

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Da musste ich darauf verweisen und sagen: Wir haben eine Anwesenheit im Plenum. Und darüber setzt sich Frau Schwesig mit ihrer Arroganz

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und Abgehobenheit, der Arroganz der Macht, einfach drüber hinweg. Und das ist einfach schädlich für die Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Die Ministerpräsidentin
kümmert sich, das unterscheidet sie von Ihnen!)

Das spaltet die Gesellschaft. Und Herr Dahlemann ist immer noch nicht hier. Und das ist genau das Problem.

Und aus diesem Grunde hat meine Fraktion eine Sitzungsunterbrechung für 30 Minuten beantragt. Bedanken Sie sich bei Ihrer Ministerpräsidentin! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur um einmal etwas klarzustellen, was Herr Kramer hier eben, vielleicht irrtümlicherweise, nicht gewusst hat: Jede dieser Fraktionen hier im Haus ist über ihre Parlamentarischen Geschäftsführer und ihre Fraktionsgeschäftsführer vor Beginn dieser Landtagssitzung darauf hingewiesen worden – das macht die Stadt Schwerin als Veranstaltungsgenehmigungsbehörde –, dass diese Demonstration stattfindet, welche Demonstration stattfindet. Und es ist üblicher Brauch, wenn Bedarf besteht aus der Mitte der Fraktion, dass dann auch eine entsprechende Verabredung über den Ältestenrat zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern stattfindet, dass aus jeder Fraktion jemand gehen kann oder dass aus allen Fraktionen jemand hingeht.

Wenn die AfD-Fraktion den Wunsch gehabt hätte, ernsthaft mit den Demonstrantinnen und Demonstranten draußen vor dem Schloss zu sprechen, deren Anliegen zumindest wir alle von CDU und SPD bis LINKE durchaus nachvollziehen können, dann hätte es jederzeit die Möglichkeit gegeben, mit einem oder mehreren Abgeordneten aus der AfD dann dorthin zu gehen. Ob die dann das Gespräch tatsächlich geführt hätten mit den Abgeordneten der AfD,

(Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD)

das kann ich nicht beurteilen, aber das ist auch nicht mein Problem.

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das ist ja nicht zu fassen!)

Für mich wäre es kein Verlust gewesen, wenn alle Abgeordneten der AfD nicht hier im Plenarsaal gewesen wären.

(Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Schulte, zu Ihrem Wortbeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Kramer!

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Kollege Schulte, vielen Dank für Ihre Belehrungen! Das ist mir alles sehr bewusst.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aber genau, weil wir das eben nicht gemacht haben, ist es ja ein Beleg dafür, wie wichtig uns diese Arbeit hier in diesem Parlament ist,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und wie sehr wir – meine Fraktion – dem Wählerauftrag gerecht werden, indem wir nämlich hier die Anliegen der Bürger in diesem Parlament vertreten

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und wir unsere Gespräche dann eben außerhalb dieses Plenums suchen.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und wenn Sie der Meinung sind, dass Sie hier verbleiben können, dann machen Sie das! Auf Ihre Anwesenheit können wir nämlich gut und gerne auch verzichten, wenngleich ich Ihre Redebeiträge in der Regel zu schätzen weiß, Herr Schulte.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Schulte, möchten Sie darauf antworten?

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Kramer, nur ganz kurz: Gehen Sie raus! Sprechen Sie mit den VertreterInnen des Hotel- und Gaststättengewerbes! Sagen Sie ihnen, dass es Ihnen heute, Ihnen auch persönlich als Fraktionsvorsitzender wichtig war, zum – ich weiß nicht – 150. Mal über angebliche Massenimmigration nach Deutschland zu reden, anstatt dass Sie das Gespräch mit Herrn Schwarz oder mit Herrn Dettmann und wem auch immer gesucht hätten! Ich bin mir nicht sicher, ob da viel Verständnis für entsteht bei der DEHOGA, aber Sie können es ja versuchen. Auch das ist nicht mein Problem. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5857. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5857

bei Zustimmung der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der AfD hat eine Auszeit von 30 Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für 30 Minuten bis 11.22 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 10.52 Uhr

Wiederbeginn: 11.27 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Jugend- und Schulsozialarbeit sichern und ausbauen, auf Drucksache 7/5880.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Jugend- und Schulsozialarbeit sichern und ausbauen
– Drucksache 7/5880 –

Zur Begründung hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befassen uns hier heute nicht das erste Mal mit dem Thema „Jugend- und Schulsozialarbeit“. Es war der Beginn der Legislaturperiode, wo wir als Erstes diesen Antrag eingebracht hatten, und zum Ende der Legislaturperiode sehen wir einmal mehr den Bedarf, dieses Thema in den Landtag einzubringen.

Der erneute Anlass war, dass alle Fraktionen im letzten Jahr ein Brandbrief des Vereins Lunte e. V. aus Rostock erreichte. Darin wurde die Sorge geäußert, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit ab 2021 nicht mehr sichergestellt ist. In dem Brief wurde ausdrücklich Bezug genommen auf die ESF-Mittel. Und unter anderem aufgrund dieses Briefes beantragten wir Mitte letzten Jahres oder im Oktober eine Anhörung zum Thema „Zukunft der Jugend- und Schulsozialarbeit nach 2021“ im Sozialausschuss, die dann auch im Oktober mit Experten aus der Kinder- und Jugendarbeit stattfand.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Im Ergebnis der Anhörung blieb nur festzustellen, dass sich in der Zwischenzeit nicht viel getan hat, dass seit Jahren die Situation hingenommen wird, ja, dass noch nicht einmal Ihre eigenen Anträge, sehr geehrte Damen und Herren von SPD und CDU, aus dem Jahr 2013 umgesetzt wurden, wo sichere Arbeitsverhältnisse für die Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit gefordert wurden. Ganz im Gegenteil, die Situation wird zunehmend dramatischer. Seit Jahren kritisieren wir die unzureichende und nicht bedarfsgerechte Förderung der Jugend- und Schulsozialarbeit. Wir schaffen es vielleicht gerade mal so, dass das aktuelle Niveau gehalten wird, aber bedarfsgerecht sieht anders aus.

Ziel ist es, dass zumindest aus unserer Sicht an jeder Schule eine Schulsozialarbeiterin/ein Schulsozialarbeiter tätig ist. Und wenn wir an dieser Stelle einmal ehrlich zu uns selbst sind, müssen wir feststellen, dass auch das bei Weitem nicht ausreicht. Um es mal in konkreten Zahlen zu sagen, die uns auch die Experten hier vorgetragen haben: Derzeit kommen in Mecklenburg-Vorpommern 502 Schülerinnen und Schüler auf nur eine Schulsozialarbeiterin beziehungsweise einen Schulsozialarbeiter. Empfohlen wird gemäß der Dortmunder Erklärung ein Schlüssel von 150 Schülerinnen und Schülern pro Schulsozialarbeiterin beziehungsweise Schulsozialarbeiter. Es bleibt festzustellen, wir haben ein Drittel davon. Sie merken also, wir sind bei Weitem nicht bedarfsgerecht mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern in Mecklenburg-Vorpommern ausgestattet.

Und seit Jahren besteht ein weiteres Problem der Schulsozialarbeit: dass sie aus mehreren Fördertöpfen finanziert wird. Da gibt es natürlich einerseits die kommunalen Mittel, da gibt es die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, dem ESF, es gibt Mittel vom Bund, die BuT-Restmittel, und da die BuT-Restmittel langsam aufgebraucht werden, hat sich das Land entschlossen, eine Förderung von 1,8 Millionen Euro aus den eigenen Mitteln zur Verfügung zu stellen, also es kommt noch der Fördertopf des Landes dazu. Problem ist nur, dass dieser Titel bereits 2019 beinahe ausgeschöpft war. Nach unseren Berechnungen werden noch weitere 1,2 Millionen Euro BuT-Restmittel wegfallen, und die Frage bleibt, wie wollen wir die kompensieren.

Doch damit ist das Finanzwirrwarr noch nicht am Ende. Die SPD-Fraktion hat uns im Sozialausschuss im letzten Jahr dann noch ihr Modellprojekt „Schulsozialarbeit plus“ vorgestellt. Da gibt es also eine weitere Quelle für Fördermittel – und wieder ein neuer Finanzierungstopf, diesmal der Strategiefonds. Aus dem Strategiefonds werden beginnend ab dem August 2021, also schön zu Beginn der heißen Wahlkampfphase, acht neue Schulsozialarbeiterinnen- und Schulsozialarbeiterstellen geschaffen. Das bedeutet, jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt erhält eine Stelle. Also auch dadurch ist kein bedarfsgerechter Ausbau festzustellen. Und dieser Finanzierungmix – ESF, BuT, Gelder aus Landeshaushalt, Gelder aus dem Strategiefonds und Gelder aus den kommunalen Haushalten – führt ganz konkret dazu, dass aufgrund der jährlichen öffentlichen Haushalte die Stellen mehrheitlich auf ein Jahr befristet sind.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die, die also Kinder und Jugendliche unterstützen sollen, haben oft selbst Existenzängste im Nacken, weil sie nicht wissen, wie es nach dem Jahr weitergeht. Und das wissen wir nicht erst seit gestern. Wie gesagt, in dem Antrag von SPD und CDU aus dem Jahr 2013, der da heißt „Jugend- und Schulsozialarbeit verstetigen“, sollte die Mehrjährigkeit der Arbeitsverträge hergestellt werden. Ich zitiere mal: „Permanente Arbeitsplatzunsicherheit und häufiger Personalwechsel sind nicht geeignet, bedürftigen jungen Menschen verlässliche Hilfen in festen sozialen Beziehungen zu geben.“ Ich muss sagen, nach acht Jahren kann ich nur feststellen, dieses Ziel haben wir bei Weitem nicht erreicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Zudem führen die ESF-Gelder dazu, dass nicht die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund steht, sondern oftmals die Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist das Ziel der Förderung.

Zu der Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse kommt hinzu, dass das Finanzwirrwarr zu einer wahnsinnigen Bürokratie führt, die ohne Ende Zeit frisst, Zeit, die fehlt, um mit den Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. Wie gesagt, die Probleme in der Jugend- und Schulsozialarbeit sind da sehr groß und wir müssen die Jugend- und Schulsozialarbeit vor diesem Hintergrund endlich auf sichere Füße stellen und bedarfsgerecht aufstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir schlagen Ihnen deshalb vor, dass die Landesregierung sich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und Fachverbänden aufmacht, um unverzüglich eine Konzeption zur Weiterentwicklung der Jugend- und Schulsozialarbeit zu erarbeiten, die dieses Finanzwirrwarr behebt, die Schulsozialarbeit gesetzlich verankert und die Kinder- und Jugendarbeit insgesamt ausbaut.

Natürlich braucht man dafür Menschen, und deshalb haben wir einen zweiten Forderungsteil in unseren Antrag mit aufgenommen, dass eine Bedarfsanalyse aufzustellen ist, um zu schauen, wie viele Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wir in der nächsten Zeit ausbilden müssen. Was wir jetzt schon in der Praxis hören, ist, dass auch auf diesem Gebiet Mitarbeiter fehlen, Fachkräfte fehlen, und ich hoffe einfach, die Landesregierung handelt da emsiger als im Bereich der Kindertagesförderung, wo wir volle Kanne auf einen Fachkräftemangel hinzulaufen, und bei den Sozialpädagogen sieht es so aus, als wäre das der nächste Fall.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Antrag soll die Kinder- und Jugendarbeit sichern, und aus unserer Sicht ist das dringend notwendig, hatte ich begründet. Ich denke, wir brauchen nicht darüber zu diskutieren, welch wichtige Rolle die Jugend- und Schulsozialarbeit heute spielt. Die Probleme der Kinder und Jugendlichen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten erheblich verändert. Zum einen ist das die nach wie vor bestehende Kinder- und Jugendarmut in Mecklenburg-Vorpommern und die damit einhergehenden Belastungen von Kindern und Jugendlichen. Sie fühlen sich abgehangen, und hier können die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit helfen. Und zum anderen sind das natürlich die Belastungen der Kinder und Jugendlichen durch Corona und durch die Schließung der Bildungs- und Freizeiteinrichtungen. Die Kinder haben körperliche Auswirkungen wie Adipositas und seelische Auswirkungen wie Vereinsamung und Depressionen. Und hier sehe ich ganz klar den Anstieg der Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit während der nächsten Monate oder nächsten Jahre, bei der Bewältigung dieser Probleme die Kinder zu unterstützen.

Deshalb, wir brauchen die Jugend- und Schulsozialarbeit, wir müssen sie sichern und ausbauen, und ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen, und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Bitte schön, Frau Drese!

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sowohl die Jugendsozialarbeit als auch die Schulsozialarbeit haben sich in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren zu unverzichtbaren Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe entwickelt. Auch wenn es gesetzlich festgelegte Aufgaben der Kommunen sind, stellt das Land bereits seit mehr als 20 Jahren beträchtliche finanzielle Mittel zur Ausgestaltung dieser Jugendhilfeangebote zur Verfügung. Die Feststellung der Bedarfe und die Planung dieser Jugendhilfeleistungen liegen allerdings in den Händen der kommunalen Selbstverwaltung. Das Land hat aber natürlich ein großes Interesse daran, den jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich den Weg durch die Schule in ein selbstständiges Leben zu ebnen.

In der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds seit 2014 bis Ende nächsten Jahres stellt das Land circa 36 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Gemeinsam mit der kommunalen Kofinanzierung werden damit bis Ende 2022 insgesamt circa 72 Millionen Euro für die sozialpädagogische Arbeit an den Schulen bereitgestellt. Diese Mittel werden seit 2017 jährlich um weitere bis zu 1,8 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt ergänzt und ebenso kommunal kofinanziert. So stehen in diesem Zeitraum für die Ausgestaltung der Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt circa 94 Millionen Euro zur Verfügung.

Um es an dieser Stelle noch einmal klar zu sagen, auch in Richtung des Antragstellers, mit diesen fast 100 Millionen Euro ist die Jugend- und Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern bis zum 31.12.2022 finanziell abgesichert. Mithilfe eben dieser finanziellen Unterstützung des Landes und der Kommunen konnten in Mecklenburg-Vorpommern die Angebote der Schulsozialarbeit sukzessive weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Und die Landesregierung steht auch weiterhin zu ihrem Engagement für die Schulsozialarbeit. So hat sie Anfang Februar beschlossen, in der kommenden Förderperiode Mittel aus dem ESF+ in Höhe von 69,2 Millionen Euro einzusetzen. Hinzu kommen weitere 6,25 Millionen Euro, die im Rahmen der Kindergarantie für eine sozialraumorientierte Schulsozialarbeit bereitgestellt werden. Diese Mittel müssen weiterhin in derselben Höhe kommunal kofinanziert werden. Somit stehen in der kommenden Förderperiode insgesamt also circa 150 Millionen Euro für die Förderung der Schulsozialarbeit zur Verfügung, also noch mal: 50 Prozent mehr als bisher. Die zuständige Fondsverwaltung wird nun auf Basis dieses Beschlusses der Landesregierung ermächtigt, die weiteren Gespräche mit der EU-Kommission und den Wirtschafts- und Sozialpartnern zur Aufstellung des Operationellen Programms zu führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dieser Aufstockung der Mittel in der kommenden Förderperiode wird einmal mehr deutlich, welch hohen Stellenwert die Schulsozialarbeit in unserem Land hat, und damit ist auch eine Planungssicherheit vonseiten des Landes bis mindestens 2027 gegeben. Somit besteht die Möglichkeit, solide Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die

Basis für stabile Beziehungen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sind.

Parallel unterstützt das Land auch die Jugendsozialarbeit. Für die Jugendsozialarbeit werden vorbehaltlich der noch ausstehenden Zustimmung 15 Millionen Euro aus den ESF-Landesmitteln zur Verfügung gestellt werden. So können bei einer 50-prozentigen kommunalen Kofinanzierung 30 Millionen Euro für Angebote der Jugendsozialarbeit genutzt werden. Vor dem Hintergrund der finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist es aus meiner Sicht eine gute und verlässliche Situation für die Jugend- wie auch für die Schulsozialarbeit, eine Planungssicherheit bis mindestens Ende 2027 zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regierungskoalition hat sich in dieser Legislaturperiode darauf verständigt, die Schulsozialarbeit zu evaluieren. Die Evaluierungsergebnisse fließen in eine zu erarbeitende Landeskonzeption der Schulsozialarbeit ein, die gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Schulsozialarbeit aus den Landkreisen und kreisfreien Städten, den kommunalen Spitzenverbänden und Fachverbänden sowie den Gewerkschaften entwickelt und in diesem Sommer vorgelegt werden. Die Schulsozialarbeit ist inzwischen wesentlicher Bestandteil der kommunalen Jugendhilfe und hat sich als Bindeglied zwischen Schule und Jugendhilfe vor Ort etabliert. Sie bietet sozialpädagogische Hilfe auch für sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler, um deren Schulerfolg zu verbessern und einen erfolgreichen Schulabschluss zu ermöglichen. Somit erhöht sie deren Chancen zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration.

Vor allem aus diesem Grund spielt die Verstetigung von Schulsozialarbeit für Schulen und Schulträger sowie die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe eine immer größere Rolle in der Diskussion. Allerdings wissen wir, dass Schulsozialarbeit nicht alle Herausforderungen lösen und ausgleichen kann. Schulsozialarbeit kann, möchte und sollte aber die Brücke zwischen Schule und Jugendhilfe an einem wichtigen Lebensort der Kinder und Jugendlichen – der Schule – sein.

Und genau hier setzt das Modellprojekt „Schulsozialarbeit plus“ an. Es baut auf den bestehenden Erfahrungen in der Schulsozialarbeit auf und greift die Chance hinsichtlich der Vernetzung mit den Angeboten im Umfeld der Schule und im Umfeld der Schülerinnen und Schüler auf. Im Rahmen dieses Modellprojekts sollen Schülerinnen und Schüler sowie deren Familien unterstützt werden. Dies soll durch die Vernetzung der Schulsozialarbeit mit den sozialräumlichen Angeboten erfolgen, insbesondere in Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen. Durch die Vernetzung mit den örtlichen Trägern der Jugendhilfe, des Sports, der Kultur und der regionalen Partner in der Wirtschaft und Verwaltung trägt die Schulsozialarbeit als Mittler dazu bei, Hemmschwellen zu überwinden und Bildungsbenachteiligungen abzubauen. Wir gehen davon aus, dass dies auch zu einer Entlastung der Schulsozialarbeitenden in den Schulen mit den klassischen Beratungs- und Unterstützungsformaten führt.

Gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten werden Schulstandorte in Quartieren und Regionen mit besonderen Entwicklungspotenzialen ausgewählt. Mit der Weiterentwicklung der Schule zu einem Lern- und Lebensort ist eine Öffnung der Schule für zusätzliche Unterstützungsangebote unumgänglich. Im Rahmen der sozialraumorientierten Schulsozialarbeit öffnet sich die Chance, die im Quartier beziehungsweise in der Region bereits bestehenden Angebote in den Alltag der Lernenden und Lehrenden zu integrieren. Damit verbessern wir die Zusammenarbeit der Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit, die in unseren kreisfreien Städten bereits konzeptionell umgesetzt wird, nun auch im ländlichen Raum. Mit diesem Ansatz verfolgen wir konsequent die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit als eigenständiges Angebot der Jugendhilfe. Daher unterstütze ich die Bemühungen des Bundes und der Länder, im Rahmen der bundesweiten Reform der Kinder- und Jugendhilfe die Schulsozialarbeit explizit in das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz aufzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ziel der Landesregierung ist es, gemeinsam mit der kommunalen Ebene unseren Kindern und Jugendlichen gute Chancen für ihre persönliche Entwicklung zu eröffnen. Wir entwickeln deshalb die vorgenannten Unterstützungsstrukturen zusammen mit allen daran Beteiligten stetig weiter. Mit meinen Ausführungen habe ich hoffentlich deutlich gemacht, dass anders, als der vorliegende Antrag behauptet, die Jugend- und Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern einen großen Stellenwert für die Landesregierung hat. Gemeinsam mit den Kommunen stellen wir uns der Verantwortung, junge Menschen auf ihrem Weg in ein gelingendes Leben zu begleiten, und dies mit einer verlässlichen und nachhaltigen finanziellen Grundlage.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie zeigt sich der besondere Wert sozialpädagogischer Angebote in der Jugend- und Schulsozialarbeit. Mit viel Kreativität und Engagement setzen sich die Fachkräfte seit einem Jahr für die Kinder und Jugendlichen ein. Dafür möchte ich die Gelegenheit hier sehr gern nutzen und allen Frauen und Männern in diesem Bereich meinen ganz besonderen Dank aussprechen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Liebe Landsleute! Sehr geehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zielrichtung von Jugend- und Schulsozialarbeit beschränkt sich längst nicht mehr auf Hilfen zur Krisenbewältigung und zur Wahrung der Bildungschancen, sondern wie dieser Antrag zeigt, geht es um weitaus mehr. Vielmehr verfolgt der politische Mainstream das Ziel, die Erziehung mehr und mehr aus den Familien und heraus in die öffentliche Verantwortung zu ziehen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das entspricht nun absolut nicht unserer Vorstellung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Familie, das soziale Umfeld, die Vereine sind für uns entscheidend, wenn es darum geht, Kindern und Jugendlichen einen guten Start ins Leben zu geben. Wir von der AfD wollen die Ursachen für den Anstieg benachteiligter Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien stärker in den Fokus nehmen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

die Familien direkt stärken, das heißt, sie finanziell besser ausstatten, familiengerechten Wohnraum mit kinder- und jugendadäquater Infrastruktur vorhalten, den Kindern für ihre Bildungschancen die nötige digitale Ausstattung zur Verfügung stellen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Wir machen uns doch was vor, wenn wir tatsächlich glauben, Jugend- und Schulsozialarbeit kann gravierende gesellschaftliche Probleme heilen. Insbesondere hat Schulsozialarbeit Feuerwehrcharakter, kommt immer dann und dort zum Einsatz, wo gerade die Defizite besonders schmerzhaft sichtbar werden. Da geht es um das breite Spektrum von Verhaltensauffälligkeiten wie Aggression, Depression, Mobbing bis hin zur Schulverweigerung und Suchtprobleme, da geht es um Lerndefizite und die Angst, den schulischen Anforderungen nicht genügen zu können.

Und dabei ist gerade das Land Mecklenburg-Vorpommern darauf angewiesen, dass alle Jugendlichen ihren Schulabschluss bekommen und damit ausbildungs- und studierfähig sind. Nur so können wir es selbst steuern, dass wir für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes die Fachkräfte für die Zukunft bekommen. Wir brauchen in erster Linie dringend mehr Lehrer an allen Schulen. Da ist das Land bislang seiner Pflicht, den gesetzlichen Bildungsauftrag zu erfüllen, nur unzureichend nachgekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Mit einem gut ausgestatteten Lehrkörper hätten wir viele Probleme nicht in diesem Ausmaß. Da muss Schulsozialarbeit mitunter als Unterrichtsvertretung herhalten. Das kann doch nicht wahr sein!

Schauen wir zurück auf die Anfänge der Schulsozialarbeit! Da ging es darum, dass Kinder und Jugendliche individuelle Orientierung und Hilfe bekamen, den Anschluss an den Lernstoff der Klasse zu halten. Es ging außerdem darum, sie in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, ihnen Möglichkeiten zur Bewältigung von Konflikten und Problemen aufzuzeigen. Heute sieht das ganz anders aus. Schulsozialarbeit soll immer weitreichendere gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, kümmert sich mittlerweile auch um das komplexe Themenfeld „Migration und Inklusion“. Was soll in Zukunft noch alles dazukommen?

Und dann hat dieser Antrag doch noch einen positiven Effekt. Er macht uns eines klar: Es ist an der Zeit, doch mal generell zu klären, welches Aufgabenspektrum und welche Erwartungen von gesellschaftlicher Seite und dann von politischer Seite gerade Schulsozialarbeit erfüllen soll. Es gab eine Reihe von Stellungnahmen aus der Anhörung im Oktober 2020. Analysiert man das, dann kommt man zu folgendem Schluss: In der gegenwärtigen Situation dient die Stärkung der Jugend- und Schulsozialarbeit insbesondere der LINKEN als Nachweis für politisches Handeln. Ist der Erfolg von schulpädagogischen Maßnahmen, die auch außerhalb der schulischen Umgebung ihre Wirksamkeit entfalten sollen, aber überhaupt beleg- und messbar?

Unser Fazit zum Antrag der Fraktion DIE LINKE ist: DIE LINKE verfolgt mit der Verankerung der Jugend- und Schulsozialarbeit im Gesetz, mit erweiterten Finanzierungsformen zu Personalschlüsseln und der Abkehr von der projektorientierten Förderung ein Gesamtziel, welches sie allerdings nicht konkret benennt. Neben dem Lehrkörper an Schulen soll offenbar gleichrangig die Schulsozialarbeit institutionell etabliert werden. Das wollen wir von der AfD nicht. Da machen wir nicht mit und werden darum diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziel des vorliegenden Antrages der Linksfraktion ist eine Erstellung eines Konzeptes unter Federführung der Landesregierung und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und Fachverbänden zur Weiterentwicklung der Jugend- und Schulsozialarbeit. Dabei sollen insbesondere Fragen zur Finanzierung, zu den Standards und zu einer landesgesetzlichen Verankerung der Jugend- und Schulsozialarbeit beantwortet werden. Weiterhin soll der Bedarf an Sozialpädagogen ermittelt und deren Ausbildung gestärkt werden.

Nun könnten wir ja auch sagen, machen wir schon. Aber ich möchte doch im Folgenden noch mal darauf eingehen, warum der Antrag aus unserer Sicht nicht umsetzbar und daher abzulehnen ist.

Erstens. Gemäß Paragraf 13 SGB VIII ist die kommunale Ebene primär für die Jugend- und Schulsozialarbeit zuständig. Das Land kann vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverwaltung hier aktuell rechtlich gesehen demnach gar nicht regeln. So erfolgt dementsprechend beispielsweise auch die Bedarfsermittlung und -feststellung der Schulsozialarbeit durch die Kommunen über die Jugendhilfe beziehungsweise Schulentwicklungsplanung.

Zweitens. Das Land unterstützt die kommunale Ebene vielmehr über die Richtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit und beteiligt sich in Höhe von 50 Prozent an den Kosten. Die Mittel werden im Wesentlichen aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt. In der Koalitionsvereinbarung wird der Schulsozialarbeit beim Einsatz dieser Mittel die oberste Priorität zugeordnet, und das wird ja auch so bleiben.

Zugleich haben sich die Koalitionspartner zur Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit in dieser Legislaturperiode bekannt. Dementsprechend stehen im aktuellen Doppelhaushalt und in der Mittelfristigen Finanzplanung jährlich 1,8 Millionen Euro bereit, die im Wesentlichen die wegfallenden Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes auffangen. Da die ausgelaufene ESF-Förderperiode einen Übergangszeitraum von zwei Jahren vorsieht, ist die Finanzierung der Jugend- und Schulsozialarbeit in diesem und im nächsten Jahr sichergestellt, und zur Planungssicherheit bis 2027 hat Frau Drese eben ausgeführt.

Mit der Frage nach der inhaltlichen – also drittens – und konzeptionellen Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit beschäftigt sich zudem eine Steuerungsgruppe, die durch das Sozialministerium eingesetzt wurde. Vertreter hier sind neben den kommunalen Spitzenverbänden auch verschiedene Fachverbände.

Zudem sind im aktuellen Haushalt rund 120.000 Euro für die Evaluierung der Jugend- und Schulsozialarbeit, deren Ergebnisse letztlich für die Festlegung von Standards dienen sollen. Bedauerlicherweise scheint es hier ja zu Verzögerungen gekommen zu sein, sodass bis heute noch keine Ergebnisse vorliegen und der Prozess noch läuft. Vorgesehen ist der Sommer dieses Jahres. Dass sich mit Fragen, die auch hier im Antrag aufgeworfen werden, noch gar nicht beschäftigt wurde beziehungsweise kein Austausch stattgefunden hat, das ist jedoch zu verneinen.

Und viertens. Im Bereich der Ausbildung zusätzlicher Sozialpädagogen und Schulsozialarbeiter hat das Land ebenfalls weitere Maßnahmen ergriffen. Mit der Einführung des Moduls Schulsozialarbeit im Masterstudiengang Bildungswissenschaften und dem bildungswissenschaftlichen Wahlpflichtbereich der Lehramtsstudiengänge an der Universität Rostock wurden zusätzliche Kapazitäten geschaffen.

Fünftens und als letzten Punkt, warum der Antrag aus unserer Sicht nicht umsetzbar beziehungsweise abzulehnen ist, möchte ich anführen, dass die vorgegebene Frist, der 31. Mai, für die Vorlage des Konzeptes in der Praxis nicht umsetzbar ist. Ich könnte mir gut vorstellen, dass die Ergebnisse, die dabei herauskommen, auch für Sie, liebe Linksfraktion, wenig zufriedenstellend sein dürften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anhand meiner Ausführungen könnte man meinen, es gäbe keine Probleme im Bereich der Jugend- und Schulsozialarbeit. Das ist natürlich so nicht der Fall, davon konnten wir uns in der Anhörung im Sozialausschuss im vergangenen Jahr überzeugen. Beispielhaft zu nennen wären die nachlassende Attraktivität des Berufsbildes, die Befristung von Arbeitsverträgen oder ein anspruchsvolleres und breiteres Aufgabenfeld, doch es gilt eben, zum aktuellen Zeitpunkt die rechtlichen und finanziellen Festlegungen zu berücksichtigen, auf die ich zuvor bereits eingegangen bin.

Inwieweit die Jugend- und Schulsozialarbeit in Zukunft und langfristig aufgestellt wird, ist eine Frage, mit der sich aller Voraussicht nach die nächste Landesregierung und der neue Landtag beschäftigen werden. Bis zum Jahr 2022 ist die Finanzierung durch ESF-Mittel gesichert, auch darüber hinaus, haben wir gehört. Wie es danach weitergeht, muss natürlich möglichst frühzeitig geklärt werden. Meiner Kenntnis nach laufen ja bereits die Vorbereitungen und Planungen, die Jugend- und Schulsozialarbeit dann ab dem Jahr 2023 eben aus diesen ESF-Mitteln zu fördern.

In die zukünftige Ausrichtung der Jugend- und Schulsozialarbeit werden mit Sicherheit auch die Ergebnisse der Evaluierung und der Steuerungsgruppe einfließen, doch müssen diese zunächst einmal vorliegen. Und wenn der Bund dann auch noch mit im Boot sein soll, dann, muss ich sagen, sind Sie vielleicht mit dem Antrag übers Ziel hinausgeschossen. Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist schade!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete!

Jetzt hat für die Fraktion der SPD das Wort die Abgeordnete Kaselitz.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Jugend- und Schulsozialarbeit haben sich in unserem Bundesland bis heute zu einer festen und anerkannten Institution entwickelt. Ich erinnere mich gut an die Auseinandersetzungen zur Etablierung einer Schulsozialarbeiterin an unserer Schule in der ländlichen Kleinstadt Penzlin. Über Notwendigkeit und Finanzierung wurde sehr gerungen. Heute können sich wohl Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer oder der Bürgermeister und die Mitglieder des Ausschusses für Schule, Kultur und Soziales der Stadtvertretung unsere Schule ohne Schulsozialarbeiterin nicht vorstellen.

Im Gegensatz zu SchulsozialarbeiterInnen an vielen Schulen, wie es in der Anhörung zur Schulsozialarbeit im Sozialausschuss deutlich wurde, ist unsere Schulsozialarbeiterin langjährig – seit 2003 – an unserer Schule beschäftigt. Sie war in der familiären Situation, dass sie besonders in den ersten Jahren die Unsicherheit der befristeten Arbeitsverträge ausgleichen konnte. Aktuell ist sie an unserer Regionalen Schule mit Grundschule Ansprechpartnerin für 122 Grundschüler/-innen und 137 Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10. Wir sind ihr für die engagierte Arbeit, die sie leistet, sehr dankbar, und diesen Dank spreche ich auch allen anderen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern im Land aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Im Bereich der Jugendsozialarbeit waren wir in Penzlin nicht so erfolgreich. Auf die letzte entsprechende Stellenausschreibung für unsere Jugendeinrichtung schon vor einigen Jahren gab es keine Bewerbungen. Wir haben hier eine mobile Jugendarbeit an drei Tagen in der Woche eingerichtet.

So oder in ähnlicher Form sind Jugend- und Schulsozialarbeit an vielen Orten fest verankert. Das ist so, weil sich die Kommunen selbst zur Schulsozialarbeit bekennen. Die Jugend- und Schulsozialarbeit liegt in ihrer Verantwortung. Das Land steht hier an der Seite der Kommunen und unterstützt sie mit ESF- und Landesmitteln dabei, Schulsozialarbeit anzubieten und zukünftig zu erhalten. Aktuell können diese Zukunftsaussichten, wie wir gehört haben, bis zum Jahr 2027 gemacht werden.

Aus heutiger Sicht werden wir in dieser Zukunft noch sorgfältiger unsere finanziellen Spielräume ausloten müssen und bei allen notwendigen und wünschenswerten Ausgaben Prioritäten aushandeln. Als Land sind wir in dieser Situation gut beraten, finanzielle Mittel der EU, wenn sie für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden können, auch weiterhin dafür zu nutzen. Aktuell ist dazu noch die 50-prozentige Kofinanzierung durch die kommunale Ebene notwendig.

An dieser Stelle möchte ich einmal für unser Modellprojekt „Sozialraumorientierte Schulsozialarbeit plus“ eine

Lanze brechen. An acht Schulstandorten im Land soll jeweils eine zusätzliche Fachkraft der Schulsozialarbeit eingesetzt werden, die eine Nutzung bereits bestehender sozialräumlicher Unterstützungsstrukturen für die Schüler/-innen und Eltern durch ihr Wirken erschließen soll. Das Projekt läuft ein Schuljahr und wird danach weitergeführt werden.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Zurzeit stehen die Verhandlungen zu einem Vertragsabschluss mit Herrn Professor Dr. Markert, Professor für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit, Bildung und Erziehung mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit an der Hochschule Neubrandenburg, unmittelbar vor dem Abschluss. Er konnte für die wissenschaftliche Konzeptionierung, Begleitung und Evaluierung des Projekts gewonnen werden. Da nach der Abstimmung mit den Jugendämtern in den Landkreisen und kreisfreien Städten Schulstandorte in Quartieren und Regionen mit besonderen Entwicklungspotenzialen ausgewählt werden, wird dabei zum Beispiel auch die besondere Herausforderung von Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte berücksichtigt. Schulsozialarbeit unterstützt nach meiner Erkenntnis in hohem Maße ein weltoffenes Schulklima und aktivierendes Engagement im Bereich der sozialen Integration. Schulsozialarbeit kann die interkulturelle Öffnung hier wirkungsvoll begleiten. Durch die wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung erwarten wir belegbare Erkenntnisse, die sich dann auf weitere Einrichtungen übertragen lassen.

Zum Schluss die grundsätzliche Aussage, für uns als SPD gilt, Jugend- und Schulsozialarbeit ist und bleibt ein wichtiger und kontinuierlicher Bestandteil der Jugendhilfe. Wir werden auch weiterhin unsere finanzielle Verantwortung tragen, werden die Schulsozialarbeit in den nächsten Jahren kontinuierlich fördern und ausbauen sowie die Unterstützung der Jugendarbeit im Blick behalten. Die Arbeitsbedingungen und die Attraktivität der Schulsozialarbeit sowie der Ausbau der Ausbildung sollen sich wesentlich verbessern. Dabei nehmen wir die Hinweise aus der Praxis ernst und erkennen notwendige Voraussetzungen und Herausforderungen.

Beginnen wollen wir, auch durch unser Modellprojekt, mit dem Ausbau von Schulsozialarbeit insbesondere an Schulen, bei denen aufgrund der sozialräumlichen Gegebenheiten ein besonderer Handlungsbedarf besteht. Das ist unsere Herangehensweise bei der Etablierung von Jugend- und Schulsozialarbeit. Wir werden dem Antrag der Linksfraktion nicht zustimmen. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Kaselitz!

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! In der Debatte hat man das Bekenntnis zur Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit gehört, das teilen wir auch. Wir haben den Dank an die Schulsozialarbeiter/-innen und Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter gehört, das teilen wir auch. Was ich bei Ihnen allerdings vermisse, ist, dass Sie sich tatsächlich mit den Problemen der Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit auseinandersetzen, so, wie sie uns im Sozialausschuss erneut bei der Anhörung im Oktober deutlich gemacht wurden. Ich finde, Ihr Bekenntnis und Ihr Dank reichen eben nicht aus, um diese Probleme zu beheben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Kommen wir zu den einzelnen Redebeiträgen. Herr Schneider meinte, bei uns sei es Trend, dass wir die Erziehung immer mehr aus den Händen der Eltern nehmen und auf staatliche Einrichtungen verlagern.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Ich kann Ihnen dazu, Herr Schneider, nur eine Abfuhr erteilen. Nein, das machen wir nicht. Wir möchten die Eltern und wir möchten die Familien und wir möchten die Kinder in der aktuellen Lage unterstützen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da frage ich mich, warum ist das so.)

Wir möchten sie unterstützen bei der Bewältigung ihrer Probleme,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist doch eine gesellschaftliche Frage.)

und da sehen wir die Jugend-/Schulsozialarbeit als wirksames Mittel, was sich seit Jahrzehnten in Mecklenburg-Vorpommern etabliert hat.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Warum ist das noch notwendig?)

Insofern kann ich Ihre Kritik hier überhaupt nicht teilen, dass wir die Erziehung immer mehr aus den Händen der Eltern nehmen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist die Frage, warum das notwendig ist.)

Wenn man bei Ihrem Erziehungsverständnis bliebe, wie wir es auch gestern schon gehört hatten, wären die Eltern alleingelassen mit ihren Problemen, wären die Kinder alleingelassen mit ihren Problemen, und das wollen wir ganz klar nicht. Sie wollen die Familien finanziell besser ausstatten, sagen aber nicht, wie konkret.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie wollen mehr Wohnraum, sagen aber nicht, wie konkret.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Parlamentsdatenbank hilft, Frau Bernhardt.)

Es bleibt bei Floskeln, bei Sprüchen ohne irgendwie inhaltliche Untersetzung, und von daher zeigt es wieder einmal mehr, dass Sie sich inhaltlich mit den Problemen überhaupt nicht auseinandersetzen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zur CDU: Es wurde ja von Frau Friemann-Jennert, was dann auch bei Frau Kaselitz aufgemacht wurde, insbesondere kritisiert, dass es sich hierbei um eine kommuna-

le Aufgabe handele, dass es sich im Bereich der Zuständigkeit ...

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Ich weiß. Bleiben Sie mal ruhig!

... handele, die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liege. Ich bin froh, dass es bis 2007 da ein anderes Verständnis auch hier in Mecklenburg-Vorpommern gab, wo es ein Landesprogramm zur Schulsozialarbeit gegeben hat, wo eben aus Landesmitteln finanziert wurde, die Stellen, wo es eben nicht die Probleme der unsicheren Arbeitsverhältnisse gab, wo es nicht die Probleme der Ausrichtung am Arbeitsmarkt gab, sondern an den tatsächlichen Problemen der Kinder und Jugendlichen. Und ich finde es einfach nur schade, wenn sich das Land hier rausnimmt, immer schön in Pressemitteilungen sich aber hinstellt und mal wieder wie in Vorpommern-Greifswald zuletzt hinstellt und sagt, ja, wir haben hier wieder ESF-Mittel vergeben an die Schulsozialarbeiter. Da sind Sie immer gerne dabei, aber wenn es dann wirklich um die Behebung der Probleme vor Ort geht, dann wird gesagt, nee, nee, Landkreise, Kommunen, ihr macht das mal schön alleine, wir wollen da als Land nichts mit zu tun haben. Ich finde, das wird der Verantwortung hier nicht gerecht. Insofern hätte ich ein anderes Verständnis auch von der Landesebene erwartet.

Und weil Sie mit dem Gesetz kamen, mit dem SGB VIII – zu Recht, Frau Friemann-Jennert, das steht in Paragraf 11 und 13 SGB VIII, aber im SGB VIII steht eben auch, ein bisschen weiter hinten, 82, dass das Land die Kinder- und Jugendarbeit weiterzuentwickeln hat. Und Sie haben es ja auch schon bewiesen, indem Sie halt mit in die Finanzierung reingehen,

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

dass Sie da deutlich auch eine Verantwortung des Landes sehen,

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

was Sie neuerdings auch unterstreichen durch das Modellprojekt Schulsozialarbeit, wo Sie auch wieder als Land hineingehen. Also das passt dann nicht. Auf der einen Seite kann man nicht sagen, es seid ihr zuständig, Landkreise und kreisfreie Städte, und auf der anderen Seite stellt man sich gerne hin, verkauft gerne die Mittel, macht ein Modellprojekt et cetera, macht mal hier ein bisschen und da ein bisschen. Nein, es gehört dann wirklich der ganzheitliche Charakter dazu, dass man sich mit den Problemen der Schulsozialarbeiter und der Jugendsozialarbeiter auseinandersetzt.

Und Sie hatten weiter ausgeführt, Frau Friemann-Jennert, dass ja der Koalitionsvertrag die Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit vorsehe. Ja, das mag sein, wie gesagt, das ist noch nicht den Standards entsprechend. Was wir aber ebenfalls in der Anhörung gehört hatten, und das wissen Sie genau, dass auf der anderen Seite die Jugendsozialarbeiter immer weiter zurückgehen, die Stellen, weil eben diese nicht ausfinanziert sind. Deshalb ist es ja unser Ansatz, dass man gemeinsam sich mit den Landkreisen und kreisfreien Städten hinsetzt, überlegt – und wir hatten es auch in der Anhörung, und das wissen Sie auch, mit dem Landkreistag besprochen –, wärt ihr bereit, die Jugendsozialarbeit zu übernehmen, das Land würde die Verantwortung für die Schulsozialarbeit übertragen, und dass man so beispielsweise auch beide Angebotsformen parallel nebeneinander fahren könnte, ohne dass die eine Angebotsform zulasten der anderen Angebotsform bestehen bleibt.

Zu den Stellen hatten Sie gesagt, na ja, da brauchen wir ja jetzt keine zusätzlichen Stellen. Da gibt es ja in Rostock jetzt auch das Modul, was jetzt dazu führen soll, dass mehr Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ausgebildet werden. Da muss ich Sie an unseren eigenen Kreis, wo wir beide auch im Kreis vertreten sind, erinnern, wo wir einen Beschluss gefasst haben, selber uns mit der Ausbildung von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu beschäftigen, weil eben nicht mehr genug Fachkräfte da sind, weil wir schon jetzt das Problem sehen, dass wir hier auf einen erneuten Fachkräftemangel zulaufen. Und deshalb finde ich eigentlich, nur so zu Ihrem Redebeitrag, schade, dass Sie jetzt die Augen verschließen vor den Problemen, die uns hier in dem Sozialausschuss auch genannt wurden,

(Heiterkeit bei Maika Friemann-Jennert, CDU:
Das unterstellen Sie mir jetzt aber!)

und uns eigentlich inhaltlich keine Lösung gegeben wurde.

Zu Frau Kaselitz: Sie haben so schön von Ihrer Schulsozialarbeiterin gesprochen, dass sie langjährig beschäftigt ist, haben aber auch gesagt, dass hier in Anhörungen etwas anderes von der Mehrheit der Schulsozialarbeiter besprochen wurde. Und das ist eben das Problem, Frau Kaselitz, dass diese Probleme nicht angegangen sind, dass die Mehrjährigkeit für die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eben noch nicht der Regelfall ist. Es ist schön, dass es bei Ihnen an der Schule so ist, aber ich wünschte mir, das wäre für alle Stellen in Mecklenburg-Vorpommern der Fall und eben nicht nur für einzelne, ausgewählte Stellen.

Dann kommen wir noch zu der Sozialministerin. Wie gesagt, auf die kommunale Aufgabe bin ich bereits eingegangen. Dann hatten Sie ausgeführt, Frau Drese, das Land stellt 36 Millionen Euro zur Verfügung. Schön wäre es, wenn das Land das tatsächlich zur Verfügung stellte. Wenn man ganz ehrlich ist, stellt das Land 1,8 Millionen Euro aus dem eigenen Haushalt zur Verfügung. Der Rest sind Bundesmittel, sind EU-Mittel. Und deshalb wäre sozusagen unsere Vision, dass wir tatsächlich auch aus dem Landeshaushalt die Schulsozialarbeit fördern, aber da gab es ja gleich im Sozialausschuss durch Kollegen Heydorn eine klare Abfuhr, gerade auch mit Blick auf die zukünftigen knappen Kassen des Landeshaushaltes. Das finde ich einfach schade, dass man sich dieser Diskussion verschließt. Ich hätte mir da etwas anderes gewünscht.

Zur Evaluation: Wann kommt die, ist nach wie vor die große Frage. Angekündigt ist sie uns schon seit Langem. Ich habe nichts gehört. Und es ist auch unverständlich für mich, dass man eine Evaluation durchführt und, bevor diese Evaluation überhaupt abgeschlossen ist, bevor man Ergebnisse hat, ein neues Modellprojekt ins Leben ruft, und scheinbar, ohne die Ergebnisse der Evaluation zu berücksichtigen.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Sie meinen „Evaluierung“!)

Kann ich nicht nachvollziehen, ist mir unbegreiflich.

Inhaltlich habe ich bei Ihnen vermisst, Frau Drese, dass Sie nichts zu den Standards gesagt haben, dass Sie nichts zu den Problembehebungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe, was die unsicheren Arbeitsverhältnisse et cetera betrifft, ausgeführt haben. Sie stellen sich dann hin und ziehen sich alleine auf finanziell und auf alles so Schöne zurück, und man hat das Gefühl, dass man hier im Wolkenkuckucksheim lebt. Wenn man tatsächlich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern redet, ist das eine andere Situation vor Ort, und da hätte ich mir gewünscht, Sie hätten an der Anhörung teilgenommen und selber einmal die Probleme auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitbekommen. Ich glaube, dann würde das hier nicht alles immer so schön dargestellt.

Zum Schluss vielleicht noch zu dem Modellprojekt. Meine Damen und Herren von der SPD, so richtig möchte ich Ihnen dieses Modellprojekt nicht durchgehen lassen. Zunächst einmal ist es so, dass wir die Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern seit vielen Jahrzehnten praktizieren. Aus unserer Sicht ist die Zeit der Modellprojekte vorbei. Wir wissen, wie Schulsozialarbeit eigentlich funktionieren sollte, zumal die Vorstellung des Modellprojektes inhaltlich im Sozialausschuss im Oktober sehr dünn war. Man wusste noch gar nicht so richtig, wo es überhaupt hingehen sollte. Auch als ich dann beim Landesjugendhilfeausschuss dazu ausführen sollte, habe ich mich schon gewundert, dass ich das machen muss und nicht die SPD-Fraktion, aber da war auch inhaltlich nicht sehr viel dabei.

Das, was Sie mit diesem Modellprojekt vorgeblich anstreben, die Vernetzung der Schulsozialarbeiter in den Sozialräumen, das machen die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter bereits jetzt. Das wurde uns auch, auch das wurde uns sozusagen in der Anhörung bestätigt, da ist nichts Neues. Und dann bleibt einfach die Frage, wozu soll dieses Modellprojekt jetzt eigentlich aus den Mitteln des Strategiefonds initiiert werden, aus Mitteln des Strategiefonds, wo wir wissen, dass sie nur bis Ende dieses Jahres reichen werden. Also das Modellprojekt wird für ein halbes Jahr finanziert. Wie es danach weitergeht, konnte uns nicht gesagt werden. Es wird wieder eine unsichere Stelle geschaffen, und das kann man eigentlich nur ablehnen. Und wenn man dann auch noch sieht, wo die Schulsozialarbeiter initiiert werden, dann stinkt das einfach nach Wahlkampf. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Bernhardt!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5880. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5880 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und im Übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Corona: Risikoindikatoren neu bewerten, Drucksache 7/5858.

Antrag der Fraktion der AfD
Corona: Risikoindikatoren neu bewerten
– Drucksache 7/5858 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Horst Förster.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich muss schon wieder twittern: Oh, nicht der schon wieder! – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Was musst du? – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich muss wieder twittern.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, Corona lässt uns nicht los, und das wird wohl noch lange so bleiben. Die Landesregierung hat einen Stufenplan beschlossen, der aufzeigt, wie wir aus dem Lockdown und der Pandemie herauskommen sollen. Nur, das Dilemma ist, dass das Corona-Virus seine eigenen Wege geht und sich der Plan wiederum starr an den Inzidenzen ausrichtet. Was die Inzidenzen bedeuten und wie mager ihre Aussagekraft ist, habe ich hier schon mehrfach dargelegt. Die Fakten dazu sind völlig unbestritten. Die Landesregierung betont immerhin, dass die Inzidenzen nicht alles sind und weitere Indikatoren zu berücksichtigen seien. Nur, ein Blick auf den Stufenplan zeigt, dass sie stur an den Inzidenzen festhält.

Es ist höchste Zeit, die Erkenntnis, dass wir mit dem Virus leben müssen, auch umzusetzen und nicht, von Inzidenzzahlen getrieben, von einem Lockdown in den nächsten zu stolpern.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Eine Normalität wird erst eintreten, wenn die Bevölkerung durchseucht ist, also die berühmte Herdenimmunität erlangt hat. Das geschieht durch natürliche Ansteckung und/oder Impfung. Auch das ist unbestritten. Die Landesregierung hat voll auf Impfung gesetzt. Nur, was hier alles schiefgelaufen ist, kommt einem Staatsversagen nahe.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Zunächst gibt man die Beschaffung in der eingeübten Hinwendung zu Europa aus der Hand und erntet von Brüssel, was zu erwarten war. Aber unsere Hände sind rein, niemand kann uns Impfnationalismus vorwerfen. Dafür sind in den Heimen noch viele Menschen vermeidbar gestorben. Wie amateurhaft das Impfprojekt betrieben wird, lässt sich exemplarisch daran festmachen, dass man erst jetzt auf etwas sehr Naheliegendes kommt, nämlich die Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte.

Aber lassen wir das und wenden uns dem zu, was nach der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin ein neuer wesentlicher Faktor für die Risikobewertung sein soll: das Testen, das nun massenhaft betrieben werden soll, eine weitere Säule im Kampf gegen das Virus.

Dennoch noch ein kurzer Blick auf die Masken – oder soll ich besser sagen, das Maskengeschäft? Wir erinnern uns, wie das RKI seine Ansicht zu diesem Medizinprodukt mehrfach geändert hat. Nach wie vor sind deren Wirkung und Nutzen in der Wissenschaft umstritten. Nun wird bekannt, dass die FFP2-Masken nicht nur längst

bekannte unerwünschte Wirkungen vor allem bei vorgeschädigten Menschen haben können, sondern viele Masken für den eigentlichen Zweck auch untauglich sind, weil sie die Schutzkriterien nicht erfüllen.

Es soll nun an allen Ecken und Kanten getestet werden. Das kostet Millionen und einige werden sich dabei weiterhin die Taschen vollschaufeln. Zunächst hieß es, die Tests seien kostenlos. Nun sollen die Tests jeweils 5 Euro kosten. Das mag für die meisten machbar sein, viele können sich das aber nicht leisten, denn das wird ja zu einer Dauerausgabe.

Was liefert der Schnelltest? Er liefert keine wirkliche Sicherheit, denn der Test sagt nur etwas für den Augenblick. Fünf Minuten später kann bereits eine Infizierung stattfinden. Es sollte deshalb, wenn man sich etwas von den Tests verspricht, zumindest zweimal pro Woche getestet werden.

Bevor nun das massenhafte Testen so richtig losgeht, stellt sich die Frage, wie zuverlässig die Testergebnisse sind. Es handelt sich hier um Antigenschnelltests, die nach aktuellen Studien der Universitätsmedizin Greifswald nur eine Treffgenauigkeit von rund 50 Prozent haben. Zudem liegt bei symptomfreien Infizierten lediglich eine Infektiosität von unter 1 Prozent vor. Professor Becker (Greifswald) kommt sogar nur auf eine Treffgenauigkeit von 35 Prozent. Das alles sollte zu denken geben.

Hinzu kommt, dass bei einer positiven Testung stets ein PCR-Test folgen muss. Vorher läuft aber bereits das Quarantäneprogramm an. Ein positiver PCR-Test hat dann aber auch laut WHO-Richtlinie bei einer symptomfreien Person ohne einen klinischen Befund keine hinreichende Aussagekraft. Wir ahnen, dass ein positiver Schnelltestbefund bei einer symptomfreien Person selten dazu führen wird, dass hier wirklich eine Infektionskette unterbrochen wird. Die Erwartung, mit massenhaften Tests lasse sich das Infektionsgeschehen wesentlich eindämmen, ist eher unrealistisch. Bedenklich ist zudem, dass durch den Test eine trügerische Sicherheit vermittelt wird.

Ich komme zu den Schulen. Hier sollen nun regelmäßig Schnelltests durchgeführt werden. Wie das konkret durchorganisiert werden soll, ist wohl noch offen. Die wichtigste bisher nicht diskutierte Frage ist jedoch: Was bringt das Projekt für die Schulen? Was bedeutet das Testen für die Kinder und Jugendlichen? Welcher Schaden wird bei diesen damit angerichtet? Ist das Ganze noch verhältnismäßig? Zunächst gelten die vorgebrachten Bedenken auch hier. Des Weiteren rufe ich den Satz in Erinnerung, den Sie hier auch von der Regierungsbank des Öfteren gehört haben: Kinder und Schulen sind nicht die Treiber der Infektion. Und nochmals: Treffsicherheit nur zur Hälfte, von symptomfrei Infizierten droht eine Ansteckung nur unter einem Prozent.

Meine Damen und Herren, können Sie sich eigentlich vorstellen, was die Testerei bei den Kindern anrichtet? Durch die faktische Testpflicht entsteht stets ein präsenter psychischer Druck, nur ja nicht positiv getestet zu werden und dann verantwortlich zu sein für die Ansteckung der ganzen Klasse oder von Familienangehörigen. Die Angst, krank und infiziert zu sein, wird für viele Kinder durch Maskenpflicht und Tests zwangsläufig zum täglichen Begleiter. Und wenn es dann tatsächlich zu einer Infektion kommt und der scheinbar Schuldige durch einen Test überführt ist, kann dies zu einer Angst- und Schuldspirale führen. Kinderärzte und Kinderpsychologen warnen eindringlich vor Angst- und Zwangsstörungen.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie das ernst! Das sind keine Einzelstimmen. In großer Breite warnen Kinderärzte vor den Folgen der an den Kindern vollzogenen Corona-Maßnahmen. Den Kindern wird auch durch die Maskenpflicht und die weiteren Beschränkungen vollkommen ihre Unbefangenheit im Umgang miteinander genommen, und diese Unbefangenheit ist wichtig für eine gesunde Entwicklung.

In einer Leitlinie der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie und der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene werden Masken für Grundschulkinder als nicht notwendig angesehen. Der Chefarzt der Kinderklinik Neubrandenburg positioniert sich in diesem Sinne ebenfalls eindeutig und hält Tests an den Schulkindern nur dann für sinnvoll und vertretbar, wenn es sich um Kinder mit Symptomen, also klinisch auffällige Kinder handelt.

Meine Damen und Herren, wir haben alle die Botschaft der Landesregierung, regelmäßige Tests an den Schulen vorzunehmen, vernommen. Was ich nicht gehört habe, ist eine Diskussion über folgende Fragen ...

(Julian Barlen, SPD: Reden Sie
auch noch zum Thema eigentlich? –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ja, das ist ja die neue Säule im Kampf gegen Corona,

(Julian Barlen, SPD: Nee,
Ihr Antrag lautet: Inzidenzwerte.)

wiederum abhängig von Inzidenzen, Herr Barlen. Seien Sie lieber still!

(Julian Barlen, SPD: Vielleicht
haben Sie das Manuskript vertauscht.)

Folgende Fragen habe ich nicht gehört – und damit sollten Sie sich befassen, vor allem Herr Barlen, bevor Sie wieder blind und wild hier in Polemik ausarten –:

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Jetzt mal zum Thema!)

Besteht für die Kinder eine Testpflicht? Wird die Einwilligung der Eltern eingeholt? Was geschieht, wenn die Eltern der Testung nicht zustimmen?

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Tests sind
keine Indikatoren. Worüber reden Sie?)

Wer soll die Abstriche konkret vornehmen? Für wie aussagekräftig beziehungsweise treffsicher hält die Landesregierung die Schnelltests? Welche Maßnahmen sollen konkret bei einem positiven Schnelltest folgen? Wird der betreffende Schüler sofort isoliert? Sind die psychischen Folgen einer dauerhaften Testung bedacht worden? Sind dazu Kinderärzte und andere Experten befragt worden? Ist eine Verhältnismäßigkeitsprüfung unter Abwägung welcher evidenzbasierten Umstände vorgenommen worden?

Meine Damen und Herren, nichts, aber auch gar nichts in diese Richtung war bisher zu hören. Alles spricht dafür,

dass die Rechte der Kinder ein weiteres Mal auf das Gröbste verletzt werden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich glaube, das ist der nächste Tagesordnungspunkt.)

Werte Landesregierung, halten Sie inne, stoppen Sie Ihren Aktionismus und nehmen Sie eine sorgfältige,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sie haben das falsche Skript!)

auf Fakten beruhende Abwägung und Prüfung

(Thomas Krüger, SPD: Falsche Rede!)

der Verhältnismäßigkeit vor und vergessen Sie dabei insbesondere die Inzidenzen,

(Julian Barlen, SPD: Sie reden zum nächsten Tagesordnungspunkt!)

die auch hier ja zum Maßstab allen Handelns gemacht werden, Herr Krüger, ja?! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Sie haben eine falsche Rede. Gucken Sie mal in die Tagesordnung! – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgesehen.

(Julian Barlen, SPD: Falscher Tagesordnungspunkt, Herr Förster!)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch ...

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in der fortgeschrittenen Sitzungsdauer. Insofern bitte ich jetzt auch um Aufmerksamkeit, dass wir diese beiden Tagesordnungspunkte jetzt am Freitag auch noch über die Bühne ziehen können.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Er hat sie vertauscht!)

Ich bitte also um etwas mehr Ruhe.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und die Fraktionen haben jetzt alle noch Redezeit, um auf das einzugehen, was Herr Förster hier vorgetragen hat.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Dazu steht dieses Rednerpult hier.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Harry, das kannste kurz machen.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt ist die Frage, wozu soll der Minister reden. – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Minister Harry Glawe: Wenn sich alle beruhigt haben, dann könnte ich ja anfangen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In ihrem Antrag fordert die Fraktion der AfD, dass der Landtag feststellen möge, dass der Inzidenzwert nur ein Faktor von vielen sei,

(Sebastian Ehlers, CDU: Darum ging es doch!)

die etwas zum Verlauf der Corona-Pandemie aussagen.

Ja, es ist richtig, Herr Förster, viele Dinge sind in Ihrer Rede zumindest heute am Thema vorbeigegangen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja, genau.)

Lassen Sie es mich kurz machen: Die Landesregierung stützt sich keinesfalls nur auf die eine Entscheidung, dass es um die Frage der Inzidenz geht. Ich will Ihnen zumindest zurufen, worauf die Regierung in besonderer Weise auch Wert legt. Einerseits geht es um den Inzidenzwert, wie richtig beschrieben, die Anzahl der Hospitalisierungen, also wie viele Patienten sind im Krankenhaus, die Zahl der ITS-belegten Betten durch Patienten und wie viele auf Wachstationen liegen, und davon ist dann auch zu unterscheiden zwischen nicht beatmeten und beatmeten Patienten, die Covid-19-infiziert sind.

Das weitere Thema ist der öffentliche Gesundheitsdienst. Hier geht es ja darum, die Nachverfolgung in den Landkreisen et cetera zu den Kontaktpersonen weiterhin als eines der entscheidenden Merkmale weiter zu pflegen und dafür zu sorgen, dass die Nachverfolgung durch die Gesundheitsämter auch erfolgen kann.

Dann geht es um dieses Infektionsgeschehen in den betroffenen Einrichtungen. Das können Pflegeheime sein, es können natürlich auch Schulen sein oder Kitas, wie auch immer, und natürlich die Fragen, gibt es Regionen, wo besonders viele Infektionen stattfinden, sind die lokal begrenzt, ja oder nein, oder ist es ein multiples Geschehen? Das sind alles Dinge, die bei der Landesregierung und bei den Experten, die sie beraten, eine entscheidende Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, es geht natürlich auch darum, die Altersgruppen nicht aus dem Auge zu verlieren. Von daher will ich Ihnen auch zurufen, an die Seite der AfD gerichtet, es geht ja darum, einerseits, wie Sie richtig beschrieben haben, zu testen, andererseits zu impfen. Und wichtig ist, da es für Kinder keinen Impfschutz gibt, soll auch dort getestet werden, und andererseits sind dann auch Quarantänemaßnahmen nötig, um also auch sicherzugehen, dass die Dinge auch für die Kinder nicht entgleisen. Lehrer und Erzieher sollen geimpft werden und werden geimpft. Die 7-Tage-Inzidenz ist in Mecklenburg-Vorpommern jetzt deutlich gesunken, aber es ist natürlich auch so, dass die Mutationen immer mehr jetzt Platz greifen, vor allen Dingen die englische Variante.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir in dieser Frage – ich habe es schon mal gesagt, Covid-19 kennt kein Parteibuch, und daran sollten sich auch alle halten, denn es geht ja darum, eine Pandemie in den Griff zu kriegen, die ihresgleichen sucht. Und jeder weiß es, die letzte große Pandemie hat 1918 bis 1920 stattgefunden und wir haben jetzt eine Situation, die wir in den Griff kriegen müssen. Und die geht eben über die Frage der Inzidenzen, über die Frage von Masken, Hygiene und Abstand und über die Frage Testen. Und dann heißt das große Zauberwort Impfen, Impfen, Impfen. Daran wird uns am Ende die Bevölkerung messen. Das ist, glaube ich, die entscheidende Botschaft. Und ich hatte gestern ja schon berichtet, dass wir jetzt in der Lage sind, zumindest im März rund 170.000 Bürger zu impfen. Das ist deutlich mehr als im Februar. Und ich hoffe, dass wir auch im April eine ähnliche Impfrate erreichen können, und ab Mai rechnen wir dann damit, dass deutlich mehr Impfstoff zur Verfügung steht.

Von daher will ich nur dazu aufrufen, dass wir die Pandemie zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe erklären und andererseits politisch zusammenstehen, denn die Bevölkerung hat es satt, dass man sich immer gegenseitig hier was vorwirft, und die Bevölkerung erwartet, dass wir Lösungen anbieten.

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und dazu ist die Opposition genauso aufgefordert wie die regierungstragenden Fraktionen oder die Regierung selbst. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Koplin.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Dann hat es ja seit gestern Abend
einen Erkenntniszuwachs gegeben,
Schluss mit den Querelen! –
Unruhe bei Minister Harry Glawe
und Torsten Koplin, DIE LINKE –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Sehr gut! Sehr gut! Die ganze
Nacht nicht geschlafen!)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, wir sind schon erfreut, Herr Minister, dass da Erkenntnisse geradezu über Nacht herangereift sind.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Denke ich an Torsten in der Nacht ...)

Und heute früh haben wir uns überlegt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

also mein Kollege Jörg Böhm und ich,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

was wird die AfD-Fraktion zur Einbringung wohl vortragen? Angesichts eines sehr dürftigen Antrags waren wir uns einig, die AfD-Fraktion muss also in der Einbringungsrede deutlich machen, worum es denn wirklich geht und welche Vorschläge sie selber hat. Und wir waren jetzt wirklich bass erstaunt,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Sehr eindrucksvoll misslungen. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

dass dazu so gar nichts kam. Vielmehr wurde sehr ausführlich von Ihnen, Herr Förster, über Tests gesprochen und über Masken, die wiederum mit Risikoindikatoren nichts zu tun haben. Die Masken sind dazu da, wie wir wissen – Sie haben ja lange Zeit dagegen angekämpft, es hat sich aber erfreulicherweise durchgesetzt –, Masken sind da, um Infektionsketten zu brechen. Und Tests sind ein Instrument, um aus der schwierigen Situation eines Widerspruchs herauszukommen, der darin besteht, dass Grundrechte eingeschränkt sind – das beklagen Sie ja selbst – und andererseits die Gesundheit der Bevölkerung geschützt werden soll. Und es stellt sich als Widerspruch dar, und der kann nur aufgelöst werden, wenn wir analysieren, kontrollieren über diese Tests.

Also war es eigentlich wichtig zu erfahren, was Sie zu den Risikoindikatoren zu sagen haben. Erfreulicherweise hat der Minister dazu ausgeführt und hat die Haltung der Regierung deutlich gemacht. Für die Linksfraktion kann ich Ihnen sagen, für uns spielen fünf Indikatoren eine Rolle. Das war nicht von Anfang an so, weil wir auch selber dazugelernt haben – logischerweise haben wir das in dieser außergewöhnlichen Situation, in der wir uns seit über einem Jahr befinden, denn Ende Januar vergangenen Jahres sind die ersten Fälle in Deutschland ja aufgetreten, wenn ich das in Erinnerung rufen darf, und für uns sind fünf Risikoindikatoren relevant.

Der erste ist die Zahl der Neuinfektionen als absolute Größe. Diese wird erhoben. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern am vergangenen Tag 220 Neuinfektionen gehabt. Die absolute Größe, ist klar, ist noch nicht ausschlaggebend oder nicht hinreichend für eine Bewertung der Situation. Also schaut man sich an, welche Dynamik, welche Entwicklung nimmt das, deshalb der Inzidenzwert, also die Zahl der Neuinfektionen auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in sieben Tagen. Da sind wir im Moment in Mecklenburg-Vorpommern bei 61,3 – Stand gestern. Das ist auch ein wichtiger Anhaltspunkt, und auch der nicht alleine.

Früh zeigte sich, dass als ein dritter Indikator in Betracht kommt der Reproduktionswert, wie viele Personen werden durch eine infizierte Person angesteckt. Wir haben noch mal nachgeguckt, ganz aktuell auf sieben Tage – es gibt einmal den 4-Tage-R-Faktor und einmal den 7-Tage-R-Faktor –, der für sieben Tage liegt aktuell bei 1,04. Das ist eine bedrohliche Zone bereits, weil es also oberhalb der 1 ist. Das heißt, über viele Personen gesehen ist mit einem Anstieg mit einer weiteren Dynamik zu rechnen.

Ein vierter Indikator, das hat gestern eine große Rolle gespielt, ist die Impfquote. Da lagen wir vorgestern bei 6,3, jetzt bei 6,5. Das ist ein Anstieg, immerhin, und die Bemühungen sind ja zu erkennen. Dass es uns nicht reicht, haben wir gesagt. Ich will jetzt gar nicht aufwärmen, was gestern hier eine Rolle spielte.

Und der fünfte Faktor, der hat eine Rolle gespielt im Wirtschaftsausschuss. In der letzten Sitzung hatten wir ja erfreulicherweise zwei Experten zugeschaltet, Professor Kaderali und Professor Reisinger, die jeweils ihre Sicht dargelegt haben aus ihrer spezifischen wissenschaftlichen Arbeit heraus. Und wir haben das auch noch mal hinterfragt: Wie ist es mit dem Indikator Infektionserkrankte in Krankenhäusern und gäbe es da einen Anhaltspunkt? Zumindest Professor Reisinger hatte darauf konkret geantwortet und ist trotzdem noch ein bisschen im Vagen geblieben. Aber letztendlich stellt sich für uns heraus, es ist sehr wichtig, mit in Betracht zu ziehen – also der fünfte Indikator für uns – die Anzahl der Behandlungsfälle auf Intensivstationen.

Und Minister Glawe hatte ja schon gesagt, da wäre auch noch mal zu unterscheiden zwischen denen in Intensivbetten und denen in Intensivbetten mit Beatmungsfunktion, und Stand gestern sind 42 Patientinnen und Patienten auf Intensivstationen. Professor Reisinger, befragt wie gesagt durch uns, was wäre so die Grenze, sagte, die Grenze der Belastbarkeit habe sich ja bereits einmal gezeigt, und sie lag bei etwas über 100 Intensivfällen mit Beatmungsfunktion. Das wäre etwa ein Viertel, haben wir dann umgerechnet, ein Viertel der Kapazität, die wir haben. Davon sind wir entfernt, aber nicht wirklich weit genug entfernt.

Also Gefahren sind in der Tat zu konstatieren. Und wenn man diese fünf Indikatoren zusammennimmt, kann man darüber reden, was sind angemessene Maßnahmen in diesem Zusammenhang. Wir sind weiterhin in einer bedrohlichen Situation. Das RKI sagt, einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen vom Beginn der dritten Welle. Einige sagen, also jetzt in zunehmendem Maße treten Fälle auf in Kindertageseinrichtungen. Ob sich das auch für Mecklenburg-Vorpommern so zeigt, wissen wir so noch nicht, aber in dem Moment, wo das signifikant wird an anderen Stellen in Deutschland, ist es für uns auch immer ein Hinweis darauf, worauf müssen wir besonders achten.

Das sind die Punkte, die für uns relevant sind. Wir hätten von Ihnen erwartet – aber vielleicht kommt das ja noch – zu hören, wie Sie an diese Sache herangehen. Aus dem Einführungsvortrag war das nicht zu entnehmen. Und der Antrag selber gibt dazu gar nichts her, weil Sie nicht den Mut hatten, muss ich mal sagen, Ihre Vorschläge schon in den Antrag mit einzubringen, denn Demokratie lebt doch davon, dass die einzelnen Vorschläge aneinandergelegt werden und dann gewürdigt werden, kritisiert werden, wie auch immer. Zum Preisgeben von Vorschlägen gehört schon immer eine Portion Mut, finde ich, weil man sich damit öffnet und sich auch angreifbar macht für politisch widerstreitende Ansichten, aber das gehört dazu. Wir haben den Mut bei Ihnen vermisst, das bedauere ich sehr, und wegen der Substanzlosigkeit des Antrags, so, wie Sie ihn eingereicht haben, lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Koplin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war natürlich jetzt eine Panne mit dem Manuskript. Wenn Ihr Antrag gelautet hätte, lassen Sie uns bitte über Fußball sprechen, dann wäre die Zusammenfassung Ihrer Rede wahrscheinlich „schachmatt“ oder so etwas gewesen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dementsprechend haben wir jetzt auch zu den dürren Worten des Antrags keinerlei Informationen darüber erhalten, was die AfD eigentlich hier tun möchte, weil die Frage, die im Raum steht, anhand welcher Kriterien treffen eigentlich Verantwortliche in einer Regierung Entscheidungen, die für das Leben der Menschen in unserem Land große Auswirkungen haben, die muss mit großer Sorgfalt diskutiert werden. Der Gesundheitsminister ist darauf eingegangen, Kollege Koplin ist darauf eingegangen, und natürlich versucht die AfD, hier in den Raum zu stellen, das würde nicht geschehen, und versucht, sich auf diese Art und Weise wieder vom Bock zum Gärtner zu machen. Und das machen wir auch bei der wirklich ernsthaften Diskussion über Inzidenzen und andere Kriterien nicht mit. Das möchte ich Ihnen in drei Punkten darlegen.

Der Antrag – und darauf muss ich mich jetzt beziehen, den Antragstext, Herr Förster hat ja dazu nicht ausgeführt –, der Antrag fordert, dass die Landesregierung ihre Entscheidungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie nicht, Zitat, so steht es im Antrag, „allein“, Zitatende, von Inzidenzen und Grenzwerten abhängig machen soll, sondern sie soll ganzheitliche Betrachtungen durchführen. Wie das laufen soll, dazu macht die AfD keinen Vorschlag, weder hier im Plenum noch im Antrag,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nichts Neues.)

noch an sonst irgendeiner Stelle. Soll es ein neuer Index sein, der mathematisch aus den verschiedenen Faktoren hergeleitet wird? Keine Aussage dazu! Wie viel Vorsicht ist eigentlich angesichts einer faktisch anlaufenden dritten Welle geboten – weil das ist ja ein Ausdruck dieses Wertes –, wie viel Vorsicht ist eigentlich geboten, wenn eine dritte Welle kommt? Keine Aussage dazu!

Was aber mit Blick auf den AfD-Antrag natürlich hängen bleibt – und was auch hängen bleiben soll, das ist ja die Intention der AfD –, das ist nämlich, die Regierung wägt nicht sachlich im Interesse der Menschen ab, die Inzidenz ist nicht geeignet, macht die Türen weiter auf, das ist alles nicht so dramatisch. Und das ist in meinen Augen, meine Damen und Herren, eine wirklich perfide Botschaft dieses Antrages, die man schon der Textfassung entnehmen kann.

Welche Grenzwerte schlägt die AfD selber vor? Wie werden aus der 7-Tage-Inzidenz, der Impfquote, der Auslastung der Krankenhäuser, der Tests, der Inzidenz der Risikogruppen, der potenziell steigenden Leistungsfähigkeit, auch der Nachverfolgung im Rahmen von digitalen Lösungen, wie wird aus diesen Quotienten am Ende eine praktische Entscheidung? Da liegt doch der Hase im Pfeffer! Und da, meine Damen und Herren, kann die AfD sich nicht drücken und dazu wird Herr Förster hier ausführen müssen, wenn schon so ein Antrag vorgelegt wird.

Und ich möchte es mal aus Sicht der regierungstragenden Fraktion der SPD sagen: Aus diesen ganzen Zahlen, aus diesen ganzen Daten, die ich genannt habe – 7-Tage-Inzidenz, Impfquote, Auslastung der Versorgungs-

systeme, Tests, Inzidenz der Risikogruppen, steigendes Potenzial der Nachverfolgung –, aus diesen ganzen Daten wird schon heute eine verantwortungsvolle Entscheidung durch maßvolles Abwägen. Anders geht das nicht, durch maßvolles Abwägen.

Und allein schon hier könnten wir jetzt einen Schnitt machen, festhalten, der AfD-Antrag, der erübrigt sich an der Stelle, weil nichts anderes, meine Damen und Herren, macht die Landesregierung bereits, und das ist übrigens auch Konsens und auch Beschlusslage dieses Parlamentes. Fraktionsvorsitzender Krüger von unserer SPD-Fraktion ist hier im Rahmen, glaube ich, einer der letzten Landtagssitzungen schon einmal darauf eingegangen. Beispielsweise im Rahmen eines interfraktionellen Dringlichkeitsantrages, der hier ja beschlossen worden ist, vom 21.01. steht wörtlich, dass die Landesregierung aufgefordert ist, „zu beraten und“ auch „zu kommunizieren, welche Lockerungsszenarien in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen, der Belastung des Gesundheitssystems und“ auch von „der erreichten Impfquote realistisch sind“. Da steht nicht, dass das einzig und allein anhand der Inzidenz entschieden wird. Das steht da nicht und das ist auch nicht so.

Es gibt einen weiteren interfraktionellen Dringlichkeitsantrag, auch aus dem Januar, vom 07.01.: „Deswegen wird die Landesregierung gebeten, abhängig vom Infektionsgeschehen und der Belastung des Gesundheitssystems“ und so weiter „zu beraten“ und Entscheidungen zu treffen. Gleiches gilt für die festgelegten Ergebnisse des Wirtschaftsgipfels vom 14.01. Auch da geht es um, Zitat, „Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen“, von „der Belastung des Gesundheitssystems und der erreichten Impfquote“. Die Ergebnisse des MV-Gipfels vom 24.02. sprechen genau dieselbe Sprache.

Es wird nicht einzig und allein auf einen 7-Tage-Inzidenzwert fokussiert, so, wie das behauptet wird von der AfD in diesem Antrag, sondern es findet eine Abwägung statt, die deutlich mehr in den Blick nimmt. Und das lässt die AfD natürlich – gut, ich meine, Herr Förster hat jetzt nicht zum Antrag gesprochen, aber in dem Antrag lässt die AfD das natürlich gänzlich unerwähnt, dass der breitere Blick auf ganz verschiedene Indikatoren längst Thema und auch längst Praxis ist. Es passt nicht zu der Grundhaltung der AfD, genau dieses Bild nämlich zu bedienen, die Verantwortlichen in der Politik, die da oben, die sitzen wie Lemminge zusammen, gucken ganz ängstlich allein auf irgendeine Zahl, kennen gar nichts anderes, haben nur eine Zahl.

Und das ist eine bewusst gewählte Erzählung der AfD, meine Damen und Herren, um andere Parteien, nämlich die regierungstragenden Parteien – übrigens auch DIE LINKE in der Opposition, die sich da sehr konstruktiv daran beteiligt auch, an dieser Abwägung –, um die verächtlich zu machen, um die schlechtzumachen und um das Vertrauen der Menschen in ein Regierungshandeln zum Wohle des Landes zu zerstören. Und diese Erzählung ist falsch. Das ist einfach eine infame Unterstellung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, zweitens mag der Inzidenzwert natürlich ursprünglich anhand von Kapazitäten der Nachverfolgung – der damaligen Kapazitäten der Nachverfolgung – hergeleitet worden sein, aber es gibt inzwischen auch Erfahrungswissen, um Rückschlüsse von diesem Inzidenzwert ziehen zu können. Es gibt da ganz brauchbare Aussagen, die das aktuelle Infektionsgeschehen erlaubt, auch auf die Belastung des Gesundheitssystems, auf Risiken für die Menschen im Land. Und nicht umsonst wird bei den Schlussfolgerungen, die aus diesen Grenzwerten gezogen werden, ja auch ganz regelmäßig nachgebessert. Wenn Sie mal zurückdenken, noch vor einem halben Jahr wäre ein „wir machen auch bei einer Inzidenz von 50 bis 100 bestimmte Bereiche kontrolliert wieder auf“, das wäre damals undenkbar gewesen. Das war eine andere Interpretation dieses Wertes, eben weil das Erfahrungswissen über die anderen Faktoren – wie die Impfquote, wie die Tests, wie die Auslastung der Versorgungssysteme und einiges mehr – noch nicht in dem Maße in Betracht gezogen worden ist, wie es heute der Fall ist. Es ist also eine andere Interpretation.

Und es kann gar keinen einzig und alleine festen Wert geben, weil sich ja auch die Rahmenbedingungen in einer solchen Pandemie regelmäßig ändern. Es ist ein permanentes Dazulernen im Rahmen dieser Pandemie. Es gibt Mutationen, die verschärfend auftreten. Gleichzeitig gibt es Länder wie Großbritannien oder auch Israel, die wirklich Mut machende Daten liefern, dass die Impfung die Überlastung der Krankenhäuser wirklich zuverlässig verhindert. Und auch in Deutschland sehen wir, dass das Infektionsgeschehen bei den über 80-Jährigen jetzt, wo diese Personengruppe langsam immer mehr geimpft wird, ganz deutlich rückläufig ist.

Und weil das so ist, sind es – anders, als die AfD suggeriert – heute schon Daten wie die Impfquote der Risikogruppen oder auch die Auslastung des Gesundheitssystems, die zusätzlich der Interpretation der 7-Tage-Inzidenz dienen und die zusätzlich auch der Festlegung zu ergreifender Maßnahmen zugrunde gelegt werden. Unabhängig davon, ob das jetzt der AfD gefällt oder nicht, wird die 7-Tage-Inzidenz interpretiert und ausgelegt im Lichte der weiteren Indikatoren als verlässliche Orientierung über das aktuelle Infektionsgeschehen. Auch in den nächsten Wochen wird diese 7-Tage-Inzidenz daher übrigens auch ihre Bedeutung nicht verlieren, weil sie eben im Zusammenspiel mit den anderen Faktoren eine Orientierung bietet. Und wir werden aber in Richtung Sommer – da bin ich persönlich fest von überzeugt – bei entsprechendem Impfstand der Bevölkerung, bei einer noch besseren digitalen Kontaktnachverfolgung und infolge der hoffentlich dann auch sehr geringen Auslastung des Versorgungssystems weitere Lockerungen auch bei höheren Inzidenzzahlen sehen, als das heute für möglich gehalten wird. Das heißt, es ist ein lernendes System und es wird abgewogen anhand verschiedenster Indikatoren.

Meine Damen und Herren, die AfD zeichnet sich in dieser Krise – da hatten wir ja gestern hier Wortgefechte zu, wer was wie erfunden hat –, die zeichnet sich ja in dieser Krise als Partei aus, die eigentlich regelmäßig das Gegenteil des Regierungshandelns fordert. Das muss man an der Stelle noch mal deutlich sagen, da geht es nicht um konstruktive Opposition, sondern es geht um Fundamentalopposition. Unterm Strich geht es immer gegen den Strich, immer gegen die Regierungskoalition, immer blind, aber auch – in meinen Augen – gegenüber der aktuellen Lage.

Ich habe noch mal ein bisschen geblättert dieser Tage in den Anträgen der Vergangenheit. Die Parlamentsdoku-

mentation gibt da ja tatsächlich seitenweise her zu diesem Thema.

Am 29. April 2020 – ist auch schon wieder fast ein Jahr her – gab es den AfD-Antrag „Maskenpflicht beim Einkauf aufheben“. Maskenpflicht aufheben! Botschaft: Masken bringen nichts. Ja, das Gegenteil ist wahr!

Ebenfalls in der Sitzung im April letzten Jahres: „Anti-Corona-Maßnahmen neu bewerten“ hieß da der AfD-Antrag.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Zitat: „Daten aus Obduktionen belegen, dass die meisten der sogenannten Corona-Todesfälle entweder in hohem Alter oder gesundheitlich schwer vorbelastet waren. Sie sind daher nach Ansicht der Pathologen eher mit als am SARS-CoV-2-Virus gestorben.“ Botschaft: betrifft nur die, die ohnehin gerade sterben. Zynisch und übrigens wissenschaftlich widerlegt.

Oder auch am 25.11. von der AfD per Antrag eine Aufforderung, Zitat, „die seit Oktober gefassten Beschlüsse und Vorhaben der Bund-Länder-Konferenzen und der Ministerpräsidentenkonferenz nicht weiter umzusetzen“, Zitatende. Steht für sich.

Im Dezember dann wieder ein Antrag von der AfD, der hieß „Corona ernst nehmen“. „Corona ernst nehmen“ – also wieder ein bisschen ein kleiner Strategiewandel, „Corona ernst nehmen“, aber „Eigenverantwortung“ leben, verbunden dann mit dem immer aktueller werdenden Weg, das muss wie in Schweden laufen. Es muss, hier in Deutschland auch muss der schwedische Weg beschritten werden. Ja, und wie gut das klappt, meine Damen und Herren, mit „Corona ernst nehmen“ und „Eigenverantwortung“ leben, das sehen wir eigentlich bis heute anhand der AfD-Fraktion selber am allerbesten. Wie viele zusätzliche Tote dieser schwedische Weg gebracht hat, das ist ja bekannt. Das hat auch unser Fraktionsvorsitzender hier immer wieder ausgeführt.

(allgemeine Unruhe)

Und während hier im Dezember – das war im Dezember 2020, dieser Antrag „Corona ernst nehmen“, aber „Eigenverantwortung“ –, während Sie hier im Landtag, meine Herren von der AfD, große Reden geschwungen haben, man sollte auf Eigenverantwortung setzen und die Maskenpflicht abschaffen, parallel dazu gab es draußen eine Demonstration Ihrer Anhänger vor dem Schloss – ohne Maske, ohne Abstand, mittendrin Professor Weber von der AfD – ohne Maske, ohne Abstand.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich eine Maskenbefreiung habe, also keine tragen muss?!)

Das ist ja, das ist ja ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das geht an Ihnen vorbei.)

Sie standen, Sie standen ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Professor Weber, ich nehme alles zur Kenntnis,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

was Sie sagen. Sie standen, nachdem hier oben eine Rede geschwungen wurde von der AfD, „Eigenverantwortung“ leben, „Corona ernst nehmen“, standen Sie Schulter an Schulter – da gibt es ja auch Bilder in der Presse – auf der Schlossbrücke. Keiner hatte eine Maske, keiner hat Abstand eingehalten. Und das ist unabhängig davon, ob Sie eine Maskenbefreiung haben. Das zeigt einfach nur, wie wenig Ihre Ausführungen an dieser Stelle wert sind und wie wenig glaubwürdig das vor allen Dingen ist, weil „Corona ernst nehmen“, „Eigenverantwortung“ leben, das würde ja bedeuten, dass das auch für Sie selber gilt. Und warum tun Sie es dann nicht?!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Im Januar 2021 gab es dann den AfD-Antrag hier „Lockdown beenden“, aber „Risikogruppen schützen“ – als wäre das, meine Damen und Herren, realistisch umsetzbar, mehr als ein Drittel der Bevölkerung isoliert wegzusperren. Was für eine Idee!

Und im Februar dieses Jahres dann zwei neue Anträge, neue Nebelkerzen der AfD, die „Risikoindikatoren“ seien nicht geeignet, müssten neu bestimmt werden. Und dann jetzt also die „Gesamtbetrachtung statt Inzidenzenwillkür“, wo Herr Förster gleich vielleicht sein echtes Manuskript wiedergefunden hat und uns noch ein bisschen erzählt, was damit eigentlich gemeint ist.

Meine Damen und Herren, und wenn man dann Ross und Reiter benennt, der AfD auch diesen Spiegel vorhält, dann ist die Reaktion ausgesprochen dünnhäutig, dann fallen Worte wie „Demagoge“ und dergleichen mehr. Dabei, meine Herren von der AfD, sind es in meinen Augen wirklich Sie, die mit Reden und mit den Anträgen, die ich auch eben hier ja entsprechend transparent zitiert habe, diese demagogischen Grundzüge zeigen, weil es geht um Desinformation und Destabilisierung, es geht um Verführung und Aufwiegelung am Ende. Der vorliegende Antrag ist ein schönes Beispiel dafür, wie subtil die AfD das teilweise macht. Aber die AfD trifft schlichtweg Schlüsse in diesem Antrag, die einfach unwahr sind, die nicht stimmen, und vor allen Dingen lässt die AfD die wesentlichen Fragen für Leib und Leben der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einfach unbeantwortet.

Und, meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat das erklärte Ziel, in dieser Gratwanderung zwischen dem Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen und der natürlich deutlichen Notwendigkeit, Öffnungsperspektiven zu schaffen, einen Weg zu wählen, der immer abwägt, der immer versucht, mittelfristig beiden Ansprüchen gerecht zu werden, und dieser Weg ist definitiv nicht einfach und er ist auch zwangsläufig weiterhin vorsichtig und tastend zu beschreiten. Das ist der große Unterschied zwischen der AfD und anderen Parteien: Während wir uns bewusst sind, dass wir nicht alles wissen können, dass wir immer dazulernen müssen, stellt sich die AfD hier jede Sitzung aufs Neue im Brustton der Unfehlbarkeit hin, selbst dann, wenn sie das Gegenteil von dem erzählen, was noch vor einem halben Jahr richtig gewesen sein soll, selbst wenn sie nicht mal zum Thema überhaupt sprechen. Den Antrag lehnen wir ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Barlen!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich vorsorglich darauf hin, dass die SPD-Fraktion damit ihre Redezeit fast vollständig ausgeschöpft hat.

Ich rufe auf den nächsten Redner, und zwar Herrn Ehlers.

(allgemeine Unruhe –
Sebastian Ehlers, CDU:
Das habe ich nicht gehört.)

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ging das Mikro dann mal etwas schneller aus als gestern beim Präsidium.

(Beifall Bernhard Wildt, CDU)

Deswegen habe ich nicht ganz mitbekommen, dass ich schon aufgerufen wurde, aber herzlichen Dank für die Hinweise.

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da habe ich großes Vertrauen, dass die Landtagspräsidentin da jetzt nicht schlecht über mich spricht, da gibt es also eigentlich keinen Anlass für.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Einbringung und Inhalt des Antrages passen überhaupt nicht zusammen, Herr Kollege Förster. Ich habe dauernd gedacht, wann kommt er denn mal zum Antrag zu sprechen. Denn eigentlich – und der Kollege Barlen hat es ja gesagt, das, was hier drinsteht, setzt die Regierung um –, also eigentlich wäre es auch ein Rückenwindantrag hier für die Landesregierung, Herr Kollege Förster, aber dann hätten Sie es mal so sagen sollen. Denn in der Tat, das, was Sie hier aufschreiben und hier uns vorgeworfen haben, das findet doch statt. Und tun Sie doch nicht so, als wenn man sich hier blind an die Inzidenzwerte klammern würde!

Und mein Fraktionsvorsitzender Wolfgang Waldmüller hat ja letzte Woche hier in der Sondersitzung zur Corona-Lage auch ausgeführt, dass das auch ganz klar unsere Position ist. Denn wenn der Vorwurf, den Sie hier konstruiert haben, zutreffen würde, dann hätten wir beispielsweise die letzten Monate keine offenen Kitas gehabt, dann hätten wir nicht bestimmte Gruppen in Schulen gehabt, wenn wir uns nur an diesem Wert orientieren würden.

Wenn wir auch dem folgen würden – und einige Virologen sagen ja, eine 10er-Inzidenz wäre cool, O-Ton Herr Wieler, einige sagen, es müsste auf 0 runtergehen. Das ist ja am Ende dann auch immer eine Frage der Abwägung, und ich finde, die Abwägung hat stattgefunden bisher, sie findet auch weiterhin statt. Und das ist ja immer dieses Spannungsfeld, in dem man sich bewegt. Denn wird jetzt geöffnet, dann gibt es viele, die das beklatschen – unsere Fraktion ausdrücklich auch, will ich an der Stelle ganz deutlich sagen,

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

wir hätten uns in vielen Bereichen vielleicht auch noch mehr vorstellen können –, aber wir gehen diesen Weg hier so mit, als Schritt für Schritt hier raus aus dem Lockdown. Und es gibt nämlich auch viele, die sagen: Warum macht ihr das? Warum muss jetzt der Baumarkt öffnen? Warum muss das Gartencenter eröffnen? Warum muss der Buchladen öffnen? Ist es nicht viel wichtiger, dass wir Kitas und Schulen im Normalbetrieb halten?

Und deswegen, glaube ich, deswegen ist die Debatte, glaube ich, auch mal ganz gut, um auch mal ein bisschen Optimismus wieder zu verbreiten. Und wenn Sie heute in den Pressespiegel schauen und die Medien verfolgt haben, der vierte Impfstoff ist jetzt zugelassen worden. Es gibt mittlerweile Studien, die sagen, wir werden nicht erst im September durch sein, sondern können es auch schon schaffen, eventuell Ende Juli die Immunisierung, die Grundimmunisierung hinzubekommen, und das sind doch mal positive Botschaften, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und natürlich gibt es Schwierigkeiten, Stichwort „Mutation“, wo keiner genau weiß, wie sich das entwickeln wird. Wir stellen fest, dass vor allem Jüngere auch jetzt stärker betroffen sind, aber wir können feststellen, dass die Risikogruppen, die über 80-Jährigen, dass dort die Inzidenz Stück für Stück sinkt, was auch mit der Impfung zu tun hat. Und ich bin fest davon überzeugt, dass wir jetzt auch beim Thema Impfen Fahrt aufnehmen werden, auch mit dem zusätzlich bereitgestellten Impfstoff, und dass wir hier zu einer deutlich besseren Situation kommen werden.

Und deswegen ist es immer auch die Frage, welche anderen Faktoren – und der Kollege Koplin ist ja darauf eingegangen – zieht man hier noch zurate. Und wenn man jetzt beispielsweise sagen würde, wir gucken nur auf die Bettenkapazitäten – beispielsweise die Intensivbetten, wo wir es ja geschafft haben, dass wir, zumindest was unser Land betrifft, im letzten Jahr sehr gut durch die Krise gekommen sind, wo wir ja nie in der Situation waren, dass wir hier Leute abweisen mussten, in andere Bundesländer verlegen mussten –, wenn wir jetzt aber nur diesen Indikator nehmen würden, dann natürlich ist man ganz schwer dabei, das wieder zurückzudrehen, wenn wir dann wirklich in eine neue Welle einsteigen würden. Und an der Inzidenz – man kann darüber diskutieren, aber daran lässt sich zumindest ablesen, wohin die Reise geht, wie der Trend ist. Und wie schnell es gehen kann, habe ich ja gestern Abend gesagt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Die Landkreise, die noch vor wenigen Wochen hier gescholten wurden, stehen jetzt gut da. Jetzt sind andere gerade in dieser schwierigen Situation, und wir drücken die Daumen und arbeiten gemeinsam daran, dass auch da die Zahlen wieder runtergehen werden.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Wirtschaftsminister hat ja sehr viel Richtiges gesagt, aber ein Satz, fand ich, war besonders bemerkenswert, und zwar, als er gesagt hat, das Thema Corona, die Bewältigung dieser Pandemie, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und der, meine Herren von der AfD, der verschließen Sie sich leider komplett. Und da möchte ich anschließen an das, was der Innenminister heute Morgen gesagt hat zum Thema Flüchtlingsdebatte. Sie hatten 2016 dieses eine Thema, haben seitdem nicht viel mehr auf die Kette bekommen und versuchen jetzt natürlich,

mit diesem Thema das Jahr 2016 hier an der Stelle zu wiederholen, weil Ihnen geht es nicht darum, hier einen gesamtgesellschaftlichen Konsens hinzubekommen. Sie leben ja von der Spaltung, von der Zuspitzung, Sie leben davon, zu polarisieren, Dinge infrage zu stellen, ein Staatsversagen anzuprangern, den Staat als irgendetwas Böses, irgendwelche Zusammenhänge zu konstruieren, die es so nicht gibt.

Ich kann Ihnen aber nur sagen, das Thema hat nicht das Potenzial wie das Thema Flüchtlinge im Jahr 2016, weil es immer noch viele, viele Menschen gibt, die in großer Sorge sind, auch um ihre eigene Gesundheit, um die Gesundheit ihrer Angehörigen, und die das, was Sie hier treiben, dieses Schauspiel, was Sie hier vollziehen, sehr, sehr kritisch bewerten. Und deswegen, glaube ich, sind wir uns da einig – zumindest die Fraktionen, die sehr verantwortungsvoll miteinander umgehen –, dass die Lage weiterhin ernst ist, dass wir weiter maßvoll lockern, dass wir in den Normalbetrieb zurückkommen, durch das Thema Impfen, durch das Thema Testen dort auch eine bessere Situation hinbekommen werden.

Und von daher kann man den Antrag, auch wenn er gut gemeint ist an der Stelle und uns auch durchaus stützt in dem, was wir machen, den kann man hier nur ablehnen, weil Ihnen geht es um was ganz anderes. Und da brauche ich nicht auf die Schlossbrücke zu gucken, da kann ich mir anschauen die Nominierung von Ihrem Landesvorsitzenden, wo alle dort mit Handschlag sich begrüßen und ohne Maske, ohne Abstand. Da kann ich nur sagen, da sieht man, dass die Pandemie bei Ihnen in den Köpfen auch noch gar nicht angekommen ist,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

und solange das nicht der Fall ist, lohnt es sich ehrlicherweise auch nicht, sich hier mit diesen Anträgen weiter zu beschäftigen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und Manfred Dachner, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, ich gebe zu, ich hatte ein gewisses Problem mit dem Antrag, denn, wie Sie sich denken können, dieser Antrag stammt ja von vor unserer Sondersitzung, die dazwischenkam,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und dieses Thema wurde in aller Breite in unserer letzten Sitzung, in der Sondersitzung, hier erörtert. Deshalb habe ich mich in dem Punkt kurzgefasst,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah, deshalb!)

sonst wäre es etwas, die Überschrift, geändert worden. Aber Sie wollen ja, dass man gern noch mal drauf zurückkommt, und wie ich Ihren Beiträgen entnehme, haben Sie das Thema auch immer noch nicht richtig verstanden.

(Heiterkeit und Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Lange Zeit ging es bei allen Maßnahmen, auch bei der Diskussion um Lockerungen, alleine um Inzidenzen. Da haben Sie blind dran gehangen. Ich erinnere daran, das ist bei Ihnen in Ihrem Gedächtnis wohl schon völlig entschwunden, dass ganz kurze Zeit vor der letzten MPK die Ministerpräsidentin bekannt gegeben hat – auf ihrer Facebookseite, glaube ich, war es –, dass ab sofort, fast wörtlich, für die künftigen Lockerungen soll es ab jetzt nicht mehr allein auf die Inzidenzen ankommen. Kurze Zeit vorher hatte Laschet die neue Parole ausgegeben: statt der Inzidenzen eine abwägende Gesamtbetrachtung. Ich könnte sagen, da hat er bei uns abgeschrieben. Das haben wir ja schon vorher seit Monaten gefordert.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Wenn das an Ihnen vorbeigelaufen ist, dass das ein gewisser Strategiewechsel war, den wir ja nur begrüßen konnten und begrüßt haben, dann drücken Sie das jetzt einfach weg. Das war eine gewisse, und nicht nur eine gewisse, sondern eine ganz klare Weichenstellung. Der Hebel wurde umgelegt in die Richtung Gesamtbetrachtung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber ja auch nur halb, denn das Ergebnis war ja, in dem neuen Stufenplan, wenn Sie da nur noch mal reingucken wollen, da sind wieder genau die Inzidenzen, und zwar nicht so, dass da alles andere mitberücksichtigt wird, sondern wenn die Zahl 100 erreicht ist, so steht es drin – wie eine Bewährung gewissermaßen, wie Strafandrohung zur Bewährung, kann man sagen –, wenn die Zahl 100 erreicht ist, also von 99 auf 101, dann gilt, so steht es drin, alles, was vorher war.

Ich habe zwar inzwischen begriffen und glaube das sogar, dass man – anders geht es ja auch gar nicht –, dass man inzwischen gelernt hat, dass weitere Umstände zu berücksichtigen sind. Aber Sie haben bis vor ganz Kurzem und im Stufenplan nochmals verewigt, die Inzidenzen ganz zentral in den Mittelpunkt gestellt, wo alles andere von abhängen soll, und das ist eben falsch.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und wir hatten, und Sie haben auch, ständig verweigern Sie sich einer grundsätzlichen Debatte hier, auch heute wieder. Sie kennen ja nur die Schwarz-Weiß-Malerei. Ich glaube, die Frau Ministerpräsidentin hatte es kürzlich auch angesprochen, dass ja von Anfang an zwei Wege möglich erscheinen. Der eine ist, die Pandemie einzudämmen mit all diesen Möglichkeiten – die Impffortschritte hatten wir noch nicht –, und das führt dann gewissermaßen zwangsläufig dazu, dass man von einem Lockdown in den anderen stolpert.

Jetzt will ich gar nicht sagen, ob es hundertprozentig einen anderen Weg gibt – der andere Weg, der aber für mich und für uns viel einleuchtender war, natürlich auch hier und da Massenansammlungen einzudämmen, aber nicht die ganze Bevölkerung in Haftung zu nehmen, sondern primär sich den vulnerablen Gruppen zuzuwenden. Und wenn Sie auch die mediale Berichterstattung,

auch die Experten so ein bisschen recherchieren, dann stellen Sie fest, dass das in letzter Zeit immer mehr in den Vordergrund gerückt wird, und es bestätigt sich ja auch, denn es sind ja fast 50 Prozent der Toten in den Heimen zu beklagen. Also würde sich doch schon viel früher der Gedanke aufgedrängt haben, da ganz primär und ganz intensiv Schutz zu bieten. In Berlin sollen es über 60 Prozent sein. Das wird alles weggetan.

Sie haben sich ja ohnehin einer grundsätzlichen Debatte meist verweigert hier. Sie haben uns immer in die Ecke gestellt, dass wir gegen alles seien und dass wir menschenverachtend seien – das höre ich in letzter Zeit ja nicht mehr –, aber es ging ja bis zu „Corona-Leugner“ und allem Drum und Dran.

Und so war es meine Vorstellung, dass, nachdem wir die Probleme schon in der letzten Sitzung intensiv erörtert haben und alles miteinander zusammenhängt, dass es durchaus angebracht sein könnte, heute die aktuelle Situation, die auch von der Ministerpräsidentin deutlich hier angeführt wurde, nämlich sie sprach von den Säulen, eine neue Säule ist das Testen, dass eine Bereitschaft da wäre, über diese Problematik zu sprechen, bevor sie richtig eingeführt wird. Das wäre doch mal ein Punkt, über Parteigrenzen hinaus – die Pandemie sollte eben keine Parteigrenzen kennen – diese aktuelle Frage jetzt zu erörtern, was jetzt an den Schulen demnächst mit unseren Kindern geschieht. Null! Null Antwort von Ihnen, keine Erwägung, das ist Ihnen völlig egal, obwohl das ein hoch brennendes Thema ist.

Und wenn Sie sich da, wenn Sie es nicht selbst aus eigener Erfahrung wissen oder aus der Nachbarschaft oder aus Verwandtschaft oder wo auch immer, wie das zurzeit an den Schulen läuft und was das für die Grundschüler vor allem bedeutet, für die kleinen Kinder, für die ein Jahr sehr viel ist – ein Jahr in deren Leben bedeutet, mit Maske herumrennen und jetzt noch permanent testen –, und da fehlt offensichtlich jede Bereitschaft, aus Tagesordnungsgründen, sich diesem Thema heute hier zu stellen. Aber wenn Sie es nicht anders wollen, fange ich noch mal an, was zu den Inzidenzen zu sagen.

(Franz-Robert Liskow, CDU: Nee!)

Fehler wurden ja wieder gemacht, dass Inzidenz mit Infektion identisch ist, mit Krankheit, mit Ansteckung. Herr Barlen, wenn Sie mal etwas in die Tiefe gehen, sich informieren, das ist völlig falsch.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Inzidenz heißt nichts anderes als „positiv getestet“, und „positiv getestet“ ist gerade nicht identisch mit „infektiös“ – können Sie überall nachlesen.

Die Inzidenzen hängen doch davon ab, wie viel getestet wird, ganz einfach. Wenn Sie doppelt so viel testen, haben Sie doch statistisch doppelt so viele positive Tests. Dann kommt es auf die Altersgruppe an. Und wenn Sie jetzt die Massentests durchführen, werden Sie jetzt zwangsläufig höhere Inzidenzen haben, die aber vielleicht gar keine Aussagekraft haben. Dann gehen Sie zum Reproduktionswert, ja, aber der beruht auf Modellrechnungen und ist auch sehr unsicher.

(Julian Barlen, SPD: Deshalb
nehmen wir auch alles in den Blick.)

Die Kliniksituation, das ist pragmatisch, aus Erfahrung natürlich ein ganz wichtiger Punkt, ist völlig klar, bestreitet keiner. Und was auch noch sehr wichtig ist, nur am Rande hier anklang, ist natürlich die Zahl der schweren Verläufe und die Zahl der Toten. Und da auch diese Mutanten, die ja nun – anders, als Sie es versuchen hier darzustellen – nicht von vornherein immer schlimmer sind, die britische ist wohl gar nicht viel schlimmer, denn wir haben ja mehr Infektionen, aber glücklicherweise weniger Todesfälle. Die Experten sagen, die ist jedenfalls nicht gefährlich.

Also nochmals, die schweren Verläufe, die Zahl der schweren Verläufe, die Zahl der Toten ist ein ganz wichtiger Indikator und natürlich inzwischen auch die Impfquote, vor allem bei den Älteren, und das scheint sich ja positiv auszuwirken.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Das verkennen wir ja gar nicht, das haben wir in unserer letzten Rede auch gesagt.

Und dann natürlich ganz schlicht und ergreifend die saisonale Situation, ob wir jetzt auf den Winter zugehen oder auf das Frühjahr, den Sommer, ist natürlich auch ein Unterschied, die Dinge zu betrachten. Aber ich dachte, das sei inzwischen hier ausdiskutiert.

Nochmals jetzt zu dem Punkt, dem Sie, meine ich, zu Unrecht ausgewichen sind und wo eigentlich Bereitschaft sein sollte, weil eben alles miteinander zusammenhängt, sich jetzt auch Gedanken darüber zu machen, ob das wirklich jetzt so richtig ist, was Sie an den Schulen vorhaben.

Ich sage noch mal, Sie stellen ja auch die Maskenpflicht nach wie vor gar nicht infrage. Es gibt also massive Meinungen aus der Wissenschaft, die sagen, bei Grundschülern brauchen wir keine Masken, ganz wenig richten sie aus in Richtung Pandemievermeidung, aber sie wirken viel in Richtung Schädigung der Kinder. Kinder in diesem Alter wuseln an sich ungehemmt miteinander rum, spielen, raufen, machen alles Mögliche. All das wird ihnen verwehrt. Sie erleben ihr anderes Menschenkind zurzeit nur als potenziellen Virusträger, als einen Gefährder mit Maske. Es ist irre, dass Sie überhaupt nicht bereit sind, darüber nachzudenken! Sie diskutieren hier, als ob es um Glaubensfragen ginge, und wenn man eine andere Meinung hat, dann ist der Herr Barlen der Oberexperte, der dann mit seinen ganzen Unterstellungen am liebsten uns deshalb zum Verfassungsfeind erklärt.

Wissen Sie, die Diskussion von gestern Abend, wo Herr Dr. Jess hier noch mal die Impfproblematik bei Astra-Zeneca angeführt hat, ging mir gestern Abend noch mal durch den Kopf.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir wissen, dass es problematisch ist, wenn man öffentlich so einen Impfstoff jetzt infrage stellt – tut ja keiner. Aber Tabuisierungen von Problemen, die wir jetzt überall nachlesen können, bewirken gar nichts. Die bewirken im Grunde Verlust von Vertrauen. Dr. Jess hat hier gestern in aller Ruhe einige Probleme angeführt, und die Antwort von Herrn Barlen war nichts anderes als übelste Beschimpfung und Propaganda, die fast bis zum Verfassungsfeind ging.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Barlen, das ist Ihre Methode.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Sie machen hier schwarz-weiß, Sie sind der Oberhetzer hier im Hause. Sie machen schwarz-weiß und Sie sind diejenigen, die hier …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, ich muss Sie einen Moment unterbrechen.

Horst Förster, AfD: Aber die Uhr anhalten!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich glaube, ich habe heute zu „Hetzer“ schon was gesagt, ...

Horst Förster, AfD: Ja, halten Sie bitte die Uhr an!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... und ich weise das auch in diesem Fall als unparlamentarisch zurück. Und ich bitte doch, dass wir dann, wenn wir dann selber empfindlich sind, auch darauf Rücksicht nehmen und mit anderen so umgehen, wie wir erwarten, dass die anderen ...

Horst Förster, AfD: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... auch mit uns umgehen. Das fände ich hier schön, weil das würde einer sachlichen Debatte wirklich Vorschub leisten.

Horst Förster, AfD: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Horst Förster, AfD: Das ist sicherlich richtig. Ich bin auch gern bereit, das zurückzunehmen, den „Hetzer“. Aber ich bin gar nicht so empfindlich, dann hätte ich mich gestern ganz anders aufgeregt. Wissen Sie, ich erlebe das immer so, für mich ist vor allem wichtig, wer mich beschimpft, und da mache ich große Unterschiede. Das eine tut weh, das andere geht an einem vorbei. So ist das im Leben.

Also deshalb, nochmals, fände ich es gut – aber jetzt sind wir ja fast am Ende der Debatte, aber vielleicht nehmen Sie das Problem als Hausaufgabe mit nach Hause –, wir sollten uns alle über Parteigrenzen hinweg Gedanken machen, wie das dann an den Schulen jetzt aussehen soll und ob das wirklich so vernünftig ist. Und dann recherchieren Sie mal, was die Wissenschaftler dazu sagen, was es bringt – die Maske an der Grundschule bringt gar nichts –, was es bringt, wenn Sie jeden Tag den Kindern oder zweimal in der Woche die Stäbchen in die Nase stecken, was die Kinder – wenn das vielleicht zu Hause die Mutter machen würde, aber dort in der Schule, in der Gruppe?! Ich kann mir auch gut vorstellen, in diesem Alter – das wird auch schon von einigen beschrieben, die sich mit der Kinderseele befassen, wie sind Kinder in dem Alter –, ich könnte mir gut vorstellen, dass einige herumalbern, um es so zu bewältigen. Die stecken sich die Dinger vielleicht, die Stäbchen, ins Ohr oder sonst wohin, die anderen sind verängstigt. Jedenfalls auszuweichen und das gar nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass das ein ganz ernsthaftes Problem ist, dass Mediziner, Kinderärzte statistisch jetzt bereits nachweisen, wie sich Angststörungen steigern – das sind doch keine Spinner, das sind doch nicht nur überängstigte oder schon vorgestörte Kinder –, das ist ein massives Problem, und da ist ja nach Ihrer Theorie kein Ende abzusehen.

Also es spricht vieles dafür, zum Beispiel – und das ist eine direkte Anregung – diese Tests nur bei Kindern vorzunehmen, die Symptome haben. Da ist es sinnvoll. Da zitiere ich nur den Chefarzt der Kinderklinik Neubrandenburg, der sich sehr engagiert schon mehrfach geäußert hat und der mit Sicherheit nichts anderes als das Wohl der Kinder im Auge hat. Aber ich konstatiere, zu dieser Problematik, die ganz aktuell ist, kein einziges Wort von Ihnen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5858. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5858 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 38**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Lebensfreude zurückgeben – die erwiesen coronabedingte, stark belastete seelische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen durch konzertiertes Handeln abmildern, Drucksache 7/5859.

Antrag der Fraktion der AfD
Lebensfreude zurückgeben – die erwiesen coronabedingte, stark belastete seelische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen durch konzertiertes Handeln abmildern
– Drucksache 7/5859 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

(Unruhe bei Christian Brade, SPD,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrte Damen und Herren! Wertes Präsidium! Lebensfreude zurückgeben – die erwiesen coronabedingten, stark belasteten,

(Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

seelisch gesundheitlich eingeschränkten Kinder und Jugendlichen

(Heiterkeit und Zuruf
von Peter Ritter, DIE LINKE)

erst mal wieder in den Fokus zu nehmen und durch konzertiertes Handeln quasi die Folgen Ihrer Maßnahmen zu lindern, darum haben wir diesen Antrag hier gestellt.

Ich finde es schade, dass Herr Barlen jetzt schon gegangen ist. Sie haben sich ja vorhin beschwert, dass wir

keine Lösungen anbieten. Das ist ja wieder eine Lösung von uns, die auf dem Tisch liegt. Wir reden hier heute über Kollateralschäden, und da muss man auch drüber reden, und wir richten heute das Brennglas eben genau auf Ihr Handeln in diesem Bereich.

Seit genau einem Jahr ist das öffentliche Leben, sind die Unternehmen und vor allem die sozialen Kontakte stark durch Corona-Einschränkungen eingeschränkt. Die im Sozialausschuss durchgeführte Anhörung zum Thema „Seelische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen unter Corona“ hat Erschreckendes deutlich gemacht und hat gezeigt,

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

wie stark der Leidensdruck eben bei Kindern und Jugendlichen tatsächlich ist. Viele Kinder und Eltern leiden unter der Isolierung im Shutdown. Familien sind seit Monaten sich selbst überlassen, die gewohnten Strukturen durch Kitas, Schulen brachen weg, soziale Kontakte zu Freunden und Verwandten wurden extrem eingeschränkt. Unerklärlich ist da noch, dass für 13,5 Millionen Minderjährige in Deutschland nahezu die gleichen Regeln wie für Erwachsene galten.

Die Belange von Kindern und Jugendlichen wurden nicht in die politischen Entscheidungen mit einbezogen, meine Damen und Herren, aber gerade das gebietet die UN-Kinderrechtskonvention nach Artikel 12, auf die Sie sich zum Beispiel so gerne sonst berufen. Die Bundesfamilienministerin Frau Giffey hat den Bedürfnissen der Kinder bei den Corona-Runden des Kabinetts und der Ministerpräsidenten im Kanzleramt keine Stimme gegeben, meine Damen und Herren.

Die Missachtung der natürlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen hat eklatante Auswirkungen und führt zu psychischen Auffälligkeiten und psychosomatischen Beschwerden. Laut den COPSY-Studien des UKE empfinden 80 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen und Erwachsenen sich äußerst durch die Pandemie belastet. 42 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen beklagten eine stark verminderte Lebensqualität und 24 Prozent haben ständige Ängste, meine Damen und Herren. 30 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen zeigten psychische Auffälligkeiten, 24 Prozent sind hyperaktiv, 21 zeigten emotionale Probleme, 22 Prozent zeigten Probleme mit Gleichaltrigen, 19 Prozent haben Verhaltensprobleme. Verstärkt litten Kinder und Jugendliche unter psychosomatischen Beschwerden, 54 Prozent unter Gereiztheit, 44 Prozent hatten Einschlafprobleme, 34 Prozent beklagten Niedergeschlagenheit und 31 Prozent hatten Bauchschmerzen. Und wir nehmen eben auch diese Bauchschmerzen ernst, meine Damen und Herren. Außerdem mahnten Kinderärzte an, dass der Bewegungsmangel und die motorischen Fähigkeiten zurückgeworfen werden, im Zusammenhang mit einem ungesunden Essverhalten zu Übergewicht führen. Auch der hohe Medienkonsum im Lockdown blockiert die Eigeninitiative und Kreativität, meine Damen und Herren.

Laut einer weiteren Studie der TU München erlitten neun Prozent der Kinder bis zu zehn Jahren während der Pandemie Gewalt. Das ist sechsmal häufiger als in normalen Zeiten. Familien haben insgesamt mehr Stress. Das betrifft insbesondere benachteiligte Familien mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsstandard, mit Migrationshintergrund und auch Alleinerziehende. Diese sind oftmals mit zusätzlichen Anforderungen wie Homeschooling und Homeoffice überfordert. Meist fehlt die technische Ausstattung für das Homeschooling, dazu kommt die räumliche Enge in Wohnverhältnissen, die den Kindern keine Rückzugsmöglichkeiten zum Spielen oder Lernen lässt.

Die öffentlichen Hilfssysteme sind runtergefahren und die Bildungspersonen wie Erzieher und Lehrer, die die nötigen Ansprechpartner von schutzsuchenden Kindern und Jugendlichen sein können, fallen weg. Signale auf Kindeswohlgefährdung werden nicht oder zu spät erkannt. Aber auch generell sind Familien verunsichert, da Kurzarbeit oder drohender Arbeitsplatzverlust zu finanziellen Nöten führen und Existenzängste auslösen. In Familien, in denen keine Kompetenz zur eigenständigen Konfliktlösung besteht, ist die Gefahr für häusliche Gewalt gegeben, was leider nur in seinem Ausmaß bislang nicht erkannt wird.

Wir entziehen unseren Kindern und Jugendlichen Bildungschancen und damit die Chancen auf eine gute Zukunft. Der Bildungsauftrag wird seit einem Jahr nur noch marginal erfüllt, da Kitas und Schulen weitgehend geschlossen blieben. Die gemeinsame Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Kinder und Jugendmedizin e. V. und des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte e. V. wies in einer Anhörung auf die fatalen Langzeitauswirkungen von Bildungsausfällen hin. Die empirische Wirtschaftsforschung belegt, dass bereits der Wegfall von einem Drittel eines Schuljahres Wohlstandsverluste über das gesamte Erwerbsleben von drei bis vier Prozent des Einkommens zur Folge haben wird.

Von dieser überwiegenden Schließung der Kitas und Schulen sind insgesamt elf Millionen Kinder und Jugendliche betroffen. Damit fielen gewohnte Strukturen weg, die Sicherheit und Vertrauen schaffen. Dazu kam der Wegfall des gesamten Vereins- und Freizeitangebotes. Der Kontakt zu außerfamiliären Bindungspersonen wie Erzieher, Lehrer, Trainer entfiel ebenfalls. Die Menschen werden seit Monaten hingehalten mit Versprechen, es ginge bald zurück zur Normalität. Das zermürbt selbst stabile Erwachsene, meine Damen und Herren.

Das ständige Distanz-halten-Müssen und die Kontaktverbote werden Kinder und Jugendliche für immer negativ prägen und müssen sofort ein Ende finden. Kitas sollen sofort wieder ihren Normalbetrieb aufnehmen und alle Schulen und Schüler aller Altersgruppen müssen auch sofort wieder in den vollumfänglichen Schulbetrieb, meine Damen und Herren. Mittlerweile haben wir Hygienekonzepte, Schnelltests, Masken, Impfungen, die dieses zulassen. Zur Sicherheit für das Personal werden bereits Erzieher, Lehrer und Kindergärtner geimpft und priorisiert.

Wir von der AfD-Fraktion wollen diese Möglichkeit nutzen, mit unserem Antrag hier noch mal ganz klar auf die Kollateralschäden hinzuweisen, und ganz klar dafür sorgen, dass Sie sich damit auseinandersetzen, vor allem die Landesregierung, jetzt schon an die Folgeschäden zu denken, diese zu verhindern, wo es auch nur geht, und für genau diesen Bereich die Sachen wieder zu öffnen, damit hier wieder Normalität einziehen kann, meine Damen und Herren. Und deswegen haben wir diesen Antrag hier gestellt und bitten hier um breite Unterstützung. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wenn wir als in der Verantwortung stehende Politikerinnen und Politiker dem Antrag der AfD-Fraktion folgen würden, würden wir keine Lebensfreude zurückgeben, sondern Menschen gefährden, unser Gesundheitssystem sehenden Auges zum Kollabieren bringen und Folgewirkungen hervorrufen, die weit über das bisherige Maß hinausgehen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die von der AfD-Fraktion geforderte unkontrollierte Öffnung aller Einrichtungen und Veranstaltungen für Kinder würde das Risiko für Kinder und Fachkräfte, Eltern und viele Menschen mehr in unverantwortlicher Weise erhöhen. Sie würde zu einer unkontrollierten Verbreitung des Virus beitragen und damit alles Bisherige gefährden. Ihr Vorschlag ist also keine Alternative, wie eigentlich so oft. Ihr Vorschlag ist keine Alternative, da Sie sich gar keine Mühe machen, sich sachlich und fachlich mit dem Thema zu beschäftigen und einzubringen. Ihre einzige Forderung lautet, alle coronabedingten Einschränkungen für Kinder aufzuheben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die psychischen, sozialen oder ökonomischen Belastungen durch die Corona-Pandemie sind für alle Bevölkerungsgruppen enorm und eine große Herausforderung. Dass von den Einschränkungen im besonderen Maße Kinder und Jugendliche betroffen waren und zum Teil nach wie vor sind, ist unbestritten. Was die Situation so schwierig macht, ist der notwendige kontinuierliche Abwägungsprozess, der das politische Handeln von Beginn an begleitet hat. Die Expertenanhörung zu Beginn dieses Jahres im Sozialausschuss des Landtags hat genau dies gezeigt. Eine Nichteinschränkung der Kontaktmöglichkeiten hätte zu mehr Krankheits- und Todesfällen im direkten Familien- und Freundeskreis geführt und damit zu extrem emotionalen und seelischen Belastungen für Kinder und Jugendliche.

Unzweifelhaft müssen die Maßnahmen und die Erfahrungen aus der Vergangenheit immer neu beurteilt werden. Dabei stehen für uns in Mecklenburg-Vorpommern die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Interesse unserer gesellschaftlichen Entwicklung im Vordergrund. Seelisch und körperlich gesunde Kinder, die über stabile Beziehungen und vielfältige Entwicklungsangebote verfügen, stellen die Grundlage unserer Zukunft dar. Es liegt in unserer Verantwortung, auch und gerade in diesen schwierigen Zeiten die individuelle Förderung der Kinder sicherzustellen, Bildungsangebote aufrechtzuerhalten und allen den Zugang zu ermöglichen. Dieser Verantwortung stellen wir uns.

Als ganz wichtiges Beispiel möchte ich unsere Kitaöffnungsstrategie hervorheben. Mit dem Stufenplan, der seit dem 22. Februar für die Kindertagesförderung gilt, bieten wir ein flexibles Instrument, das auf die sehr unterschiedlichen Corona-Situationen im Land eingeht, den Bedürfnissen der Kinder und Eltern, soweit es geht, entgegenkommt und zugleich Sicherheit und Orientierung bietet. Dabei wurde dem teilweisen Rückgang des Infektionsgeschehens gleichermaßen Rechnung getragen wie der Vorsicht vor einem diffusen Infektionsgeschehen mit Varianten des Corona-Virus. Der bestmögliche Schutz aller Beschäftigten bleibt weiterhin essenziell für die Aufrechterhaltung und Rückkehr zum Regelbetrieb in die Kindertagesförderung.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass die Kindertageseinrichtungen im Land trotz Schutzphase und Lockdown soweit wie möglich – und sei es mit einer Notfallbetreuung – geöffnet geblieben sind. Damit war und ist die Kindertagesförderung während der gesamten Pandemiezeit eine verlässliche Säule zur Sicherstellung der frühkindlichen Bildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. An dieser Stelle gilt mein Dank insbesondere auch jenen Eltern, die durch die Kombination von Homeoffice und Kinderbetreuung zur Reduktion der Kontakte während der Schutzphase des Appells beigetragen haben.

Nun gilt es, unter Beachtung der essenziellen Hygienemaßnahmen und der Ausweitung der Testmöglichkeiten die Entwicklung des Pandemiegeschehens in den Kindertageseinrichtungen zu beobachten und flexibel an Veränderungen anzupassen. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei, dass es uns gelungen ist, den Beschäftigten in der Kindertagesförderung und der Schule schon eher ein Impfangebot machen zu können. So werden in den Kitas, Tagespflegen und Schulen noch besser Infektionsketten vermieden werden. Wir sind zudem dabei, weitere Angebote für Kinder und Jugendliche wie etwa Zoos zu öffnen und den Kinder- und Jugendsport zu ermöglichen. Es gibt also kein pauschales Alles-Öffnen oder Alles-Schließen. Diese oberflächliche und holzschnittartige Betrachtung der Lage gibt es nur in diesem äußerst dünnen AfD-Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegt heute der Antrag der AfD-Fraktion vor, er lautet „Lebensfreude zurückgeben – die erwiesen coronabedingte, stark belastete seelische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen durch konzertiertes Handeln abmildern“. Sie baten, Herr de Jesus Fernandes, zum Schluss Ihrer Rede um breite Unterstützung. Ich kann Ihnen gleich sagen, dass Sie die von uns nicht erhalten werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion
der SPD und Torsten Koplin, DIE LINKE –
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Herren der AfD, dieser Antrag ist mal wieder ein Musterbeispiel dafür, wie Sie, wie die AfD Politik macht.

Sie reißen Sachen aus dem Kontext, Sie verdrehen Tatsachen und lassen Aussagen weg. Ich war schon sehr überrascht, Herr de Jesus Fernandes, als Sie in Ihrer Rede, in Ihrer Einbringungsrede die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen gefordert haben, waren Sie es doch, die gerade vor zwei Tagen das abgelehnt haben. Dass Sie doch die Kinder und Jugendlichen repräsentieren und sich hier hinstellen, um dann an dieser Stelle die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu fordern, das ist einfach nur unehrlich und es ist einfach nur gelogen und zeigt einmal mehr, wie Sie sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, uns allen ist bewusst, dass die Corona-Pandemie insbesondere von unseren Kindern und Jugendlichen sehr viel abverlangt hat. Es gab Befragungen dazu, die belegen, dass ein Großteil der Bevölkerung das so einschätzt, dass gerade die Kinder und Jugendlichen die Hauptleidtragenden der Corona-Pandemie sind. Wir haben es alle gesehen, Kitas waren geschlossen, Spielplätze waren geschlossen, Schulen waren geschlossen. Die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe konnten sie eben nur digital erreichen. Und natürlich war das Leben der Kinder und Jugendlichen so auch durch die Kontaktbeschränkungen sehr stark eingeschränkt und natürlich haben diese Corona-Maßnahmen Auswirkungen auf die seelische Gesundheit von Kindern.

Ihr Antrag fußt auf dem Expertengespräch, das wir im Sozialausschuss durchgeführt haben. Wir haben dort die renommierten Sachverständigen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendmedizin befragt, und ich muss sagen, dass ich das Expertengespräch sehr erleuchtend fand. Feststellung war, ja, Kinder und Jugendliche haben körperliche und seelische Auswirkungen zu erleiden. Das Expertengespräch hat ergeben, dass insbesondere bei jüngeren Kindern von sieben bis zehn Jahren seelische und körperliche Folgen festzustellen sind. Das betrifft Depressionen, das betrifft Angstzustände, Schmerzsymptome, sozialen Rückzug, aber auch Verschlechterungen der feinmotorischen Fähigkeiten und Anstieg von Adipositas. Es ist ebenfalls festgestellt worden, dass ein besonderes Augenmerk auf Kindern mit Vorerkrankungen, Kindern von Alleinerziehenden, Kindern aus sozial benachteiligten Familien und Kindern mit Migrationshintergrund liegen muss. Die letzten beiden Gruppen leben oft in beengten Räumen und haben oft wenig finanzielle Mittel und Möglichkeiten.

Insofern ist der Feststellungsteil des Antrages durchaus plausibel und nachvollziehbar. Was aber dann voll und ganz abzulehnen ist, ist die Konsequenz, die Sie aus dieser Feststellung ziehen. Sie wollen die Landesregierung auffordern, „alle coronabedingten Einschränkungen für Kinder aufzuheben“. Nein, Herren der AfD, so geht es nicht! Die coronabedingten Einschränkungen für Kinder und Jugendliche waren notwendig. Und eben die gleichen Sachverständigen, die Sie hier auch in Ihrer Einbringung zitiert haben und die die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche beschrieben haben, sagten Folgendes:

Professor Dr. Wieland Kiess vom Universitätsklinikum Leipzig stellte fest, dass die „bisherigen Einschränkungen … plausibel, nachvollziehbar und leider notwendig“ waren.

Professor Dr. Reinhard Berner von der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin erklärte: Die bisherigen Einschränkungen für Kinder und Jugendliche durch Corona-Schutzvorschriften in Bezug auf seelische und körperliche Beeinträchtigungen“ seien „aus medizinischer Sicht gerechtfertigt“.

Professor Dr. Michael Kölch von der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie erklärte für seine Gesellschaft, dass „die Maßnahmen in der Güterabwägung unterstützt“ werden.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt alle Stellungnahmen, die wir im Expertengespräch hatten, nacheinander durchgehen und Sie würden nicht eine einzige finden, die Ihre Konsequenz letztendlich bestätigt und unterstützt. Nein, hier haben Sie einmal völlig daneben-gegriffen. Insofern kann man es einfach nur ablehnen. Die Experten haben sehr viel mehr in ihren Stellungnahmen mitgegeben, was man letztendlich noch beachten muss und was man auch als Konsequenz mit rausnehmen kann, wie zum Beispiel, dass Eltern in der Elternbildungsarbeit gestärkt werden, um solche Situationen zu unterstützen et cetera, et cetera. Aber ganz bestimmt haben sie nicht gesagt, dass alle Corona-Maßnahmen jetzt einzustellen sind. Insofern ist es einfach nur abzulehnen aus Sicht meiner Fraktion. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine Frage, die vergangenen Monate, ja, man kann sagen, das gesamte letzte Jahr war keine einfache Zeit für die vielen Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Gemeinsam lernen, mit Freunden nach der Schule Zeit verbringen, gemeinsam Fußball spielen, Partys feiern, der eigene Abi-Ball, seinem Hobby nachgehen, vieles fiel der Corona-Krise ganz oder in großen Teilen zum Opfer, was die vielleicht unbeschwerteste Zeit des Lebens doch ausmachen sollte. Und gerade die Kleinsten leben ja von dem Kontakt zu den Gleichaltrigen.

Aber Pandemie macht vor niemandem halt. Insofern ist der Begriff, Herr de Jesus Fernandes, „Kollateralschaden“ nicht annähernd richtig. Man kann sich sicher kaum vorstellen, welche Belastungen damit für Kinder und Jugendliche einhergingen und -gehen. Die COPSY-Studien, auf die Sie ja im Antrag Bezug genommen haben, benennen konkrete Auswirkungen, eine Zunahme der psychischen und psychosomatischen Auffälligkeiten oder beispielsweise eine Verschlechterung des physischen Zustandes, zum Beispiel durch mangelnde Bewegung.

Doch – und das muss unbedingt gesagt werden – suggeriert der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion, dass die Landesregierung die Entscheidungen und Einschränkungen mal eben so im Vorbeigehen und leichtfertig getroffen habe. Dem ist mitnichten so. Sie können sich sicher sein, dass die in Verantwortung stehenden politischen

Entscheidungsträger die Einschränkungen für Kinder und Jugendliche gewiss nicht fahrlässig vorgenommen haben und es vielmehr ein ständiger Abwägungsprozess zwischen dem Gesundheitsschutz der vulnerablen Gruppen und der Notwendigkeit aller Kontaktbeschränkungen, insbesondere aber für Kinder und Jugendliche, gewesen ist.

Dabei war für uns von Anfang an klar, dass vor allem die Öffnung der Schulen und Kitas oberste Priorität haben muss. Und ich finde, dass gerade in diesem Bereich Mecklenburg-Vorpommern einen guten Weg gefunden hat, was natürlich auch durch das lang anhaltende niedrige Infektionsgeschehen ermöglicht wurde. Während in unserem Land beispielsweise im Bereich der Kindertagesförderung über einen sehr langen Zeitraum ein Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen stattgefunden hat, war dies in anderen Bundesländern nicht der Fall. Und auch der Kinder- und Jugendsport wurde – auch auf Initiative meiner Fraktion – im vergangenen Herbst während des Lockdowns noch zumindest bis Mitte Dezember ermöglicht. Und was die Öffnungsschritte angeht, müssen Kinder und Jugendliche selbstverständlich weiterhin eine vorrangige Rolle einnehmen.

Ich denke, mit den Beschlüssen vom vergangenen Freitag wurden in diesem Zusammenhang weitere wichtige Maßnahmen eingeleitet: Lockerung der Kontaktbeschränkungen, Öffnungen der Außenbereiche in Zoos/Tierparks, Ausbau des Präsenzunterrichtes sowie Perspektiven und Öffnung für den Kinder- und Jugendsport. Dabei besteht für uns zukünftig wie auch in der Vergangenheit der Grundsatz, dass Einschränkungen nur dann aufrechterhalten werden können, wenn sie mit dem Infektionsgeschehen begründbar sind. Dabei möchte ich auch betonen, dass natürlich keinem Kind und keinem Jugendlichen geholfen ist, wenn Öffnungen umgehend wieder zurückgenommen werden müssen. Es geht also um eine nachhaltige und begründete Öffnungsstrategie.

Es bleibt also abschließend festzuhalten, dass Öffnungen bei den Einschränkungen für Kinder und Jugendliche dort notwendig und sinnvoll sind, wo es das Infektionsgeschehen zulässt. Dort, wo jedoch beispielsweise ein diffuses Infektionsgeschehen auftritt, sind Öffnungen und Aufheben eben nicht sinnvoll. Es wird demnach weiterhin ein ständiger Abwägungsprozess bleiben. Wichtig ist jedoch, Kindern und Jugendlichen eine Perspektive aufzuzeigen. Dies sind wir ihnen schuldig. So ziemlich alle Kinder und Jugendlichen haben die Einschränkungen mitgetragen und so große Solidarität gegenüber ihren Mitmenschen bewiesen, die ja alle von der Pandemie betroffen waren und sind. So ein Verantwortungsbewusstsein haben hingegen nicht alle Erwachsenen gezeigt. Dafür dann mal den Kindern und Jugendlichen auch einen herzlichen Dank! Ich wünsche diesen jedenfalls, dass sie ihre Lebensfreude, sofern sie nicht sowieso das Beste aus der Situation gemacht haben, ganz schnell wiederfinden.

Dem vorliegenden Antrag werden wir selbstverständlich nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Friemann-Jennert!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir die Frage gestellt, was soll dabei herauskommen, also jetzt die Forderung für Kinder und Jugendliche, alle Beschränkungen aufzugeben und an die Seite zu packen. Aber die AfD macht ja Folgendes, die will ja nicht nur für Kinder und Jugendliche die Beschränkungen aufgeben, sondern in allen Bereichen soll das Ganze ja verantwortungsvoll – in Anführungszeichen – zurückgeführt werden.

Herr Dr. Jess steht hier schon vor Monaten und empfiehlt uns den schwedischen Weg, wo jeder weiß, dass der gescheitert ist. Der eigene König sagt, das war wohl nicht das Richtige, was wir hier praktiziert haben. Beim Thema „Öffnen von Betrieben“, ob das Gaststätten sind oder Hotels oder sonst was, da stehen Sie hier und sagen, jetzt muss man aber da mal deutlich mehr Freiheiten einräumen. Das bedeutet im Ergebnis, Sie fordern vom Prinzip her, dass das Thema „Umgang mit der Corona-Pandemie“ ein völlig anderes sein muss, ja, ignorieren dabei die Fakten völlig.

Wenn man heute in die Medien guckt, muss man konstatieren, wir stehen kurz vor dem Beginn der dritten Welle. Ich kann für mich bekennen, ich bin eher „Fraktion Vorsicht“. Und diese Wellen entstehen ja nur dadurch, dass man letztendlich nachgegeben hat,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

dass man Dinge gelockert hat, dass man Dinge wieder zugänglich gemacht hat. Immerhin, unser Innenminister ist ja im Grunde so ein Beispiel dafür, wie die Dinge funktionieren. Auf der einen Seite, wenn jemand in den Laden geht, wo nicht geguckt wird, kommt er denn jetzt aus dieser Kommune, ist er überhaupt letztendlich berechtigt, hier etwas zu kaufen und in Anspruch zu nehmen, und auf der anderen Seite, dass Menschen hergehen und sagen, na gut, ich versuche es halt. So sind Menschen. Ich will da jetzt keinen Vorwurf draus formulieren, aber das ist etwas, was ich im Laufe der Pandemie an allen Stellen letztendlich bemerkt habe und gesehen habe, dass an vielen Stellen einfach die Dinge nicht beachtet werden.

Und Viren brauchen Menschen, um von A nach B zu kommen. Und wenn es hier jetzt mit Ihnen eine Fraktion gibt, die sagt, das schieben wir weitestgehend vom Tisch, was soll denn am Ende des Tages dabei herauskommen? Also jeder hat doch die Bilder noch vor Augen, wie es in Italien gewesen ist, und so weiter und so fort. Also das kann doch nicht das Ziel sein. Man muss doch in irgendeiner Form abwägen.

Und ich bin Frau Bernhardt dankbar für ihre Ausführungen. Sie hat ja ganz genau darauf hingewiesen, dass Leute als Fachleute in den Sozialausschuss gekommen sind und sich geäußert haben zum Thema „Kindergesundheit und Jugendgesundheit“. Natürlich sind alle Menschen durch Corona belastet, und Kinder und Jugendliche sind besonders belastet, und Kinder und Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen sind noch einmal einen Schlag schärfer belastet, wenn es ums Thema „Homeschooling und Unterstützung“ bei solchen Dingen geht. Das ist ja alles eine Geschichte, da muss

man ja nicht drüber streiten. Aber die Frage ist ja, welche Schlussfolgerungen zieht man daraus. Und wenn die Schlussfolgerung ist, wir bringen alle Beschränkungen an die Seite und machen hier gar nichts mehr, und das Ganze wird dem freien Lauf der Kräfte letztendlich überlassen, dann muss ich sagen, das finde ich verantwortungslos. Und deswegen können wir den Antrag auch nur ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Heydorn, zu Ihrem Wortbeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Professor Dr. Weber!

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Heydorn, ich bin schon ein bisschen überrascht, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir ignorieren Fakten, und uns dann vorwerfen, dass wir beispielsweise für eine Öffnung in Hotels und Gaststätten plädieren. Dann ignorieren Sie doch Fakten, wenn Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass in den Hotels und Gaststätten mit angemeldetem ordnungsmäßigem Hygienekonzept überhaupt keine Gesundheitsinfektionen stattgefunden haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn wir sagen, wir möchten, dass vor allem Kinder, aber auch Jugendliche wieder in ihre Normalität zurückkönnen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

dann wissen Sie doch ganz genau, dass genau diese Kinder und Jugendlichen keine Infektionsträger, so gut wie keine Infektionsträger sind. Also ignorieren wir nicht die Fakten, sondern Sie ignorieren Fakten mit Ihrem Festhalten an einem bedingungslosen Lockdown, alles dichtmachen, nur um eine eventuelle Ausbreitung der Corona-Pandemie zu vermeiden. Das ist ein lobenswertes Ziel, aber dann muss man doch, wie gesagt, die besonders vulnerablen Gruppen im Blick haben, und man muss zur Kenntnis nehmen, wo finden keine Infektionsverbreitungen statt. Und da, wo das der Fall ist – und es gibt genug Studien, die das nachweisen, das sind Kinder, Jugendliche, Hotels, Gaststätten und so weiter –, da kann man öffnen.

Wenn Sie sagen, damit würden wir Fakten ignorieren, und richtig ist, Sie sind von der „Fraktion Vorsicht“, haben Sie gesagt, bin ich grundsätzlich auch, aber nicht zulasten ganzer Bevölkerungsschichten und nicht zulasten unserer Hotel- und Gaststättenwirtschaft. Und ich möchte Ihnen nur eines sagen: Das ist mindestens eine Potenzierung dessen, was Sie uns vorwerfen, an Ignorieren von Fakten. Sie nehmen die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis, die Wirklichkeit, die durch entsprechende Studien belegt ist. Und wenn Sie sagen, alles öffnen ist verantwortungslos, darüber kann man diskutieren. Aber da öffnen und da nicht in Haft nehmen von Jugendlichen und von Kindern, die keine Infektionsträger sind, da handeln wir verantwortungsvoll und Sie verantwortungslos.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie antworten, Herr Heydorn?

Jörg Heydorn, SPD: Kurz.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Jörg Heydorn, SPD: Also Stichwort „vulnerable Gruppen“, das ist ja gerade auch so eins, wo Sie schon häufiger drauf kapriziert haben. Wenn Sie sich das Thema „vulnerable Gruppen“ ansehen, dann reden Sie über 20 bis 30 Prozent der deutschen Bevölkerung.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Der eine ist letztendlich Diabetiker, der Zweite ist adipös, der Dritte hat sonst was. Also vulnerable Gruppen schützen, ist letztlich eine Geschichte, die geht völlig daneben,

(Horst Förster, AfD: In jedem Fall!)

weil einfach die Bevölkerungsgruppe zu groß ist, das kriegt man nicht hin. Es gibt ab einer gewissen Inzidenzzahl da keine Möglichkeit mehr zu wissen, wo eine Infektion entstanden ist. Das heißt also, wenn Sie sich hinstellen und sagen, in den Hotels und Gaststätten sind keine Infektionen entstanden, das weiß heute keiner mehr. Das ist ja gerade das Problem, was wir an der Stelle haben.

Und verantwortungslos ist es natürlich, wenn man auf der einen Seite erkennt, dass Mutationen unterwegs sind, dass diese Mutationen unter anderem auch letztendlich bei Kindern und Jugendlichen zu ganz anderen Infektionsgeschehen führen als die ursprüngliche Variante. Auch das ist ja letztendlich heute bekannt und erwiesen. Und wenn man diese Fakten, wenn man die alle quasi beiseitedrückt, um in irgendeiner Form seine Vorstellung umzusetzen, dann finde ich das verantwortungslos.

Und wir haben immer gesagt, auch hier immer gesagt, dass das Thema „Kinder und Jugendliche“ für uns an erster Stelle kommt. Also das Thema „Schule und Kindertagesstätten“, das waren die Punkte, wo wir immer gesagt haben, da muss zuerst Lockerung passieren, da muss irgendwie was möglich sein, weil die sind am wichtigsten darauf angewiesen. Nur, wenn ich da lockere, wenn ich da sage, da gebe ich nach, dann muss ich auf der anderen Seite Kontakte vermeiden. Ich kann nicht sagen, das passiert dann überall. Ich bin immer bei denen, die sagen, Kinder und Jugendliche haben Priorität. Das Thema „Besuch von Kindertagesstätten“ und die Möglichkeit, Schulen zu besuchen, ist eine ganz wichtige Geschichte, aber dann muss man Beschränkungen an anderer Stelle konsequent auch durchziehen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Heydorn!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrte Abgeordnete! Wertes Präsidium! Wir haben jetzt viel gehört, warum man das alles nicht machen kann. Was unser Antrag aber aufzeigt, ist, dass es dort Probleme gibt, und wir möchten gerne, dass Sie sich damit ernsthaft ausei-

nandersetzen und das hier nicht vom Tisch wischen und sich damit befassen und dass Sie jegliches Handeln in Zukunft mit dem Wissen um die Schäden, die Sie angerichtet haben, dann auch ausführen. Und dass das eben nicht so ist, das beweist Ihr ganzes Handeln hier.

Wenn Frau Drese sagt, wir sind es, die hier die Erzieher gefährden,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Ja! –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

nein, sind wir gar nicht. Das ist hauptsächlich die Bundesregierung, die einfach versagt hat bei der Impfstoffversorgung, meine Damen und Herren. Sie haben nämlich die ganzen Maßnahmen begründet, Sie wollen das Gesundheitssystem nicht überlasten, was richtig ist, und wir müssen Einschränkungen vornehmen, solange es keinen Impfstoff gibt. Wir haben seit Januar einen Impfstoff. Gucken Sie selbst, wo wir da stehen! Das war hier oft genug Thema. Das ist eklatantes Regierungsversagen. Das ist eben kein ernsthaftes In-Schutz-Nehmen der Bevölkerung und alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, diese Bevölkerung zu schützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das stimmt einfach nicht, wenn Sie das hier sagen. So, und dann hätte man die Erzieher/-innen durchimpfen können, dann wären sie nicht mehr gefährdet, meine Damen und Herren.

Das Zweite ist, dass Sie seit einem Jahr die Nachverfolgung der Infektionswege praktizieren über ihre Gesundheitsämter auf kommunaler Ebene. Wir wollen die Zahlen haben über diese Infektionswege. Sie kriegen sie nicht. Wir haben schon wieder eine Kleine Anfrage gestellt, deren Antwort noch offen ist. Da steht ganz genau drin, wie viele Leute haben sich angesteckt in Restaurants, in Fitnessstudios, in Kitas oder bei der Kosmetik, meine Damen und Herren. Das möchten wir gerne haben, weil das würde ja eventuell Ihr Handeln begründen, aber das können Sie nicht. Geben Sie uns die Zahlen! Vielleicht haben Sie ja richtig gehandelt, vielleicht steht da genau das drin, was Sie hier propagieren. Solange wir die Zahlen aber nicht haben, dürfen wir das wohl anzweifeln, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn hier gesagt wird, Frau Drese wird ja wohl nicht die Einschränkung fahrlässig vorgenommen haben, ja, wahrscheinlich nicht, aber definitiv hat diese Landesregierung die Einschränkung fahrlässig verlängert. Und das gehört zur Wahrheit dazu. Und gerade, Frau Drese, wenn ich mir das 5. Investitionsprogramm des Bundes hier angucke, wo extra eine Fördersäule geschaffen wurde für den Kinderbetreuungsausbau und gerade mit dem Corona-Aspekt, meine Damen und Herren, und von dieser Säule bisher null Prozent Geld hier angekommen ist – und wir reden hier über 17 Millionen, 17,5 Millionen, die für M-V zur Verfügung gestanden hätten, von denen lediglich 2,3 Millionen Euro beantragt wurden, und dieses Geld ist zur Verfügung gestellt worden, damit man die räumlichen Bedingungen verbessert in Kitas, damit man auch für Lüftungsmaßnahmen sorgen kann in Betreuungseinrichtungen, meine Damen und Herren, und da hätte man diese ganzen Sachen, diese Einschränkungen verkürzen können, deutlich –, da erzählen Sie doch hier nicht, dass Sie alles in Ihrer Macht Stehende tun, um diese Leute zu schützen! Das stimmt einfach nicht, das ist totale Lethargie!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Thomas Krüger, SPD: Das ist
falsch, was Sie da sagen!)

Und deswegen haben wir diesen Antrag auch gestellt. Gucken Sie da hin und handeln Sie vernünftig und tatsächlich auch verantwortungsvoll! Das, was Sie uns vorwerfen, dass wir es nicht tun,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

meine Damen und Herren, das tun Sie schon lange. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5859. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5859 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 14. April 2021 um 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.52 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Ralf Borschke, Dirk Friedriszik, Nadine Julitz, Jörg Kröger, Karen Larisch, Burkhard Lenz, Daniel Peters, Jeannine Rösler und Susann Wippermann.